

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 27 vom 3. Juli 1981

15. Jahrgang

1 DM

Polizei will Lähmungsgas einsetzen

Die bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Polizei darf nicht hingenommen werden

Wenn es nach den Planungen der Politiker geht, wird die bundesdeutsche Polizei bereits in einem halben Jahr mit einer Bürgerkriegswaffe ausgerüstet sein, die die gesamte bisherige Polizeibewaffnung — ausgenommen die Schusswaffen — an Wirkung weit übertrifft: das Kampfgas CS, vorgesehen zum Einsatz gegen Massendemonstrationen, das die Betroffenen fluchtunfähig macht und wehrlos dem Zugriff der Polizei ausliefert.

„Sensationell!“ — So begeistert beschrieb der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Schirmmacher, die Wirkung des CS bei seiner Amtseinführung als Polizeipräsident von Bielefeld. Was ihm und den anderen Polizeistrategen so gefällt, ist die Tatsache, daß Menschen, die das Gas einatmen, faktisch bewegungsunfähig werden. Sie sind zwar bei Bewußtsein, spüren alles, können aber nicht mehr normal reagieren und, das ist besonders wichtig, nicht mehr weglaufen. CS ist besonders für den Einsatz „in breiter Sprühung“ geeignet. Somit ist das CS, von Insidern auch als „Lähmungsgas“ bezeichnet, auch die ideale Waffe für Massenverhaftungen, wie sie ja bereits heute in ungekanntem Ausmaße in westdeutschen Städten und in Westberlin geübt werden.

„Nicht besonders glücklich“ war man im Düsseldorfer Innenministerium über Schirmma-

chers Gefühlsausbrüche. Vor allem, weil man zur Zeit an einer öffentlichen Diskussion dieser Waffe kein Interesse hat; man will sich zwar bereits Ende des Jahres auf einer Innenministerkonferenz über ihren Einsatz einigen, fürchtet aber den Protest. Und obwohl man aus Düsseldorf verlauten ließ, noch sei die Erprobung nicht so weit gediehen, daß man die Waffe „ohne jede Hemmung“ einsetzen wolle, steht doch bereits fest: Alle Bundesländer, ob CDU-, CSU- oder SPD-regiert, sind zu ihrem Einsatz bereit. Zur Zeit wird dieser Einsatz, koordiniert durch die Polizeiführungsakademie in Hiltrup, von den Landespolizeien erprobt.

Wir haben im „Roten Morgen“ bereits auf die Schädlichkeit des Gases hingewiesen (vgl. RM Nr. 20/81 und 23/81). Wir erinnern an dieser Stelle an die umfassende Untersuchung der Berliner Berghof-Stiftung. Sehr

beschönigend sind Darstellungen in der Presse, in denen das Befinden der CS-Getroffenen als „Teilnahmslosigkeit“ beschrieben wird. In Wahrheit führt das Gas bei einer Konzentration von nur 4 mg/cbm zu Angstzuständen, die mit Atemnot bis Atemstillstand verbunden sind. Die von der Polizei gewünschte Hilflosigkeit tritt auch durch zeitweiliges Erblinden ein. Die Berliner Wissenschaftler stellten fest: „Todesfälle durch...CS...sind bekannt. Langzeitschäden, die unter anderem zum Verlust des Augenlichtes führen, sind genauso nachgewiesen wie Hautschäden und Allergien. Zudem gibt es ernstzunehmende Hinweise auf krebserregende Auswirkungen.“

Wir fordern alle Demokraten auf, gegen die Ausrüstung der Polizei mit CS-Gas ihre Stimme des Protestes zu erheben! Weg mit den neuen Polizeiwaffen!

In der Türkei

Todesstrafe für 52 Gewerkschafter gefordert

ANKARA. — Zum ersten Mal hat die faschistische türkische Militärjunta ihre Schutzbehauptung, sie ginge nur gegen „Terroristen“ vor, offen fallengelassen. In dem bevorstehenden Prozeß gegen den Vorsitzenden der größten Gewerkschaft der Türkei, der DISK, Abdullah Bastürk, und gegen 51 weitere Gewerkschaftsfunktionäre fordert die Anklage 52 mal die Todesstrafe. In der vergangenen Woche wurden wieder zwei Antifaschisten hingerichtet.

Oberst Takkeci, der Staatsanwalt, beruft sich dabei auf ein Gesetz das die Todesstrafe für Personen vorsieht, die versuchen „die türkische Verfassung oder die große Nationalversammlung“ abzuschaffen.

Den Führern der DISK wird von den faschistischen Militärs vorgeworfen, die Streikaktionen des Verbandes, der über eine halbe Million Mitglieder umfaßt, hätten dazu gedient, einen Umsturz vorzubereiten. Es ist also ein reiner politischer Gesinnungsprozeß des klassischen faschistischen Typs, der hier organisiert wird.

Zusätzliche Bedeutung erhält dieser Prozeß noch durch

die Tatsache, daß er der Beginn einer Prozeßwelle gegen weitere mehr als 2000 Funktionäre des DISK-Verbandes ist.

In aller Deutlichkeit zeigt sich an diesem Prozeß der Charakter der türkischen Militärjunta, die ansonsten ihre Behauptung aufrechterhält, sie wolle nur ganz allgemein Ruhe und Ordnung schaffen. Jetzt wird klar, daß der Kernpunkt der Evren-Generale und ihres Programms die terroristische Niederschlagung der Arbeiterbewegung ist!

Freiheit für die angeklagten Gewerkschafter!
Nieder mit der faschistischen türkischen Junta!

Blutige Überfälle und Massenverhaftungen

Polizei sucht die Konfrontation

WESTBERLIN/BOCHUM. — Zu schweren Gewalttaten der Polizei kam es am Ende der vergangenen Woche in Westberlin und Bochum. In Berlin ließ der Innensenator mehrere Häuser räumen und auf Demonstranten einprügeln. 55 Menschen wurden festgenommen. In Bochum überfiel die Polizei eine friedliche Versammlung vor dem Polizeipräsidium, als die Demonstranten die Freilassung von festgenommenen Demonstranten forderten. Zahlreiche Menschen wurden blutig geschlagen.

Die CDU-Politik in Westberlin nimmt die erwarteten Konturen an. Mit der Räumung von Häusern, darunter bekannte Spekulationsobjekte in Kreuzberg, bei denen selbst das Oberverwaltungsgericht dem vorigen Senat bestätigt hatte, daß eine Räumung nicht geboten sei, und brutalem Polizeieinsatz provozierte man die Hausbesetzer, Sympathisanten und Demonstranten gegen die Senatspolitik. Darüberhinaus versucht die CDU, diese Vorfälle zu einem Schlag gegen die Alternative Liste im Rathaus auszunutzen. Polizeidirektor Freund beklagte

sich: „Die Solidarisierung geht bis ins Abgeordnetenhaus“, die AL habe „ein wunderbares Informationsinstrumentarium“ zwischen Demonstranten und der gleichzeitig laufenden Sitzung in diesem Hause geschaffen. Und Herr Freund möchte doch viel lieber Geheimpolitik machen!

CDU-Fraktionsvorsitzender Diepgen holte gleich zu einem Rundschlag gegen demokratisches Engagement der Bürger aus: „Den Anfängen eines außerparlamentarischen Drucks auf die Arbeit des Parlaments muß mit aller Entschiedenheit

entgegengetreten werden!“ — Im Gegenteil, Herr Diepgen, dieser Druck muß viel stärker werden!

In Bochum erlebten viele Jugendlichen gleich bei der ersten

Demonstration ihres Lebens die Brutalität der Staatsgewalt. Einige Tage zuvor hatte die Polizei bei einem Einsatz 130 Personen festgenommen. Eingehender Bericht auf Seite 7!



Opfer des Polizeiüberfalls in Bochum



Gegen die Rüstungspolitik machten Mitglieder der SPD-Jugendorganisation „Falken“ beim Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD mobil. Nicht bei den Sozialleistungen, sondern bei den Rüstungsausgaben soll der Gürtel enger geschnallt werden. Die „Falken“ demonstrierten außerdem gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Auf dem Parteitag selbst konnte der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Rau einen Antrag zur Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses durchsetzen, nachdem in diesen Antrag auch einige kritische Passagen über die Reagan-Regierung eingearbeitet worden waren.

Lebenshaltungskosten

Preissteigerungen jetzt bei 5,9 Prozent

Energiepreise Haupttreiber

DÜSSELDORF. — Das statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen gab vor wenigen Tagen bekannt, daß die Rate der Preissteigerung im Monat Juni gegenüber dem Vorjahr bereits bei 5,9 Prozent angelangt ist. Damit liegt das bevölkerungsreichste Bundesland an der Spitze der Teuerungsrate. Hier haben sich in den letzten Monaten die Raten ständig weiter erhöht.

Im April hatte die jährliche Steigerungsrate, die offiziell eingestanden wird, noch 5,7 Prozent betragen, im Mai 5,8 Prozent.

Den größten „Beitrag“ zu dieser Entwicklung lieferten die Kraftstoffe, die innerhalb eines Jahres um sage und schreibe 19,1 Prozent teurer wurden. An zweiter Stelle dieser Rangordnung steht Gas, dessen Preis um 14 Prozent anstieg, gefolgt von Strom und Kohle, die jeweils 13 Prozent teurer wurden seit letztem Juni.

So wird deutlich, daß alle Arten von Energie Hauptfak-

toren der Teuerungsrate sind, stellen sie doch jene vier Produkte, die am meisten verteuert wurden.

Neben der Verteuerung von Ölprodukten ist dabei die abnorme Preisanhebung bei Erdgas besonders drastisch ausgefallen, die ja ausschließlich auf der willkürlich diktierten Preisverbindungsklausel zwischen Erdöl und Erdgas beruht. Deren Abschaffung fordert die KPD bereits in der Erklärung zur Energiepolitik des ZK unserer Partei 1979. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2.)

Diese Woche

**Jusos gegen
Nachrüstung**

Auf ihrem Bundeskongreß forderten die Jungsozialisten die Kündigung des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses der NATO. Seite 2.

Metalltarifrunde '81

Einschätzung des Eingreifens der KPD in die diesjährige Metalltarifrunde. Seite 4.

Majdanek-Prozeß

Am Dienstag — nach Redaktionsschluß — ist das Urteil im Majdanek-Prozeß gegen die KZ-Mörder gefällt worden. Über Aktionen im Vorfeld der Urteilsverkündung berichten wir auf Seite 6.

**KPF-Minister
in Frankreich**

Mit einem diplomatischen Fußtritt reagierte Washington auf die Berufung von Mitgliedern der revisionistischen Partei in die französische Regierung. Seite 11.

Kommentar der Woche

Die Ankündigung einer abermaligen Verteuerung des Benzin zum 1. Juli bedeutet die sechste Preisanhebung in den sechs Monaten des Jahres 1981. Damit ist auch die bereits im letzten Jahr angestrebte Schallmauer von 1,50 DM erreicht, sozusagen fristgerecht zum 1. Juli — die nächste Schallmauer ist in Sicht und heißt 2 DM.

70 Milliarden Dollar seien dieses Jahr im Ölgeschäft zu verdienen, so gab erst vor zwei Wochen das American Petroleum Institute bekannt. Und die werden auch verdient, wenn auch jeder einzelne Multi in seiner Bilanz rote Zahlen schreibt.

Jeden Monat wieder

Um hier Stellung zu beziehen, sind jene Forderungen, die das Zentralkomitee der KPD bereits im Sommer 1979 in seiner Erklärung zur Energiepolitik erhob, der richtige Ausgangspunkt. Dort wurde unter anderem gefordert:

Nachdem allmählich durchsichtig wurde, daß die routinemäßige Entschuldigung für immer neue Verteuerungen, der OPEC-Listenpreis, als Argument nicht mehr viel wert ist, greift man jetzt zur nächsten besten Ausrede: Der Dollar ist es, sein hoher Kurs. Nicht etwa, daß Benzin zu jener Zeit billiger geworden wäre, als der Dollar ständig sank, nein, das nicht. Aber die Multis investieren doch alles — für die Zukunft, wie sie sagen.

Alles bestimmt nicht, aber für die Zukunft schon, für ihre zukünftigen Profite nämlich. Rund 8 Milliarden Dollar investierten die anglo-amerikanischen Ölmultis allein in den Bergwerken des zentralafrikanischen Minengürtels im letzten Jahr. Mit den Superprofiten ihrer Ölmultis greifen die Dollarkönige der Wall Street nach allen Rohstoffen in der ganzen Welt, von Asbest und Blei bis zu Thorium, Titan und Zink. Und natürlich: Uran.

Und wir bezahlen das. Schutzlos dem Diktat der Ölpreistreiber ausgeliefert. Denn: Die Bundesregierung saht mit ab, siehe Erhöhung der Mineralölsteuer. Die profitable Umlegung der Kfz-Steuer auf die Benzinpreise, für die Finanzminister Matthöfer jetzt, entgegen allen Beteuerungen, die Pläne ausarbeiten läßt, wird eine weitere rapide Benzinteuierung von staatlicher Seite aus ankurbeln. Das Feigenblatt Kartellamt bekundet offen Unwillen und Unfähigkeit zu handeln.

Sicher, es hat Protestaktionen gegeben. Landwirte und Fischer haben protestiert, auch ein Teil der Tankstellenpächter, deren Existenz durch die Konzentrationspolitik der Monopole bedroht ist.

Aber was fehlt ist der Widerstand jener Masse, die die Rechnung vor allem bezahlen muß, die sie doppelt und dreifach bezahlen muß, die einfach allgemein höhere Preise bezahlen muß, weil das Benzin ja teurer geworden sei: die Werktätigen, die Arbeiterklasse.

Nicht, daß es da an Empörung, an Wut fehlt. Im Gegenteil, sie sammelt sich an, die wächst, aber es ist bis heute eine ohnmächtige, eine hilflose Wut geblieben.

Was fehlt, ist der Einsatz gewerkschaftlicher Kraft, ist die Mobilisierung zum Widerstand. Was fehlt, ist eine klare Stellungnahme, die Signal zu einem organisierten Widerstand werden könnte.

Daß das nicht von jenen Spitzenfunktionären der Gewerkschaft zu erwarten ist, die sich seit langem in den Aufsichtsräten gut mit den Kapitalisten verstehen, liegt auf der Hand.

Das ist eine Aufgabe der aktiven Gewerkschafter, der klassenbewußten Vertreter ihrer Kollegen — denn es ist klar, daß die drei Verteuerungen der beiden letzten Monate eine neue allgemeine und verstärkte Teuerungswelle nach dem Ende der diesjährigen Lohntarifeinsetzungen einläuten.

Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis! Senkung des Steueranteils an den Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen! Erhöhung der Kilometerpauschale!

Diese Forderungen müssen gerade im Angesicht der Demontagepläne, die in Bonn für den gesamten Sozialbereich gesponnen werden, entschieden bekräftigt werden.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Juso-Bundeskongreß:

NATO-Raketenbeschluß muß aufgekündigt werden

LAHNSTEIN. — Erwartungsgemäß lehnte der Bundeskongreß der Jungsozialisten am Wochenende den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO ab, den der wiedergewählte Bundesvorsitzende Piecyk schon vor dem Kongreß als „lebensgefährlich“ bezeichnet hatte.

Die Bundesregierung wird von den Jusos aufgefordert, ihre Zustimmung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen zurückzuziehen, alle schon getroffenen Vorbereitungen für die Stationierung zu stoppen und innerhalb der NATO auf die sofortige Auf-

Der von der SPD-Führung zum Kongreß entsandte Bundesgeschäftsführer Glotz bekam immer wieder Pfiffe und Buh-Rufe zu hören, als er die Politik der Bundesregierung verteidigte und die Friedensbewegung als prosojietisch diffamierte. Glotz versuchte die



Friedensdemonstration in Bonn. Die Jusos wollen sich verstärkt an Friedensaktionen beteiligen.

nahme von Verhandlungen zwischen den Supermächten zu drängen.

Die Jusos wollen „mit allen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gruppen“ zusammenarbeiten, um eine noch größere Mobilisierung für eine breite Friedensbewegung zu erreichen. In den Mittelpunkt wurde dabei eine Großdemonstration am 10. Oktober gerückt, die vor allem von der Aktion Sühnezeichen angeregt worden ist. „Diese Demonstration“, so heißt es in einem Beschluß des Kongresses, „soll die vorläufig größte Friedensdemonstration nach dem zweiten Weltkrieg werden.“

Juso-Delegierten dadurch unter Druck zu setzen, daß er den „Verlust der Regierungsfähigkeit“ der SPD für den Fall ankündigte, daß der NATO-Raketenbeschluß nicht eingehalten würde. Das lag auf der gleichen Ebene wie die jüngsten Rücktrittsdrohungen des Bundeskanzlers — ein Zeichen dafür, daß die SPD-Führung in der Auseinandersetzung mit der Basis über den NATO-Beschluß immer drastischer mit Drohungen und Erpressungen arbeitet.

Bemerkenswert an den Ausführungen von Glotz war seine Aufforderung an die Jusos, sie sollten doch die Tatsache be-

rücksichtigen, daß in den USA Kräfte gebe, die auf die „Regierungsunfähigkeit“ der SPD setzen würden, weil sie lieber eine CDU-Regierung in Bonn hätten. Der Bundesgeschäftsführer droht den Jusos also unverhohlen mit der massiven Einmischung dieser „Kräfte“ in die Angelegenheiten unseres Landes. Und damit will er ausgerechnet Stimmung für eine Politik machen, die eben diesen Kräften die Möglichkeit gibt, unser Land zur Raketenrampe in einem Atomkrieg mit der anderen Supermacht zu machen.

Während der Auftritt von Glotz auf lautstarke Ablehnung stieß, wurde der Bundestagsabgeordnete Hansen mit demonstrativem minutenlangem Applaus empfangen. Hansen war die Teilnahme am gleichzeitig stattfindenden Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD verboten worden. Gegen den Abgeordneten läuft wegen seiner scharfen Kritik an der Regierungspolitik ein Ausschußverfahren. Beifall auf dem Juso-Kongreß bekam auch Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Vorstandes, für seine Kritik am NATO-Beschluß. Eppler bemühte sich aber auch, die Widersprüche zwischen SPD-Führung und Basis zu dämpfen, indem er die Jusos aufforderte, ihren Friedenswillen auch gegenüber dem Bundeskanzler zu beweisen. Überdies sollten sie sich als „Bündel“ verstehen zwischen der neuen Friedensbewegung „und der alten, die seit 129 Jahren SPD heißt“.

Sicher ist es unbestritten, daß zu allen Zeiten Sozialdemokraten aktiv gegen Militarismus und Kriegsgefahr gekämpft haben. Tatsache ist aber auch, daß die Führung dieser Partei

spätestens mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 ihren Burgfrieden mit den imperialistischen Kriegstreibern gemacht hat. Und heute ist es ein SPD-Bundeskanzler, der entschlossen ist, unser Land zum Schlachtfeld eines neuen Krieges werden zu lassen. Mit diesem Kanzler Frieden zu schließen, wie Eppler es von den Jusos forderte, würde nichts anderes bedeuten als den Verzicht auf einen wirklichen Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Der Juso-Bundeskongreß zeigte, daß gegenwärtig auch von den fortschrittlichen Kräften in der SPD Überlegungen darüber angestellt werden, welche Ziele die Friedensbewegung sich über den Kampf gegen die neuen amerikanischen Atomraketen hinaus setzen muß. Schon vor dem Kongreß hatte der Juso-Vorsitzende Piecyk erklärt, die Mitgliedschaft der BRD in der NATO dürfe „kein Dogma“ sein. Auf dem Kongreß selbst sagte er: „Aber wie eigentlich sollte die Zielsetzung einer atomwaffenfreien Zone erreicht werden, ohne eine grundsätzliche Abkehr von bisherigen sicherheitspolitischen Vorstellungen, auch ohne eine grundsätzliche Abkehr von bisherigen Bündnis-systemen“.

Was die Ablehnung des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses betrifft, so bekamen die Jusos am Wochenende Schützenhilfe von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Opel-Arbeiter, die sich ausdrücklich mit den Positionen der Jusos solidarisierte. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel Rüsselsheim, Richard Heller, sprach dabei von dem „notwendigen Widerstand gegen eine Politik der USA, die einen Atomkrieg auf europäischem Boden unter Schonung der Vereinigten Staaten“ möglich machen könne.

Ebenfalls gegen den NATO-Beschluß sprach sich am Wochenende die Landesjugendkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen aus. Der Landesjugendsekretär Henning nannte diesen Beschluß „eine Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt“. Er forderte unter anderem die „Kürzung des Rüstungsetats zugunsten sozialer Reformen“.

FDP-Landesparteitag in Westberlin

Parlamentsfraktion will CDU-Senat weiter unterstützen

WESTBERLIN. — Von tumultartigen Szenen war der Westberliner FDP-Parteitag am Wochenende gekennzeichnet. Auf der Tagesordnung stand das Vorgehen der Partei gegen jene fünf Parlamentsmitglieder, die entgegen dem eindeutigen Beschluß des Landesverbandes dem CDU-Mann Richard von Weizsäcker ins Amt des Regierenden Bürgermeisters verholfen hatten.

Gegen die fünf Abgeordneten wird jetzt ein Schiedsverfahren eingeleitet, daß ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine Verwarnung eintragen wird. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb, war es einer „geschickten Parteiregie zu verdanken“, daß ein Antrag auf Parteiausschluß abgelehnt wurde. Gegen den Ausschluß hatte sich auch der Landesvorsitzende Kunze ausgesprochen. Die wahren Drahtzieher dieser Parteiregie aber dürften wohl in Bonn zu suchen sein.

Es waren Genscher und sein Generalsekretär Verheugen, die mit massivem Druck den Westberliner Landesverband zu einer Tolerierung des CDU-Senats zwingen wollten. Als dann vom letzten Landesparteitag ein entgegengesetzter Beschluß gefaßt wurde, haben die Bonner Parteibosse die FDP-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus offen dazu ermuntert, diesen Beschluß zu mißachten

und Weizsäckers Wahl zu ermöglichen. Damit haben sie sich nicht nur über den erklärten

Willen des Westberliner FDP-Landesverbandes hinweggesetzt. Sie haben auch die Wähler getäuscht. Denn die FDP war in Westberlin mit der eindeutigen Aussage in den Wahlkampf gezogen, keine CDU-Senatsbildung zu unterstützen. So sind die Westberliner Ereignisse nicht zuletzt auch ein Lehrbeispiel dafür, wie skrupellos die

Führungsmannschaften der bürgerlichen Parteien den Wählerwillen mit Füßen treten.

Angeichts der massiven Unterstützung durch Genscher und Co. sahen die fünf FDP-Parlamentarier denn auch keinen Anlaß, ihre Position zu korrigieren. Sie wurden vom Parteitag zwar aufgefordert, gegen die Regierungserklärung Weizsäckers an diesem Donnerstag zu stimmen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Vetter jedoch machte klar, daß auch dieser Beschluß für unverbindlich betrachtet wird. Die fünf FDP-Leute werden den CDU-Bürgermeister auch weiterhin unterstützen.



Beschlüsse des EG-Ministerrats zur Stahlindustrie

Feldzug gegen Arbeitsplätze wird verschärft!

Bonn widersetzt sich „sozialer Flankierung“

LUXEMBURG. — Am Donnerstag letzter Woche befaßte sich der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft wieder einmal mit Maßnahmen zur „Lösung“ der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Lösung besteht darin, die Stahlproduktion in der EG weiter einzuschränken, die Arbeitsplatzvernichtung gezielt voranzutreiben und durch die Weiterführung des Quoten- und Preiskartells die Konkurrenz zwischen den Stahlkonzernen der EG so weit zu reglementieren, daß für die mächtigsten unter ihnen hohe Profite gesichert werden.

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den EG-Industrieministern wurden gegenüber der Presse die folgenden Vereinbarungen bekanntgegeben:

- Für 65 Prozent der Stahlerzeugung wird das Brüsseler Zwangskartell bis zum 1. Juli 1982 weiterhin die Zuteilung von Produktionsquoten an die Stahlkonzerne regeln. Davon betroffen sind neben Profilstählen, die bereits seit dem Oktober letzten Jahres dem Zwangskartell unterlagen, auch die Stahlsorten Stab- und Betonstahl, die ein freiwilliges Krisenkartell nicht zustandebrachten. Für Walzdraht soll die Zwangsregelung sofort wieder eingeführt werden, falls das vorläufig von den Herstellern für ein Vierteljahr beschlossene freiwillige Quotenkartell sich nicht bewähren sollte. Befreit von der Brüsseler Reglementierung sollen vom 1. Juli dieses Jahres an lediglich die Warmbreitbandstähle sein, für die ein freiwilliges Quotenkartell zustande gekommen ist. Im übrigen gilt für die gesamte Stahlindustrie und den Handel eine verschärfte Überwachung von Preisen und Verkaufskonditionen, die von den Firmen veröffentlicht werden müssen.

- Die in den anderen EG-Ländern (außer der BRD) vom Staat an die Stahlindustrie geleisteten offiziellen Finanzbeihilfen sollen bis Ende 1985 gänzlich abgeschafft werden. Beihilfen, die nicht an Umstrukturierungsmaßnahmen (sprich: Rationalisierung, Stilllegungen und Arbeitsplatzvernichtung) gebunden sind, dürfen nur noch bis Mitte 1982 bezahlt werden. Betriebsbeihilfen werden bis Ende 1984 ebenfalls abgeschafft. Nach dem 30. September 1982 dürfen neue Beihilfen nicht mehr eingeführt werden.

- Die EG-Regierungen überweisen dem Montanunion-Fonds für das Jahr 1981 insgesamt 126,5 Millionen Mark für ein soziales Flankierungsprogramm, das der Finanzierung von Umschulungen und Arbeitsbeschaffung zugunsten entlassener Stahlwerker dienen soll.

Dieses Beschlußpaket des EG-Ministerrates basiert auf dem Davignon-Plan, der vorsieht, daß in den nächsten vier Jahren insgesamt 40 Millionen Jahrestonnen Rohstahlkapazität in der EG abgebaut werden sollen. Dieser Plan soll vor allem auf dem Rücken der Stahlarbeiter durchgesetzt werden. Geplant ist die Vernichtung von 140 000 Arbeitsplätzen innerhalb der EG bis 1984.

Dabei findet natürlich zwischen den EG-Ländern ein Gerangel darüber statt, wo die meisten Kapazitäten liquidiert, wo die größten Entlassungswellen durchgezogen und welche Finanzkapitalgruppen am meisten von dieser „Krisenlösung“ profitieren sollen. Die Bundesrepublik drängt von daher schon lange auf die Unterbindung der staatlichen offiziellen Finanzbeihilfen für die Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern, die von den westdeutschen Stahlbaronen als „unlauter Wettbewerbsvorteil“ angegriffen werden. Damit wollen die bundesdeutschen Stahlkonzerne erreichen, daß ihre schwächeren Konkurrenten härter von der Krise getroffen und ruiniert werden.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff konnte in dieser Beziehung jetzt mit der beschlossenen Unterbindung der Staatsbeihilfen einen Teilerfolg verbuchen. Lambsdorff nutzte dabei die Zwangslage seiner EG-Ministerkollegen. Er machte die Verabschiedung des Beihilfenkodex zur Vorbedingung für die Verlängerung der Zwangsquotenregelung bei Stab- und Betonstahl.

Lambsdorff hatte sich auch gegen das Programm für soziale Flankierung gewandt, das auf Drängen des Vertreters der neuen französischen Mitterrand-Regierung zustandekam. Der französische Minister hatte seine Zustimmung zu dem Gesamtpaket der Krisenmaßnahmen von diesen Zahlungen zur „sozialen Flankierung“ des Arbeitsplatzvernichtungsfeldzuges abhängig gemacht. Lambsdorff erreichte allerdings, daß das Flankierungs-Programm auf das Jahr

1981 beschränkt bleibt und daß die dafür einzuzahlenden Finanzmittel niedriger sind, als von den Franzosen zunächst gefordert wurde.

Aber auch dieses Flankierungsprogramm ist lediglich ein Mittel zur sozialen Verbrämung der brutalen Angriffe des Finanzkapitals auf die Stahlwerker in der EG, die durch das Krisenmanagement der EG-Regierungen unterstützt werden. Zur Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze, zur Verhinderung der drohenden Stilllegungen und Massenentlassungen werden von den EG-Regierungen nicht die geringsten Maßnahmen unternommen.

Seit Jahren existiert zwar ein viel weitergehendes EWG-Sozialprogramm für die Stahlindustrie, das auch eine gewisse arbeitsplatzsichernde Wirkung hatte: es sieht die Herabsetzung des Rentenalters, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und den Aufbau einer fünften Schicht im Konti-Schichtbereich vor. Dieses Programm aber ist nur Papier geblieben. Dafür sorgten die EG-Finanzkapitalisten und ganz besonders die Bonner Regierung.

So weigerte sich bisher gerade die ach so soziale Bundesregierung am konsequentesten, Maßnahmen wie zum Beispiel die Senkung des Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre per Gesetz einzuführen und zu finanzieren.

Die neuen Beschlüsse des EG-Ministerrates machen deutlich, daß die westeuropäischen Stahlarbeiter und ihre Gewerkschaften gemeinsam und solidarisch den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und für ihre sozialen Interessen führen müssen. Dieser Kampf ist ein Kampf gegen die „eigenen“ Stahlbarone und gegen die jeweilige „eigene“ Regierung. Es ist ein Kampf gegen das EG-Krisenmanagement, das einzig und allein den Interessen des westeuropäischen Monopolkapitals dient und nicht im geringsten die Interessen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten berücksichtigt.



Rund 6 000 Stahlwerker, Arbeiter und Angestellte, legten am 13. Mai bei Krupp in Bochum die Arbeit für mehrere Stunden nieder, um gegen die vom Konzernvorstand geplante Vernichtung von mehr als 5 000 Arbeitsplätzen bei Krupp-Stahl zu protestieren. In drei Demonstrationen marschierten die Kollegen vor das Verwaltungsgebäude, wo eine Aufsichtsratssitzung stattfand.

Arbeitsplatzvernichtung bei Krupp-Stahl

Aufsichtsrat stimmt abgemildertem Vernichtungsplan zu

Bis Ende 1982 sollen 4 000 Arbeitsplätze verschwinden

ESSEN. — Nach massiven Belegschaftsprotesten und einem spektakulären Veto des iranischen Kapitalvertreters im Aufsichtsrat sah sich die Krupp-Konzernleitung gezwungen, ihren ursprünglich vorgelegten „Sanierungsplan“ für die Krupp Stahl AG zurückzuziehen. Dieser Plan hatte die Vernichtung von 5 300 Arbeitsplätzen vorgesehen. Inzwischen wurde jedoch ein veränderten Plan die Zustimmung der Aufsichtsratsmehrheit zuteil, der nicht wesentlich besser als der zurückgezogene ist.

Nach der Verabschiedung des Konzepts legte Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Schneider gegenüber der Presse klar, daß auch dieser Plan die Vernichtung von 4 000 Arbeitsplätzen bis Ende 1982 zum Inhalt hat.

Der neue Plan sieht die Stilllegung der Mittelleisenstraße mit 900 Arbeitsplätzen bei Krupp-Rheinhausen vor. Die ursprünglich zur Stilllegung vorgesehenen Block-/Halbzeug- und Profilstraßen in den Werken Hagen und Bochum sollen vorerst nicht stillgelegt werden. Die geplante Wegrationalisierung von 15 Prozent der Angestellten-Arbeitsplätze in der Hauptverwaltung soll auf jeden Fall durchgezogen werden.

Alles in allem bringt der neue Plan lediglich eine gewisse Verlangsamung der Arbeitsplatzvernichtung. Auch unmittelbare Entlassungen schließt

der Plan keineswegs aus. Und die Wahrscheinlichkeit, daß die zunächst einschichtig weitergeführten Walzstraßen nach 1982 dann doch stillgelegt werden, ist groß.

Daß die IG-Metall-Vertreter im Aufsichtsrat (IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp) einem solchen Vernichtungskonzept zustimmen, ist ein weiterer Verrat der IGM-Führung am Kampf gegen die Kahlschlagstrategie der Stahlbarone. In den kommenden Jahren sollen 50 000 Arbeitsplätze in der bundesdeutschen Stahlindustrie dieser Strategie zum Opfer fallen. Auch hier zeigt es sich erneut, daß es nur leere Worte zu sein scheinen, wenn der IGM-Vorstand in seinen Vorschlägen zur Lösung der Stahlkrise fordert, der Schließung von Werken könne erst dann zuge-

stimmt werden, wenn entsprechende Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden sind.

Die KPD hat in ihrer Betriebszeitung für die Friedrich Krupp Hüttenwerke in Bochum „Hammerschlag“, das neue Sanierungskonzept in aller Schärfe als unannehmbar zurückgewiesen. „Sollte das durchgehen“ — schreibt der „Hammerschlag“ — „so wird der Vorstand spätestens 1982 bei seinem ursprünglich geplanten Arbeitsplatzabbau von 5 300 sein!“ Die KPD-Betriebszelle rief die Belegschaft deshalb auf, den Kampf weiterzuführen mit den Forderungen:

- Kein Abbau von Arbeitsplätzen bei Krupp!

- Volle Aufrechterhaltung der Straße I und II und der Straßen in Hagen und Rheinhausen!

Iranischer Kapitalvertreter stellt IGM-Bonzen bloß

Die traurige Figur des „Kollegen“ Judith.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Wenn nicht der iranische Kapitalvertreter im Krupp-Aufsichtsrat gegen das vom Konzernvorstand vorgelegte Arbeitsplatzvernichtungskonzept Nummer eins gestimmt hätte, das die Vernichtung von 5 300 Arbeitsplätzen vorsah, dann wäre dieses Konzept auch durchgegangen. Die Mitbestimmungsriege mit dem IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp-Stahl) an der Spitze hat nur deshalb geschlossen gegen das Konzept gestimmt, weil sie sich angesichts der Haltung des Iraners eine Zustimmung einfach nicht erlauben konnte, ohne sich völlig bloßzustellen.

Immerhin hatte der Iraner, der in Chomeinis Regierung Industrieminister ist, erklärt, dieses Konzept könne seine Regierung nicht akzeptieren, weil es das Schicksal der Belegschaft den

Kapitalinteressen unterordne. Er werde nur einem Konzept zustimmen, das auch von der Belegschaftsvertretung und der Gewerkschaft akzeptiert werde.

Wenn ein Vertreter der Kapitaleseite eine derartige Haltung einnimmt, so ist das doch eine günstige Bedingung für die IG Metall und den Betriebsrat im Kampf für die Abwehr der Arbeitsplatzvernichtungspläne der Krupp-Bosse. IGM-Bonze Judith jedoch war das Verhalten des Iraners nur ein Ärgernis und er spuckte als „Dank“ Gift und Galle gegen ihn und Chomeinis Regierung.

Dies läßt sich nur dadurch erklären, daß Judith und Konsorten einen Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung überhaupt nicht wünschen. Ihnen liegen die Profite der Finanzhaie mehr am Herzen als das Existenzinteresse der Arbeiter und angestellten.

So erklärte Judith zy-

nisch: ob die Haltung des iranischen Vertreters „uns“ genutzt habe, sei zweifelhaft; und überhaupt würden im Iran die „Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten“. Das muß nun ausgerechnet Judith sagen, der selbst dazu beiträgt, daß hierzulande das Recht auf Arbeit mit Füßen getreten wird!

Die Antwort des iranischen Vertreters blieb nicht aus. In einem Interview mit dem „Spiegel“ erklärte er zu Judiths Beschimpfungen unter anderem:

„Ich fühle mich nicht angegriffen. Der weiß doch gar nicht, wovon er redet. Herr Judith ärgert sich doch nur, weil er sich von der islamischen Republik links überholt sieht. Deshalb wollen einige Herren der Gewerkschaft jetzt von ihrem eigenen Versagen ablenken. Hat sich denn die IG Metall Sorgen um die iranischen Arbeiter gemacht, als sie vom Schah-Regime unterdrückt und ausgebeutet wurden?“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 BOCHUM, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110, geöffnet: Mi 17-18.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr. 17-19 Uhr, Sa. 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Kilarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Platz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi.-Fr. 16-18 Uhr, Sa. 11-13 Uhr.

4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Wenn wir uns also im „Roten Morgen“ mit Fehlern und Schwächen der Partei beim Herangehen an die diesjährige Lohnrunde und beim Eingreifen in die gewerkschaftliche Lohnbewegung befassen, so soll damit nicht der Eindruck entstehen, als wäre dieses Eingreifen insgesamt falsch oder schlecht gewesen. Das sehen wir keineswegs so. Vielmehr hat die Partei in der Hauptsache richtig und positiv eingegriffen, hat damit zur Stärkung der Lohnbewegung beigetragen und die Betriebszellen und Leitungen konnten gleichzeitig wichtige Erfahrungen sammeln.

Dennoch gab es vor allem in der Anfangsphase der Lohnrunde einige ernsthafte Mängel und Fehler, die durchaus vermeidbar gewesen wären. Diese Schwächen müssen auch im „Roten Morgen“ benannt werden, damit jedem Genossen bewußt wird, wie wichtig es für das Voranschreiten unserer Sache ist, sie zu überwinden und künftig zu vermeiden. Dies gilt umso mehr, als auch der „Rote Morgen“ nicht unbeteiligt an diesen Fehlern war.

Ausgangslage nicht konkret analysiert

In unserem oben erwähnten Beitrag zur allgemeinen Einschätzung des Verlaufs der Lohnrunde stellten wir eingangs fest, daß die diesjährige Lohnrunde unter besonderen Vorzeichen stand, daß ihre Ausgangslage von einer verschärften Krisenentwicklung des Kapitalismus in der Bundesrepublik und Westberlin bestimmt wurde. Was das konkret bedeutet, deuteten wir in dem erwähnten Beitrag folgendermaßen an:

„Die Kapitalisten, die bisher bereit waren, ein paar Brosamen aus ihrem fetten Profitkuchen für die Werktätigen abzugeben, damit diesen das fromme Liedchen von der Sozialpartnerschaft vorgespielt werden konnte, lassen jetzt einen anderen Wind wehen.“

Dieser „andere Wind“ sieht so aus, daß die Unternehmer von jetzt an den Abbau der Löhne auf die Tagesordnung setzen. Wir hätten dies schon bei der der Tarifbewegung vorausgehenden Einschätzung schärfer, konkreter analysieren und herausstellen können und müssen. Allgemein haben wir sicher richtig gesehen und gesagt: Diese Lohnrunde steht unter dem Vorzeichen einer verschärften Krise. Aufgrund eines gewissen Schematismus in unserem Herangehen an die Lohnrunde haben wir jedoch nicht genügend in Betracht gezogen, daß im Unternehmerlager ganz bestimmte und sehr handfeste Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache für die Lohnrunde gezogen wurden: seitens des Unternehmerlagers wurde schon sehr früh und sehr einheitlich unter den Schlagworten „lohnpolitische Wende“ und „neue Lohnformel“ folgende Strategie für die Lohnrunde verkündet:

In diesem Jahr brauchen wir einen Lohnabschluß, der weit unter der Teuerungsrate liegt; an sich, von der ökonomischen Lage her, bräuchten wir sogar einen Lohnabschluß, der das tatsächliche Wirtschaftswachstum des Jahres 1981, das aller Wahrscheinlichkeit nach ein Null- bzw. Minuswachstum sein wird, nicht übersteigt — also einen Lohnstopp bereits in diesem Jahr.

Dies war die Argumentation und die erklärte Strategie des Unternehmerlagers und man zettelte ja auch im Vorfeld der Lohnrunde eine Lohnstopp-

Zum Eingreifen unserer Partei in die Lohnrunde '81

Wo haben wir etwas falsch gemacht?

In der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen“ befaßten wir uns mit der allgemeinen Einschätzung der diesjährigen Lohnrunde, vor allem der Lohnrunde in der Metallindustrie, die sich als Schrittmacher der Gesamtlohnrunde erwiesen hat (RM Nr. 25, S. 4). Unser Beitrag umriß die besondere Ausgangslage der Lohnauseinandersetzung, aus der die Unternehmerstrategie der „lohnpolitischen Wende“ erwuchs; er skizzierte den Verlauf der Metalltarifbewegung, der durch die Taktik der sogenannten neuen Beweglichkeit bestimmt wurde; er wertete den Ausgang und

Diskussion an, zunächst einmal mit Schwerpunkt auf den Bereichen ÖTV und Stahlindustrie.

Dann wurde in den Metalltarifverhandlungen das 2,5-Prozent-Angebot gemacht, und zwar wurde es in mehr oder weniger ultimativer Form präsentiert, mit der Begründung: In diesem Jahr könnten die Gewerkschaften keinen Ausgleich für die Preissteigerungen fordern, die Lage mache einen Abschluß weit unter der Teuerungsrate notwendig.

Dementsprechend dauerte es denn auch mehrere Wochen lang, bis die Unternehmer unter dem Druck zunehmender Warnstreiks der Metaller sich überhaupt einmal bequemten, ihr Angebot auf immer noch extrem niedrige 3 Prozent zu erhöhen.

Fast ebensolange dauerte es, bis unsere Partei nach und nach die ganze Schärfe der Situation erfaßte, denn wir verkannten zuerst, was für einen schweren Angriff die Kapitalisten in diesem Jahr in der Lohnfrage auf die Arbeiterklasse gestartet hatten, daß sie tatsächlich entschlossen waren, den Gewerkschaften um jeden Preis einen Tarifabschluß weit unter der Teuerungsrate aufzuzwingen.

Erst in der Ausgabe vom 27. März (Nr. 13, S. 1, Hauptschlagzeile: „Den Raubzug der Unternehmer abwehren“) stellte der „Rote Morgen“ zum ersten Mal in der notwendigen Klarheit und Nachdrücklichkeit heraus, wie rigoros und entschlossen die Kapitalisten einen massiven Reallohnabbau durchpeitschen wollten und daß sie in dieser Lohnrunde um jeden Preis den Durchbruch zur „lohnpolitischen Wende“, zum Lohnstopp und zum direkten Lohnabbau in den kommenden Jahren, schaffen wollten.

Stimmungslage in den Betrieben nicht berücksichtigt

Das oben beschriebene schematische Herangehen an die Situation verknüpfte sich mit einem weiteren Schematismus. Auf die von der IGM-Führung proklamierte „Taktik der neuen Beweglichkeit“ reagierte die Partei zunächst nicht auf der Grundlage einer klaren und realistischen Einschätzung des Bewußtseins der Kollegen und der Stimmungslage in den Betrieben, zugleich haben wir nicht von Anfang an gleich berücksichtigt und richtig erkannt, daß die „neue Beweglichkeit“ unter den gegebenen Bedingungen durchaus zwei Seiten hat, daß sie Möglichkeiten zur Mobilisierung der Kollegen bietet und ein Hebel sein kann, die Lohnbewegung überhaupt erst richtig in Schwung zu bringen.

Hierbei spielt ein falscher Trend eine Rolle, den wir in der Partei zwar seit der Ausrichtung gegen das Linkssektierertum kritisieren und bekämpfen, der aber immer noch nicht ganz überwunden ist. Der Trend nämlich, daß man Kämpfe wie etwa eine Tarifaueinandersetzung überspitzt gesagt nur unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung angeht und den eigentlichen Hauptgegner dabei „vergißt“, nämlich die Kapitalisten.

Von daher ist es zu erklären, daß wir am Anfang die positive Seite der „neuen Beweglichkeit“ übersehen oder unterbewertet haben, die in ihr enthaltenen Möglichkeiten nämlich zur Mobilisierung, zur Organisation von Warnstreiks, die, bundesweit durchgeführt, ja eine große

den Reallohnabbau als Ergebnis der Lohnauseinandersetzung als eine Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung, auch wenn das Ergebnis durch die mächtige Warnstreikbewegung erheblich höher liegt als die Kapitalisten sich das vorgestellt hatten. Im folgenden wollen wir nun auf einen anderen Aspekt eingehen: Auf gewisse Schwächen und Fehler im Eingreifen unserer Partei in die Lohnrunde, die vom Plenum des Zentralkomitees der KPD vor einigen Wochen selbstkritisch herausgearbeitet worden sind.

tungen unter den Arbeitern am Anfang noch nicht besonders hoch lagen, weil die massive Krisenpropaganda („Lohnerhöhungen verschärfen die Arbeitslosigkeit“) des Kapitals und der bürgerlichen Massenmedien offensichtlich Einfluß in der Arbeiterschaft hatte.

Das schablonenhafte Reagieren auf die Maßnahmen und Taktiken der Gewerkschaftsbewegung ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß man den Einfluß der bürgerlichen Ideologie und speziell den Einfluß der kapitalistischen Krisenpropaganda in der Arbeiterklasse unterschätzt oder ignoriert. Dieser Einfluß ist immer noch stark. Und von daher ist es falsch, nur wild mit Wortradikalität („Provokationsangebot“) und Maximalparolen (Vollstreik) um sich zu werfen.

sensituation Stellung nehmen zu den Behauptungen der Unternehmerpropaganda, zu den bei den Kollegen diesbezüglich bestehenden Unklarheiten und Fragen. Von daher hätten wir erklären müssen, worauf die Unternehmer ausgehen und hätten wir ihre Strategie konkret angreifen müssen.

Neue Beweglichkeit hätte besser genutzt werden können

Von daher hätten wir schon von Anfang an eine differenzierte Haltung zur neuen Beweglichkeit einnehmen müssen: entschieden auf ihre Ausweitung hinarbeiten, gleichzeitig die grundsätzliche Kritik an ihr



Die diesjährige Metall-Tarifrunde war durch eine breite Teilnahme der Metaller aus Kampfkationen gekennzeichnet

politische Wirkung erzielen und mit denen man den Kapitalisten durchaus zusetzen kann. Statt also diesen Aspekt sofort zu sehen und konsequent auszunutzen, war die Tendenz stark, ausgehend von vorgefertigten Schablonen (was von der Gewerkschaftsführung kommt, ist immer schlecht) sofort mit der Vollstreikforderung reinzuknüppeln, ohne die Zweischneidigkeit der Taktik des IGM-Vorstandes zu berücksichtigen.

Diese Agitation trug außerdem auch nicht der Tatsache Rechnung, daß die Stimmung in den Betrieben in der Anfangsphase der Lohnverhandlungen trotz des „provokativen“ 2,5-Prozent-Angebots keineswegs auf Vollstreik stand. Schon vor Beginn der Tarifverhandlungen haben wir (d.h. auch der „Rote Morgen“), es versäumt, die Tatsache zu analysieren, daß die von den IGM-Vertrauensleuten in den Betrieben diskutierten und aufgestellten Lohnforderungen in den meisten Fällen nicht wesentlich höher lagen als die dann vom IGM-Vorstand beschlossenen 8 Prozent. Aber dies war bereits ein deutliches Zeichen dafür, daß die Erwar-

Wer glaubt, die bürgerliche Ideologie und die kapitalistische Propaganda schlage sich nicht in der Arbeiterklasse nieder, der hat eine idealistische Vorstellung von der Arbeiterklasse.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Vorstellung, Widerspruch zwischen der reformistischen Gewerkschaftsführung und der Mitgliedschaft würde in der Praxis so aussehen, daß die Massen der Basis ständig Gewehr bei Fuß stehen, bereit zum Vollstreik, und nur weil die Bonzen abwiegeln, kommt es nicht zum Streik. Auch die Gewerkschaftsführung mit ihrer Sozialpartnerschaftspolitik hat natürlich Einfluß an der Basis. Es ist eine naive, idealistische Anschauung, wenn man dies verkennt. Das ist genauso falsch wie die Vorstellung, die Gewerkschaftsführung könnte die Massen nach Belieben manipulieren.

Notwendig wäre es gewesen, noch vor Beginn und in der Anfangsphase der Lohnrunde und sehr intensiv das zu tun, was wir dann erst in ihrem weiteren Verlauf geleistet haben: ausgehend von der besonderen Kri-

führen, indem wir erklären, warum ohne Vollstreik die Unternehmer auf keinen Fall zu einem Tarifabschluß gezwungen werden konnten, der Reallohnsicherung bedeutete.

Auf dieser Grundlage wäre es wirkungsvoller möglich gewesen, zu entlarven, daß die IGM-Führung mit dieser Taktik die Streikschwelle hinausschieben und den Kampf gegen den Reallohnabbau sabotieren wollte. Am Anfang hätte also das Schwergewicht auf der Ausdehnung dieser „neuen Beweglichkeit“ liegen müssen, auf dem Vortreiben der Bewegung, die sie ausgelöst hat, auf die Verstärkung ihrer Eigendynamik, die von der Gewerkschaftsführung zunächst völlig unterschätzt worden war. So hätten wir die Chancen der Bonzen verringern können, die Bewegung noch irgendwie unter Kontrolle zu halten und letztendlich abzuwürgen.

Stattdessen gab es in unseren Reihen eine Tendenz, ziemlich undifferenziert eine Kritik von Kollegen an der „neuen Beweglichkeit“ aufzunehmen, die nicht in allen Aspekten fortschrittlich war: gemeint ist hier

das Argument: „Ich bin doch nicht blöd, und streike schon zum zweiten Mal ohne Streikgeld“. Dieses Argument ist nicht fortschrittlich. Wir müssen klar den Standpunkt einnehmen, daß das Bewußtsein von der Richtigkeit eines Streiks nicht damit gekoppelt sein darf, ob man Streikunterstützung erhält oder nicht.

Sicher ist es Demagogie, wenn die Gewerkschaftsführer in bestimmten Situationen mit dem Argument gegen einen Streik auftreten, es sei kein Geld in der Streikkasse. Auf der anderen Seite kann man aber nicht bestreiten, daß die Streikkassen tatsächlich begrenzt sind, daß es durchaus richtig ist, wenn die Gewerkschaftsführer sagen, die Zahl der Streikstage, die finanziert werden können, sei beschränkt.

Unser Argument gegen die Demagogie der Bonzen ist ein anderes: daß nämlich nicht die Kapazität von Streikkassen entscheiden kann, ob ein Streik geführt werden soll oder nicht, sondern daß sich dies nach der Kampfbereitschaft der Kollegen und der Notwendigkeit eines Streiks entscheiden muß. Ansonsten werden uns in verschärften Situationen die Gewerkschaftsführer entgegenhalten können: Die Kassen sind leergestreikt, Streiks sind jetzt nicht mehr möglich.

Wären nicht in der ersten Phase der Tarifbewegung in der Partei die bisher geschilderten Unklarheiten und schematischen Vorgehensweisen vorhanden gewesen, so hätten die Partei und auch die RGO die „neue Beweglichkeit“ von Anfang an besser ausnutzen können, hätte man mehr aus den durch diese Taktik gebotenen Möglichkeiten machen können. Mehr Parteizellen, als dies der Fall war, hätten es schaffen können, zum ersten Mal durch ihre eigene Initiative Aktionen der Belegschaft zu organisieren, die Kollegen in den Kampf zu führen, wenn man von Anfang an entschlossen gesagt hätte: Gut, wir machen bei uns einen Warnstreik, wir organisieren jetzt mit aller Kraft den Druck von unten.

Das hätte unseren Genossen und den RGO-Kollegen wichtige Kampferfahrungen gebracht und zweifellos wirken sich solche Kampfmaßnahmen auch verändernd auf die Belegschaften aus, bringen sie das Bewußtsein voran. Es wäre den Loderer und Co. umso schwerer gefallen, am Ende die Notbremse zu ziehen und diesen 4,9-Prozent-Abschluß zu machen, der erheblich unter der Teuerungsrate liegt. Die anfänglichen Fehler haben uns also einen Tempoverlust eingebracht.

Natürlich gab es viele gute Beispiele des erfolgreichen Eingreifens der Partei und der RGO. Aber die Startschwierigkeiten am Anfang lassen sich nicht leugnen. Der Sinn dieses Artikels ist es, dazu beizutragen, die Fehler, die uns diese Startschwierigkeiten eingebracht haben, zu erkennen und sie im Hinblick auf künftige Kämpfe zu vermeiden.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß diese Tarifrunde mit ihrer enorm breiten Massenbewegung in der Metallindustrie uns zeigt, daß die Partei sich noch konsequenter auf die Betriebe konzentrieren und orientieren muß, auf die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Alle Tendenzen, die Bedeutung einer solchen Bewegung in der Arbeiterklasse zu unterschätzen, wie wir sie jetzt in der Lohnrunde erlebt haben, muß die Partei restlos ausmerzen.

Große Funktionärskonferenz der IGM/Hamburg

Im Kreuzfeuer der Kritik: IGM-Vorstand und Ortsverwaltung

Janßen wegen Tarifrunde angegriffen /Ausschlußverfahren bei HDW verurteilt

ARBEITERKORRESPONDENZ (HAMBURG). — Am 18.6.81 fand die große Funktionärskonferenz der Hamburger IG Metall statt. In der Einladung zu dieser Versammlung war als einziges Thema vorgesehen: die Auswertung der Tarifrunde '81. Als Vertreter des IGM-Vorstands war anwesend: Hans Janßen, der sogenannte Tarifexperte. An der Versammlung nahmen 300 bis 350 Funktionäre teil.

Aus der Versammlung lagen zwei Anträge vor: Erstens zum Kampf für die Freilassung des wegen angeblicher Spionage inhaftierten Hamburger IGM-Bildungssekretärs Hermann Gaßmann und zweitens gegen die Ausschlußverfahren gegen die 42 Kollegen der Liste „Aktive Metaller“ bei HDW. Entgegen aller Erwartungen konnte erreicht werden, daß diese beiden Anträge in Abänderung der Tagesordnung behandelt wurden.

Was die Solidarität mit Hermann Gaßmann betrifft, so wurde auch auf dieser Funktionärskonferenz viel scharfe Kritik an der Stillhaltepolitik der IGM-Ortsverwaltung geübt, ähnlich wie auf dem Treffen vom 14. Mai (vgl. RM 24/81). Die auf diesem Treffen verabschiedete Resolution lag nun der Funktionärskonferenz als Antrag vor. Die Resolution kritisiert die bisherige Haltung der IGM-Ortsverwaltung im Fall Gaßmann und fordert von ihr eine offensive Kampagne für die Freilassung des inhaftierten Kollegen.

Der Antrag wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen. Dies, obwohl die Vertreter der Ortsverwaltung und Hans Janßen sich ausdrücklich gegen den Antrag ausgesprochen und Ablehnung empfohlen hatten.

Wegen der klaren Haltung der Versammlung mußte die Ortsverwaltung neben dem Abstimmungsergebnis noch eine zweite Niederlage in dieser Sache einstecken: Das Komitee für die Freilassung von H. Gaßmann hatte auf der Funktionärskonferenz ein Flugblatt mit dem Bild Hermann Gaßmanns, das auf die Hintergründe dieses Falles eingeht und zur Solidarität mit dem inhaftierten Kollegen aufruft, verteilt. Unwiderrprochen wurde dann auf der Konferenz angekündigt, daß dieses Flugblatt auf der Friedendemonstration am 20. Juni in Hamburg verteilt werden sollte.

Auf dieser Demonstration wurde dann auch mit einem großen Transparent und vielen Trageschildern sehr öffentlich gegen diesen Skandal protestiert. Die Öffentlichkeitsarbeit im Fall Gaßmann läuft also inzwischen gegen den Widerstand der Ortsverwaltung auf vollen Touren.

Der zweite Antrag wurde vom IGM-Vertrauenskörper bei Ortman & Herbst eingebracht (wir haben den Antrag nebenstehend abgedruckt - Red.). In der Diskussion über diesen Antrag wandten sich sämtliche Redner außer den Bonzen der Ortsverwaltung und zwei HDW-Betriebsräte der offiziellen IGM-Liste in teilweise scharfer Form gegen die Ausschlußverfahren. Ein Kollege enthüllte, daß das jetzige Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IGM, der anwesende Hans Janßen, vor zehn Jahren bei Klöckner in einer ähnlichen Situation, wo ebenfalls eine zweite IG-Metall-Liste zur Betriebs-

ratswahl aufgestellt war, als Mitglied der Untersuchungskommission den Ausschluß von aktiven IGM-Gewerkschaftern betrieben hatte. Janßen wurde gefragt, ob er diese seine unrühmliche Tradition jetzt im Falle HDW fortsetzen wolle (nach der Satzung der IG Metall entscheidet der Vorstand bei Ausschlußverfahren).

Eine besondere Schlappe für die Ortsverwaltung wurde der Auftritt der beiden erwähnten HDW-Betriebsräte der offiziellen IGM-Liste. Der eine (sein Name ist Rasmus Söchtig), regte sich auf über die „Verletzung der Satzung“ durch die „Aktiven Metaller“, was „großen Schaden in der Organisation anrichten“ würde. Doch diese Sprüche erwiesen sich als Bumerang. Gleich der nächste Redner entlarvte nämlich die doppelte Moral dieses äußerst rechten Betriebsratsbonzen. Söchtig ist einer derjenigen, die das Ausschlußverfahren gegen die 42 Kandidaten der Liste „Aktive Metaller“ beantragt haben. Nun haben jedoch laut IGM-Satzung (§ 11, Ziffer 3) „Die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen“. So halten es also die Bonzen selbst mit der Satzung.

Der zweite IGM-Listen-Mann, der auftrat, ein neugewählter Betriebsrat namens Horst Pöggel, tat sich mit außergewöhnlichen Hetztiraden gegen die „Aktiven Metaller“ hervor. Nachdem Vertreter der Ortsverwaltung eben noch versucht hatten, mit viel Hinterlist die Zusammenarbeitsangebote der „Aktiven Metaller“ gegenüber den Betriebsräten der IGM-Liste als unernst und reine Zweckpropaganda hinzustellen, plauderte Pöggel jetzt unverblümt aus der Schule: „Wir haben die Zusammenarbeit mit den anderen abgelehnt, weil die uns möglicherweise zu einem Verhalten erpressen könnten, das den Richtlinien der IG Metall widerspricht“.

Diese Politik betreiben die Bonzen der Ortsverwaltung und der IGM-Liste ohne Rücksicht auf die Einheit der Organisation und ohne Rücksicht auf die dringend notwendige Geschlossenheit der IGM-Basis bei HDW, wo jetzt die Gefahr einer offenen Spaltung äußerst akut ist. Die Werksleitung von HDW versucht jetzt im Windschatten der Auseinandersetzungen im Betriebsrat und in der IG Metall ihre Stilllegungspläne noch zu beschleunigen. Auch aus diesem Grund wurde das Verhalten der Betriebsratsbonzen und der Ortsverwaltung von den Funktionären verurteilt.

Der Antrag des Vertrauensleutkörpers von Ortman & Herbst wurde bei der Abstimmung gegen den Widerspruch der Ortsverwaltung und des Hans Janßen von der deutlichen Mehrheit der Konferenz unterstützt und war damit angenommen.

Nach diesen drei Niederlagen für die IGM-Bonzen kam dann der eigentliche Haupt-

punkt zur Diskussion: die Lohnrunde. Der IG-Metall-Vorstand stand dabei voll in der Schußlinie.

Zwar wurde von allen Red-

auf die Mitglieder.

Der zweite Bevollmächtigte Engelmann zum Beispiel entblödete sich nicht, zu behaupten, er habe auf Warnstreik-

Versammlungen immer wieder ganz bewußt von Kompromissen um 5 Prozent gesprochen, jedoch nicht etwa, weil er einen solchen Kompromiß angestrebt habe (wer denkt denn sowas?), sondern um die Kollegen zu testen, und leider, leider habe dabei niemand protestiert!

Janßen besaß sogar die Unverschämtheit, sich scheinheilig zu mokieren, es seien plötzlich überall Ansteckplaketten aufgetaucht mit Parolen wie „Reallohn sichern“ oder „Die 5 muß vor das Komma“ usw. Daraus

habe er nur schließen können, daß die Linie des Vorstands richtig sei.

Übel war auch die Antwort der Bonzen auf die Forderung, bei einer solch breiten Teilnahme an der Tarifbewegung müßte vor dem Abschluß eine Urabstimmung stattfinden. Dazu behaupteten Janßen und Engelmann, man sei ja voll dafür. Engelmann sagte, die Ortsverwaltung habe sogar diese Forderung an die Bezirksleitung gestellt. Janßen äußerte dann wörtlich: „Ich habe große Sorge, daß dann die Mitglieder das Ergebnis drücken und zu niedrigen Abschlüssen zustimmen würden“.

So war das also: Janßen war der große einsame Kämpfer an der Spitze, der leider der kompromißlerischen Haltung der Basis nachgeben mußte und nur dank seiner Genialität mit den 4,9 Prozent unter diesen Umständen noch das Beste herausgeholt hat.

In seiner Schlußrede verfiel Janßen dann auf die Behauptung, was er hier in der Konferenz erlebt habe, sei einmalig, Hamburg sei in dieser Beziehung eine absolute Ausnahme, nirgendwo sonst gäbe es so wenig Übereinstimmung zwischen den Funktionären und dem Vorstand in Grundfragen. Ich denke, unsere Kollegen in anderen Städten werden diese Behauptung Janßens Lüge strafen. Jedenfalls konnte er damit wohl nicht viele Kollegen auf unserer Konferenz verunsichern.

Die Kritik, die in der Diskussion am Vorgehen der IGM-Führung in der Lohnrunde geübt wurde, lautet kurz zusammengefaßt so:

Die organisierte Kraft der Mitglieder muß wirkungsvoller eingesetzt und der Kampf dadurch auf einen kürzeren Zeitraum konzentriert werden. Die „neue Beweglichkeit“ kann zwar die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft stärken, aber sie ersetzt nicht die entscheidende Waffe: Urabstimmung und Streik. Der Tarifabschluß stellt keine Sicherung der Realeinkommen dar und ist insofern als eine Niederlage zu werten.

ANTRAG DES VERTRAUENSKÖRPERS IN DER FIRMA ORTMANN & HERBST

Die große Funktionärversammlung der IG-Metall Hamburg am 18.6.81 möge folgende Resolution beschließen:

„An den Untersuchungsausschuß zu Händen des Kollegen Nack
An die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Hamburg
An die Bezirksleitung des Bezirks Hamburg
An den Vorstand der IG Metall

Gegen 42 Kolleginnen und Kollegen der HDW Hamburg ist ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten eingeleitet worden. Ihnen drohen damit Maßnahmen, die bis zum Verbot der Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen und zum Ausschluß aus unserer Organisation reichen können.

Die formale Begründung dafür ist ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste als „Aktive Metaller“ zu den letzten Betriebsratswahlen, die einen Verstoß gegen die Richtlinien des Vorstands darstellen würden.

Politischer Hintergrund ist ein seit mehreren Jahren existierender Konflikt unter den IG Metallern dieses Betriebes wegen unterschiedlicher Vorstellungen von gewerkschaftlicher Politik und betrieblicher Interessenvertretung.

Unabhängig vom jeweiligen Standpunkt ist es Tatsache,

- daß es sich bei diesem Sammeluntersuchungsverfahren um das größte in der jüngeren Geschichte der IG Metall handelt und es damit als Politikum schon weit über Hamburg bekannt geworden ist.
- daß es sich bei diesen Kolleginnen und Kollegen nicht um eine unbedeutende Randerscheinung handelt, sondern um Funktionäre, die seit langen Jahren und engagiert die Gewerkschaftsarbeit bei HDW stark mitgetragen haben.
- daß bei den Betriebsratswahlen die Mehrheit der Belegschaft und insbesondere der IG-Metall-Mitglieder diesen Kolleginnen und Kollegen ihr Vertrauen ausgesprochen haben und damit eine Kritik der bisherigen Politik ausgedrückt haben,
- daß diese Kolleginnen und Kollegen trotz Untersuchungsverfahren den übrigen IG-Metallern im Betriebsrat die volle Zusammenarbeit angeboten haben.

Wir sind deshalb der Meinung,

daß durch ein Funktionsverbot oder durch den Ausschluß der Kollegen/innen

- die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen abgewürgt wird, indem man eine Seite mundtot macht, daß der Graben noch größer wird und die gemeinsame Grundlage für gewerkschaftliches Handeln schlechter wird.
- die gewerkschaftliche Arbeit und Interessenvertretung bei HDW schwer Schaden erleiden und ein konstruktiver Neuanfang unmöglich gemacht wird.
- das Ansehen der IG Metall als demokratische Interessenorganisation, in der Mitgliederwille und Mitgliederkritik ernst genommen und vor allem mit Argumenten reagiert wird, nach außen und innen schwer Schaden nehmen wird.

DESHALB FORDERN WIR EUCH AUF, KEIN FUNKTIONSVERBOT ODER GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS GEGEN DIE BETROFFENEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN AUSZUSPRECHEN!

Vom Vertrauenskörper Ortman & Herbst am 26.5.81 beschlossen.

nern die breite Mobilisierung der Mitgliedschaft begrüßt. Der Abschluß selbst jedoch stieß auf völlige Ablehnung. Mehrere Redner verurteilten, daß der IGM-Vorstand, und besonders Janßen, immer wieder mit Interviews in der reaktionärsten Presse von „Bild“ bis „Handelsblatt“ aufgetreten waren und dabei entgegen dem Mitgliederwillen signalisiert hatten, daß die IG Metall sich auch mit Abschlüssen zwischen 4 und 5 Prozent zufrieden geben würde.

Viele Vertrauensleute wußten von ihren Versammlungen im Betrieb zu berichten, daß der Abschluß von den Kollegen als nicht reallohnssichernd und der hohen Kampfbereitschaft nicht entsprechend breit abgelehnt wurde.

Loderers Sprüche in der Mitgliederzeitung „metall“ von der angeblich positiven Aufnahme des Tarifabschlusses durch die Mitglieder wurden hier gründlich widerlegt. Besonders frech waren von daher die Entgegnungen der Ortsverwaltung und des Herrn Janßen. Janßen schob alle Schuld an den Abschlüssen auf die Bezirksleiter. Er selbst habe immer wieder dagegen gekämpft, daß die Bezirksleiter vorzeitig Abschlüsse akzeptieren wollten oder gar mit Laufzeiten und Rechenstrichen manipulieren wollten. Als Beispiel führte Janßen dabei Nordrhein-Westfalen und Hessen ins Feld. Die Bonzen der Ortsverwaltung wiederum schoben die Schuld ebenfalls nach unten:

Hausdurchsuchung bei Opel-Betriebsrat Jasczyk

Polizeiterror nach Abfuhr für Verfassungsschutz

BOCHUM. — Am Freitag letzter Woche kurz nach 6 Uhr morgens drang ein 20 Mann starkes Polizeiaufgebot in die Wohnung des Opel-Betriebsrats Peter Jasczyk ein, nahm eine Hausdurchsuchung vor und dann den Opel-Arbeiter vorübergehend fest. Jasczyk hatte, wie wir im „Roten Morgen“ mehrfach berichteten, aufgedeckt, daß der Verfassungsschutz ihn als Spitzel anwerben wollte.

Wie wir im „Roten Morgen“ berichteten, war Jasczyk, der als DKP-Mitglied bekannt ist, ein monatliches „Honorar“ bis zu 2000 DM von einem Verfassungsschutzagenten angeboten worden, falls er sich bereit fände, in den Bereichen DKP, Opel-Betriebsrat und Gewerkschaft Spitzeldienste für den Verfassungsschutz zu leisten.

Jasczyk erteilte dem Agenten jedoch eine Abfuhr und deckte den Anwerbungsversuch auf einer Sitzung der IGM-Vertrauenskörpers von Opel/Bochum auf. Bereits vor anderthalb Jahren hatte der Verfassungsschutz vergeblich einen Vertrauensleute-Sprecher bei Opel/Bochum anzuwerben ver-

sucht.

Jetzt wird Jasczyk vom Verfassungsschutz beschuldigt, den Agenten „gefoltet“ zu haben. Von der Staatsanwaltschaft Essen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „gefährlicher Körperverletzung, Raubes pp.“ eingeleitet. Gleichzeitig versucht der Staatsapparat auch den gesamten Betriebsrat von Opel/Bochum unter Druck zu setzen. So erschien ein Vertreter der Essener Staatsanwaltschaft im Opel-Werk zu einem „Gespräch“ mit Betriebsräten.

Betriebsräte äußerten sich danach überrascht, daß der Staatsanwalt bei diesem „Gespräch“ sich bestens über eine interne Sitzung der IGM-Betriebsratsfraktion von Opel/Bochum informiert zeigte. Woher hat er diese Informationen?

Inzwischen hat sich durch das Aufsehen, den dieser Verfassungsschutzskandal erregt hat, auch der IGM-Vorstand zu Maßnahmen veranlaßt gesehen. In einem Schreiben an Innenminister Baum haben die Vorstandsmitglieder Loderer und Benz Aufklärung darüber gefordert, inwiefern der Verfassungsschutz in den Betrieben

trotz entgegengesetzter Behauptungen Baums tätig ist.

In diesem Brief machen die IGM-Bonzen allerdings gleichzeitig ein Zugeständnis an die in der Presse betriebene Hetzkampagne und an die skandalösen Angriffe der Justiz gegen Peter Jasczyk. So heißt es in dem Brief: Die IG Metall würde selbstverständlich Selbstjustiz und Folter gemeinsam mit allen Bundesbürgern verurteilen!

Der Anwerbungsversuch und der jetzige Rachefeldzug des Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaft gegen Jasczyk ist ein ungeheurer Skandal! Die IG Metall muß sich uneingeschränkt vor Jasczyk stellen, ihm gegen die erwähnten Terrormaßnahmen der Staatsgewalt jede Unterstützung geben.

Im übrigen fordert die KPD:

• Jegliche Bespitzelung der Belegschaften und ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungen muß verboten werden!

• Verfassungsschutz raus aus den Betrieben!

• Die IG Metall muß entsprechende Schritte zur Verwirklichung dieser Forderungen einleiten!

Etwa hundert Menschen fanden sich im Laufe des Vormittags vor dem Gerichtsgebäude ein, wo die Mahnwache aufgezogen war. Anschließend formierten sie sich zu einem Demonstrationzug, der in der Einkaufszone der Düsseldorfer Innenstadt großes Aufsehen hervorrief.

An der Spitze des Zuges, vor dem großen Transparent der Majdanek-Initiative, schritten die Gäste aus Polen, Frau Dr. Medryk und Dr. Nowak.

Auf der Veranstaltung am Nachmittag nutzte ich als Redakteur des „Roten Morgens“, ebenso wie viele andere Menschen, die Gelegenheit zu einem Gespräch mit diesen beiden Vertretern des Verbandes ehemaliger Widerstandskämpfer aus Polen.

In diesen Gesprächen und aus den Berichten, den Schilderungen des Lebens im Lager Majdanek, die Frau Medryk und Dr. Nowak vom Podium aus abgaben, stiegen vor den Zuhörern die Bilder der Vergan-

Düsseldorfer Majdanek-Prozeß

Kein einziger KZ-Mörder darf freigesprochen werden!

Antifaschistischer Aktionstag mit polnischen Widerstandskämpfern

DÜSSELDORF. — Mit einer Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landgericht, einem Schweigemarsch durch die Innenstadt und einer Veranstaltung wiesen Antifaschisten aus Düsseldorf und Umgebung auf den bevorstehenden Abschluß des Prozesses gegen die Massenmörder von Majdanek hin und unterstrichen die Forderung aller Antifaschisten, daß keiner dieser Verbrecher freigesprochen werden darf.

Mütter rissen, auf Lastwagen warfen und ins Gas schickten...

„Diese Sachen zu beschreiben, ist unsere Pflicht.“ Jan Nowak machte klar, worin die Überlebenden der Konzentrationslager ihre Aufgabe sehen: der Jugend heute klarzumachen, was damals geschehen ist, damit es sich niemals wieder-

kommen.

Jan Nowak gehört zu denen, die der übernommenen Verpflichtung immer nachgekommen sind. „Wir handeln im Namen der Geopfert. Sie rufen uns und verlangen die Bestrafung der Mörder!“ Diese Bestrafung ist notwendig, wenn man nicht dem Ungeist des Faschismus neue Nahrung geben will. Und immer wieder weist Jan Nowak darauf hin, daß die Jugend frei sein muß von diesem Ungeist: „Davon hängt das Schicksal der jungen Generation ab.“ Die Jugend muß den Grundstein legen zu einem Zusammenleben der Völker in Frieden und Freiheit.

Wie Jan Nowak, war auch Danuta Medryk Häftling in Majdanek. Sie wurde zweimal von den Hitler-Faschisten verhaftet. Das erstmal, weil sie entgegen dem Verbot der Besatzer, die mit Gewalt die Verdummung des polnischen Volkes durchsetzen wollten und deshalb bis auf wenige Grundschulen alle Bildungseinrichtungen schließen ließen, an organisiertem Schulunterricht teilgenommen hatte... Sie wurde nach einigen Monaten wieder freigelassen. Seit dieser Zeit aber stand sie auf der schwarzen Liste der Faschisten. Und es dauerte nicht lange, da wurde sie, inzwischen Mitglied des Widerstandes, erneut festgenommen und nach Majdanek verschleppt.

Danuta Medryk beschrieb die Selektionen von Frauen und Kindern. Man merkte, daß sie ebenso wie ihre Kamerad vorher an diesem Nachmittag ihr Ziel erreichte: gerade die jungen Be-

An den Aktionen nahmen zwei der Hauptbelastungszeugen gegen die faschistischen Unmenschen teil: Frau Dr. Danuta Brzosko-Medryk und Herr Dr. Jan Nowak aus Polen. Aufgerufen hatte die „Presseinitiative Majdanek-Prozeß“, die eine umfangreiche antifaschistische Aufklärungs- und Mobilisierungstätigkeit entfaltet.

sucher der Veranstaltung waren tief beeindruckt von ihren Ausführungen.

Es waren aber nicht nur Bilder des Grauens, die hier heraufbeschworen wurden. Es waren auch Bilder einer tiefen, umfassenden Menschlichkeit, die von den Häftlingen untereinander praktiziert wurde. Einer Liebe zu den Menschen, die das Leben und die Tätigkeit der

Überlebenden heute prägt und aus jedem ihrer Worte spricht. Ihr Kampf für die Bestrafung, die strengste Bestrafung der Mörder hat nichts mit dumpfer Rache zu tun. Nur über die kompromißlose Ausrottung des Faschismus wird der Weg frei zu einer menschlichen Zukunft. Dafür zu sorgen, haben sich die Überlebenden aller KZs geschworen. Einen Beitrag dazu

leisten Danuta Medryk und Jan Nowak mit ihrem Einsatz u.a. beim Majdanek-Prozeß.

Frau Dr. Medryk war es, die erst dafür gesorgt hat, daß der Mörderin Ryan-Braunsteiner die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt und sie, die sich in die USA geflüchtet hatte, zu ihrem Prozeß in die Bundesrepublik ausgeliefert wurde.

Am Dienstag, 30. Juni, wird das Urteil über die Mörder gesprochen. Auch die letzten beiden Prozeßtage werden von öffentlichen Aktivitäten der Antifaschisten begleitet sein. Das Gericht steht vor der politischen Entscheidung, ob es mit milden Urteilen oder gar Freisprüchen, wie sie auch schon gefordert wurden, die alten und neuen Nazis ermutigen will oder nicht. Juristische Grundlagen, ja ausdrückliche Verpflichtungen zu einer strengen Bestrafung aller Angeklagten gibt es genug. **Kein einziger KZ-Mörder darf freigesprochen werden!**

Dietrich Lohse



Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude.

genheit auf, die sie selbst nicht miterlebt, von denen sie zum Teil noch kaum etwas gehört hatten. Bilder des Grauens, der grausamen und planvollen Vernichtung menschlichen Lebens durch die Nazi-Verbrecher, durch die Lächer, Hackmann, Ryan und all die anderen, die jetzt in Düsseldorf auf ihren Urteilspruch warten und sich heute als ganz unschuldig hinstellen, heute noch die Überlebenden der Greueltaten verhöhn und beleidigen. Sie, die eigenhändig Menschen gefoltert und umgebracht haben, die Kleinkinder aus den Armen ihrer

holen kann. „Die Jugend darf die Geschichte nicht vergessen!“ Und er stellte die Forderung an den Unterricht in den Schulen, an die Gestaltung der Schulbücher, daß dort in einem Sinne unterrichtet wird, daß die jungen Menschen zu bewußten Antifaschisten erzogen werden. Eine Forderung, die in Westdeutschland absolut nicht verwirklicht ist — in unseren Schulbüchern etwa werden heute noch polnische Gebiete als deutsch bezeichnet. Es ist eine Schande, daß polnische Widerstandskämpfer so etwas erleben müssen, wenn sie in unser Land

Kieler Asche-Prozeß

„Lebenslänglich für den Eichmann von Belgien!“

Antifaschistische Aktionen kurz vor Prozeßende

KIEL. — Der Prozeß gegen SS-Obersturmbannführer Kurt Asche, der als Judenreferent in Belgien an der Deportation von über 25 000 Juden ins Vernichtungslager Auschwitz mitgewirkt hat, steht vor dem Ende. Am 24. Juni erfolgten die Plädoyers der Nebenkläger. Fast 180 belgische Juden erschienen an diesem Tag in Kiel, nahmen an der Verhandlung teil und legten am Standort der ehemaligen Kieler Synagoge in der Goethestraße einen Kranz nieder.

Der Staatsanwalt hatte wegen Beihilfe zum Mord eine Gefängnisstrafe von zwölf Jahren gegen Asche beantragt. Der Vertreter der belgischen Nebenkläger, Rechtsanwalt Lahme, wies darauf hin, daß Asche auch wegen Mittäterschaft verurteilt werden könnte. Die einzige Nebenklägerin aus der DDR, Esther Schreyer, forderte das Gericht auf, nicht wegen Beihilfe, sondern wegen Mordes eine lebenslängliche Haftstrafe auszusprechen. Sie nannte Asche ganz richtig den „Eichmann von Belgien“. Bernhard Lahme hatte bereits die wahre Stellung der Judenreferenten mit einem Zitat von Eichmann selbst klargestellt: „Alle Judenreferenten genossen höchsten Respekt, sie waren der direkte verlängerte Arm Himmlers“. So strafe einer der Massenmörder selbst den SS-Mann Asche, der nichts

gewußt haben will, Lügen.

Der antifaschistische „Arbeitskreis Asche-Prozeß“ veranstaltete an diesem Verhandlungstag eine Mahnwache vor

dem Kieler Landgericht (s. Foto). Die Kieler Antifaschisten, die ein sehr herzliches Verhältnis zu den Antifaschisten aus Belgien hergestellt haben, nahmen auch an der Kranzniederlegung teil.

Von den nach Auschwitz deportierten belgischen Juden kehrten nur 1205 zurück. 31 von ihnen sagte in Kiel aus und zerfetzten die Lügen des Nazi-Verbrechers Asche, der bis heute keine Reue kennt.



Sie erinnerten an die Opfer des Nazi-Terrors: Vor dem Kieler Landgericht.

Dortmunder Kampmann-Prozeß

Sowjetische Zeugen eingetroffen

Eine Überlebende des Massakers von Srebnoje sagt aus

DORTMUND. — Im Prozeß gegen den NS-Kriegsverbrecher Karl-Wilhelm Kampmann, der im Jahre 1943 an der grausamen Ermordung von mindestens 650 Bürgern in dem besetzten ukrainischen Dorf Srebnoje beteiligt war — die Menschen wurden in einer Schule bei lebendigem Leibe verbrannt — und der eigenhändig eine 19jährige Kolchosbäuerin erschossen hat, sagen in diesen Tagen Zeugen aus der Sowjetunion aus.

Fünf Zeugen trafen am 26. Juni im Dortmunder Landgericht ein. Unter ihnen drei ukrainische Bürger, die während der Besatzungszeit den deutschen Truppen vorübergehend als Hilfspolizisten gedient hatten. Sie sind dafür in der Sowjetunion nach dem Kriege bereits bestraft worden. Einer von ihnen, Grigori Gulak, widerlegte mit seiner Aussage bereits wichtige Schutzbehauptungen Kampmanns, der angeblich von nichts gewußt hat, die Beteiligung deutscher Truppen an dem Massaker überhaupt in Zweifel zog und der sofort nach dem Blutbad für einige Zeit aus Srebnoje weggegangen sein will.

Die wichtigsten Zeugen allerdings werden erst im Verlauf dieser Woche aussagen. Das sind Konstantin Krysko, der den Mord an der jungen Bäuerin bezeugen wird, und das ist vor al-

len Dingen Olga Maximowna Lissatsch. Frau Olga Lissatsch war 19 Jahre alt, als sie zusammen mit ihren Leidensgefährten in die Schule von Srebnoje getrieben wurde. Sie konnte durch

ein Fenster entkommen und wurde wie durch ein Wunder nicht von den Maschinengewehrsalven der Nazi-Bluthunde getroffen. Mehrere ihrer Angehörigen kamen bei dem Massaker um.

Die Zeugen wurden von Dortmunder Antifaschisten herzlich willkommen geheißen. Ein Mitglied des „Arbeitskreises NS-Prozeß Kampmann“ überreichte ihnen einen Strauß roter Nelken als Zeichen der Freundschaft. (Unser Bild)



Nelken vor der Verhandlung gab es für die Zeugen aus der Sowjetunion.

Kampf für ein Kulturzentrum in Bochum

Polizeiterror gegen Jugendliche

(Korrespondenz). — Am vergangenen Freitag wurden in Bochum über tausend Jugendliche, die für ein autonomes Kulturzentrum demonstrierten, von der Polizei überfallen und brutal zusammengeschlagen. Damit erreichte der Terror gegen die schnell angewachsene Bewegung für das Kulturzentrum einen blutigen Höhepunkt.

Anfangen hatte alles am 16. Juni, als ungefähr 100 Leute eine Fabrik besetzten, die seit etwa vier Jahren leerstand. Ziel war es, ein autonomes Kulturzentrum aufzubauen, wo nicht der Nepp an erster Stelle steht (in der Stadt kostet in „Jugendknäpeln“ ein Bier 1,30 DM), sondern die Begegnung der Menschen untereinander. Hier sollte man sich ohne Druck („Sie müssen was trinken!“) aufhalten, mit Leuten diskutieren können, ohne Kontrolle durch irgendwelche Parteien oder städtischen Verbände. Hier sollte man selber künstlerisch aktiv werden, die Musikgruppen oder Theatergruppen einladen können, die wir wollen, wo Eintrittspreise nicht bei 15 DM oder ähnlich liegen. Doch das alles scheint der Stadt ein Dorn im Auge zu sein!

Für Freitag, den 19.6., war eine Demo in der Stadt geplant, auf der die Besetzer ihrer Forderung nach Anerkennung und Unterstützung des autonomen Kulturzentrums „Fabrik“ Nachdruck verleihen wollten. Doch diese Demo erhielt aufgrund eines „Zwischenfalls“ in der Donnerstagnacht ungeahnte Dimensionen. Aus zuverlässiger Quelle wurde am Donnerstagabend bekannt, daß die Fabrik am nächsten Morgen geräumt werden sollte. Daraufhin überlegten wir uns, wie wir uns am besten zur Wehr setzen könnten und einigten uns darauf, passiven Widerstand zu leisten, das heißt uns rastragen zu lassen, und Fenster und eine der beiden Türen zu verbarrikadieren.

Gegen 5 Uhr 15 hieß es dann: „Sie kommen!“ Fast im gleichen Augenblick dröhnten die ersten Hammerschläge gegen die Fenster und die Tür. Wir hatten uns in der Mitte der Halle auf dem Boden zusammengesetzt und uns eingehakt. Unsere „Freunde und Helfer“ schienen diesen Einsatz als eine Art Frührspott zwecks Konditionstraining anzusehen, denn sie überhörten unsere mehrfache, höfliche Aufforderung, doch die Tür auf der anderen Seite zu benutzen, die wir offen gelassen hatten, und zogen es vor, mit riesigen Vorschlaghämmern Fenster und Türen zusammenzuschlagen. Als sich schließlich 30 bis 40 Bullisten gewaltsam Einlaß verschafft hatten, wurden wir nach dreimaliger Aufforderung, die Fabrik zu verlassen, zum Teil brutal aus der Halle geschleppt. Von dort aus ging es in den Knast, wo wir bis zu acht Stunden festgehalten wurden. Alle wurden erkenntnisdienlich behandelt und bekommen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, einige auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, und wegen „Sachbeschädigung“, da angeblich die Zellen demoliert worden sein sollen. Rausgekommen aus dem Knast, wurden wir mit Kaffee und Brötchen empfangen, von den Leuten, die entweder mit drin waren, oder die schon eher freigelassen worden waren. Es war ein gutes Gefühl, zu wissen, daß draußen Leute auf einen warteten, während man in der Zelle saß.

Währenddessen hatten bereits Baurtruppen unter Polizeischutz mit dem Abriß der Fabrik begonnen. Die Begründung

der Stadt gegenüber der Bevölkerung, die Räumung sei notwendig, weil die Halle schon fest an das Straßenverkehrsamt und das Amt für Wirtschaftsförderung vermietet sei, erwies sich somit als eine besonders platte Lüge! Die erste Reaktion zeigte sich bei der Demo am nachmittag: ca. 500 Leute zogen durch die Innenstadt zum Rathaus, wobei auch einige Fensterscheiben zu Bruch gingen. Der Oberbürgermeister Eickelbeck war indes nicht zu bewegen, den Demonstranten über die skandalö-

Ein Sprecher der Stadtverwaltung erklärte übrigens gegenüber der Presse ganz offen, man sei gar nicht davon ausgegangen, daß die Jugendlichen diese Halle akzeptieren würden. Es wurde dann aber noch ein anderes „Angebot“ ins Gespräch gebracht, nämlich die BO-Fabrik. Die steht allerdings nicht leer, sondern wird vom Schauspielhaus für Aufführungen genutzt. Ein deutlicher Versuch, die Jugendlichen gegen das Schauspielhaus auszuspielen.

Mit solchen üblen Tricks, Täuschungsmanövern und Lügen versuchte die Stadtverwaltung, den Kampf für das Kulturzentrum zu untergraben. Und kombiniert war das immer mit Provokationen und brutalen Einsätzen der Polizei. Die

suchten, einem Zivilen die Kamera wegzunehmen. Dabei kam es dann zum ersten Knüppelinsatz der Polizei, wobei auch die Chemische Keule eingesetzt wurde. Zwei Leute wurden festgenommen.

Inzwischen war der Eingang zur Fabrik von Polizeiketten abgeriegelt worden. Wir diskutierten die Lage und beschlossen dann, unser Fest zu machen. Als ein VW-Bully vom Asta der Uni mit Getränken anrollte, prügelte sich ein Trupp der Polizei den Weg zum Auto frei und beschlagnahmte es. Nach 20 Minuten wurde es wieder freigegeben, allerdings mit der unsinnigen Auflage, das im Bully transportierte Bier dürfe nur in Pappbechern ausgeschenkt werden.



Unmittelbar nach der Räumung wurde die erste besetzte Fabrik abgerissen.

se Vorgehensweise der Stadt Rede und vor allen Dingen Antwort zu stehen und glänzte durch Abwesenheit. Wir besetzten deshalb vorübergehend die Kreuzung vor dem Rathaus.

Am Samstag demonstrierten nochmal ca. 400 Leute gegen Räumung und Strafanzeigen. Zu seinem Unglück wurde dann aber der OB in seinem Privatwagen von einigen Demonstranten gesichtet. Das Flohmarktgetümmel hindert ihn daran, sich schleunigst aus dem Staub zu machen, so daß er einem kurzen, aber intensiven „Dialog mit der Jugend“ dann doch nicht ausweichen konnte. Ein Reifen hatte plötzlich keine Luft mehr und der hübsche Mercedesstern war auf unerklärliche Weise auch auf einmal verschwunden. Die Demo endete mit einer Besetzung der Kammerspiele.

Claus Peymann, der Leiter des Schauspielhauses, erklärte sich nach einer Diskussion in einem offenen Brief an die Stadt mit den Besetzern solidarisch und stellte die Kammerspiele für Dienstagabend, den 23.6., für eine Veranstaltung der Besetzer zur Verfügung, zu der die städtischen Vertreter eingeladen waren. Auf dieser Veranstaltung waren dann ungefähr 700 Leute (die hohen Herren fehlten natürlich), die darüber informiert wurden, daß die Stadt uns ein eigenes Angebot gemacht hätte und uns eine Halle ab 10. Juli zur Verfügung stellen wolle. Diese Halle wurde am nächsten Abend besichtigt und einstimmig von den Besetzern abgelehnt. Dieses „Angebot“ war eine reine Provokation. Ganz davon abgesehen, daß die Wände vollkommen instabil waren, dafür aber die Heizung gänzlich fehlte, gab es bis auf einen Wasserhahn nicht die geringsten sanitären Anlagen.

erreichten dann am vergangenen Freitag ihren Höhepunkt.

Mit einigen hundert Leuten hatten wir uns zu einer Vollversammlung vor dem Schauspielhaus getroffen. Es wurde beschlossen, den Versuch zu machen, eine leerstehende Fabrik in der Uni-Straße zu besetzen. Sollte das wegen der Polizeiübermacht nicht möglich sein, wollten wir ein Fest vor der Fabrik organisieren. Schon vor dem Schauspielhaus und während der Demo zur Fabrik hatte sich provokativ ein großes Polizeiaufgebot aufgebaut. Vor der Fabrik wurden dann Einzelne ganz gezielt aus Polizeiwagen heraus und von Zivilen fotografiert. Einige wollten sich das nicht gefallen lassen und ver-

Nach einer Weile sind wir dann zum Polizeipräsidium in der Uhlendstraße gezogen, um die Freilassung der beiden Festgenommenen zu fordern. Bemerkenswert ist dabei gewesen, daß sich unterwegs Hunderte von Jugendlichen der Demo anschlossen, so daß wir schließlich mit über tausend Leuten in der Uhlendstraße ankamen. Obwohl wir auch bei dieser Demo wieder von Polizisten „eskorziert“ wurden, herrschte keine aggressive Stimmung. Im Gegenteil: Als wir dann vor dem Präsidium auf der Straße standen oder saßen, war die Atmosphäre richtig entspannt. Viele waren natürlich auch erschöpft und müde, weil wir ja schon lange auf den Beinen waren.



Demonstration für ein autonomes Kulturzentrum

Meldungen

Genosse Günter — unvergessen

DUISBURG. — Vor sieben Jahren starb unser Duisburger Genosse Günter Routhier an den Folgen eines Polizeiberfalls. Bei seinen Freunden und den Genossen der KPD ist er unvergessen. Am 18. Juni versammelten sich an seinem Grab auf dem Duisburger Friedhof 15 Freunde der KPD, der VOLKSFRONT und der Duisburger Initiative gegen Polizeibergriffe zu einer Trauerfeier.

Der Sprecher der Partei berichtete noch einmal, wie es zum Tod Günters gekommen war, und über den Kampf um die Verbreitung der Wahrheit über die Hintergründe, über die Schuldigen an seinem Tod. Dabei sprach er auch über politische Fehler der Partei, die damals das Zustandekommen einer noch breiteren Solidaritätsfront verhindert haben.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und einen breiten Zusammenschluß gegen Polizeiterror herstellen — diese Forderung ist aktueller denn je: Polizeiberfälle in Nürnberg, Hamburg, Westberlin gegen Hausbesetzer, Demonstranten, Antifaschisten und Friedenskämpfer. Und vor kurzem über 160 Festnahmen in Duisburg. Dieser letzte Vorfall hat Betroffene, Eltern, Gewerkschafter und verschiedene Organisationen bewogen, sich zu der Initiative gegen Polizeibergriffe zusammenzuschließen.

Nazi-Polizist

MANNHEIM. — Faschisten sind in der westdeutschen Polizei gut aufgehoben — das bestätigte am 8. Juni der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH). Er erklärte die vor fünf Jahren vom Stuttgarter Innenministerium verfügte Entlassung des 28jährigen Polizeimeisters Jürgen Schützingers für unrechtmäßig. Schützingers ist NPD-Mitglied und auch noch Gemeinderat in Villingen-Schwenningen.

Es wird höchste Zeit, daß solchen Urteilen mit dem Verbot der NPD auch der letzte Schein der „Rechtmäßigkeit“ entzogen wird! Faschisten bei der Polizei sind in besonderem Maße eine Gefahr für die Allgemeinheit. Dabei ist Schützingers nur einer von vielen Nazis, mit denen die bundesdeutsche Polizei durchsetzt ist.

Strauß verliert

DETMOLD. — Wieder ein Sieg gegen Strauß in einem Prozeß gegen das „Stier-Plakat“ aus dem VOLKSFRONT-Wahlkampf: Bereits in zweiter Instanz wurde der Detmolder Antifaschist Volker Wiemann freigesprochen.

Ein ganzer Sozialwissenschaftskurs eines Gymnasiums hatte „blau gemacht“, um dem Prozeß beizuwohnen. Hier hielt das Gericht die Karikatur zwar für beleidigend, gestand Volker aber zu, subjektiv nicht den Willen zur Begehung einer Straftat gehabt zu haben, weil das Plakat vom VOLKSFRONT-Bundesvorstand kam und er sich auf die Rechtmäßigkeit habe verlassen müssen. Das Aufhängen allein sei darum nicht strafbar.



Der Demonstrationzug der Antifaschisten. Auf den Umhängeschildern der Demonstranten im Vordergrund wird auf die Ermordung von 6 Millionen Juden durch die Nazis hingewiesen.

Heilbronn ist kein Tummelplatz für Nazis

HEILBRONN (Volkskorrespondenz. — Klammheimlich und hinter dem Rücken der Bevölkerung vermietete die Stadt Heilbronn der faschistischen Deutschen Volkunion (DVU) die „Harmonie“. Nazi-oberhaupt Frey, Oberst Rudel, Oberst Dahl, diese Nazi-Verbrecher mit ihrem Anhang sollten wieder einmal Schande über Heilbronn bringen.

Wieder, weil sie schon einmal im Jahre 1977 die „Harmonie“ gemietet hatten, die Stadt sich aber unter dem Druck der Antifaschisten und der Empörung der Bevölkerung gezwungen sah, die Veranstaltung zu verbieten. Die Nazis konnten aus Heilbronn vertrieben werden. Mit dem scheinheiligen Argument, man habe der DVU nach einem Prozeß daraufhin 65000,— Mark Schadensersatz bezahlen müssen, hatte man diesmal heimlich vermietet, um dem Druck der Antifaschisten vorzubeugen und eine Welle der Empörung möglichst auszuschalten, was ihnen allerdings ziemlich mißlang.

Über dieses Vorgehen, den

Nazis nicht schon von vornherein ein Auftreten zu verhindern, indem man die Halle erst gar nicht vermietet, waren sowohl die SPD in Heilbronn als auch die VVN sowie viele antifaschistische Organisationen empört.

Für die Verantwortlichen, insbesondere für den Ersten Bürgermeister Weinmann, muß dies ein Nachspiel haben und zu Konsequenzen führen, dafür sollten die Antifaschisten in Heilbronn sorgen.

Zum Empfang der Nazis luden Antifaschisten vor der „Harmonie“ einen Haufen Schweinemist ab, die Türschlösser waren ebenfalls präpariert. Am Tage des Faschistenauftrets versammelten sich ca. 500 Antifaschisten zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung. Was der Vorsitzende der DGB-Kreisjugend Cuno Hägele aussagte, war richtig und allen klar: „Wir werden alles daran setzen, diese Herren aus unserer Stadt zu jagen, egal mit welchen Mitteln“.

Es war auch begrüßenswert, daß sich sämtliche antifaschi-

stischen Organisationen über ihre Parteiinteressen hinweg zusammenschlossen gegen die Nazis. Unter anderem waren anwesend die VVN, der DGB, der Asta der Fachhochschule, KPD, VOLKSFRONT, Falken, DKP usw.

Die Route der Demonstration führte auf kürzestem Wege zur „Harmonie“; dies konnte auch die Polizei nicht verhindern. Der Haupteingang der „Harmonie“ war besetzt und verbarrikadiert von Antifaschisten, noch bevor die Nazis angerückt waren. Verzweifelt, meistens erfolglos mußten dann die Nazis wieder abrücken. Durch eine entschlossene Kette von Antifaschisten gab es für sie kein Durchkommen.

Sie mußten auf Seiteneingänge ausweichen und bald konnte man einige ihrer Fratzen und dreckigen Visagen aus dem Innern der „Harmonie“ sehen. Heinzmann, ideologischer Führer der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann, verteilte Flugblätter, hetzte über die Antifaschisten wie: „In Arbeits-

lager müßte man euch stecken“.

Wo Heinzmann war, waren auch die Hoffmann-Schläger, nämlich als Ordner zusammen mit der Wiking-Jugend, bewaffnet und mit Helmen. So konnte man die Nazis diesmal nicht vertreiben, dennoch wurde der Haupteingang nicht freigegeben. Wieder einmal zeigte sich die Stadt Heilbronn als Helfer der Nazis. Die Polizei wollte eine Gasse freiprügeln, mußte sich aber nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Antifaschisten zurückziehen.

Als alle Faschisten durch Seiteneingänge in der Halle angelangt waren, schützten die Polizisten die Fensterfront gegen Störungsversuche durch Antifaschisten.

Die Antifaschisten schlossen sich wieder zusammen und zogen vor's Rathaus, um ihrem Protest dagegen Ausdruck zu geben, welche Schande einige Verantwortliche der Stadt Heilbronn begangen haben. Heilbronn, das 1944 in Schutt und Asche lag, darf und wird kein Tummelplatz für Nazis werden.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Spenden für den Roten Morgen

Seit dem 5. Juni 1981 gingen folgende Spenden für den Roten Morgen bei uns ein:

R.P., Hamburg	DM 20,—
P.B., Köln	1 000,—
SV Westberlin	225,—
Zelle Mannesmann, Bielefeld	100,—
Buchladen RM, Bremen	130,—
KPD Frankfurt	150,—
LBV Baden-Württemberg	150,—
Zelle HH-Langenhorn	50,—
H.W., Hamburg	200,—
C.K., Münster	50,—
OG Bielefeld	200,—
W.H., München	100,—
H.T., Bielefeld	500,—
W.St., Münster	200,—
F.G., Wuppertal	50,—
Zelle Wedding-Süd	250,—
P.K., München	1 000,—
Zelle Moabit-Ost	500,—
Zelle HH-Langenhorn	30,—
insgesamt	DM 4 905,—

Damit sind bisher insgesamt DM 20 301,82 an Spenden für den Roten Morgen gezahlt worden. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Leserbrief aus Heide

Ausbeutung aus christlicher Nächstenliebe

Hallo, ihr von der RM-Redaktion!

Nachdem nun in verschiedenen RMs in diesem Jahr zum Thema „Jahr des Behinderten“ Berichte waren, möchte ich jetzt doch mal kurz auf einen weiteren Aspekt zu dieser Frage eingehen.

Und zwar die Rolle der Kirche bei diesem Geschäft. Durch die verschiedensten Einrichtungen (Werkstatt für Behinderte [WfB], Berufsbildungswerk für Jugendliche [BBW] usw.) hat die Kirche, sprich hier in Schleswig-Holstein z.B. das Diakonische Werk, ein Monopol bezüglich der Ausbildung, Betreuung — Ausbeutung der Behinderten.

Entledigt sich der Staat so seiner Verantwortung, hält die Kirche die Hand auf und verdient einerseits durch die Gelder des Staates (über Arbeitsamt, LVA usw.) für z.B. Internatsplätze, andererseits durch die Hungerlöhne für die Arbeit der

Auszubildenden bzw. der WfBler an dem Verkauf der Waren, die diese herstellen.

Da zählt nicht der Mensch, sondern die Leistungen, die er erbringen kann, wieviel man also durch seine Arbeit verdienen kann. Hier ist die Spanne zwischen Leistung und Lohn wohl krasser als in jeder anderen Arbeitsmarktparte des Kapitalismus. So „verdienen“ z.B. Auszubildende eines Berufsbildungswerkes ein Taschengeld von 100 DM monatlich, wobei die von ihnen hergestellte Ware, bzw. die erbrachten Leistungen, von der Einrichtung teuer verkauft werden.

Angeblieh ist das Ganze im christlichen Sinne gesehen erstens Nächstenliebe und zweitens Kostendeckung der Ausgaben für z.B. Personal oder Ausstattung der Werkstätten usw.

Aber hat man erstmal Einblick in diese Firma Kirche, werden sehr schnell die Zusammenhänge klar: einige wenige haben

die Fäden in der Hand und kasieren das dicke Geld!

Z.B. kommen Spenden entweder nie an oder werden zweckentfremdet, Dinge werden angeschafft, die keiner benötigt, aber deren Anschaffung hohe Provisionen für die Vermittler einbringt. Da gäbe es eine Reihe von Beispielen mehr. Und das Geld ist auch nur die eine Seite. Die andere ist der Umgang und die Beeinflussung der behinderten Menschen. Ein Spruch dazu: „Jeder soll genormt werden, daß er auch ja in das Gewinde paßt“. Und da sind dann die alltäglichen Sprüche derer, die vom grünen Tisch her Rehabilitation planen und meinen, etwas davon zu verstehen. „Ein Behindelter muß noch mehr leisten, sich noch besser anpassen.“

Anpassung, Duckmäusertum und ja mit dem letzten Dreck an Arbeit zufrieden sein, auch für noch weniger Geld wie

„Normale“, Hauptsache, man hat überhaupt Arbeit. Das ist die Formel, nach der rehabilitiert wird!

Im Namen der christlichen Nächstenliebe wird also fein verdient und im Sinne des Staates werden auch noch gut angepaßte Bürger erzogen. Aber es gibt auch Widerstand gegen diese Machenschaften. Z.B. werden vereinzelt durch Initiativen engagierter Mitarbeiter (Sozialarbeiter oder Ausbilder) arg grobe Mißstände angepackt und teilweise auch erfolgreich behoben. Nur, dies ist letztlich ein Tropfen auf den heißen Stein und nur die „Abschaffung“ dieser Gesellschaftsstruktur, die so etwas ermöglicht, wird auch diese Probleme lösen. Was nicht heißen soll, daß Tropfen nichts bewirken, denn: steter Tropfen höhlt den Stein!

Gruß
K.F. (Heide)

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.— ☐ halbjährlich DM 30.—

Die Ab-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Grußansprache der Genossin Karin Wagner an die Abschlußveranstaltung der 3. Nationalen Parteikonferenz der PC(r)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, zur Abschlußveranstaltung Eurer 3. Nationalen Konferenz überbringe ich Euch die herzlichsten Kampfgrüße der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen meiner Partei dafür bedanken, daß wir an dieser Konferenz teilnehmen konnten. Das war für meine Partei sehr interessant und sehr lehrreich. Denn obwohl die Situation in Portugal und in der Bundesrepublik Deutschland sehr verschieden sind, haben unsere beiden Parteien doch viele gemeinsame Probleme. Vor allem stehen wir beide vor der großen Aufgabe, den Marxismus-Leninismus konkret auf die Situation in unseren Ländern anzuwenden.

Ich glaube, daß es Eurer Partei mit der Politik, wie sie auf dieser Konferenz auf Vorschlag Eures Zentralkomitees beschlossen wurde, gelungen ist, diese Aufgabe gut zu lösen.

Genossen, vor wenigen Tagen war der portugiesische Regierungschef Balsemao in der deutschen Bundeshauptstadt Bonn. Er hat dort behauptet, er sei der Vertreter des portugiesischen Volkes.

Aber Balsemao lügt! Ein Mann, der Errungenschaften des 25. April zerschlagen will, ein Mann, der der portugiesischen Arbeiterklasse und dem portugiesischen Volk das Brot, die Arbeit und die Freiheit rauben will, ist kein Vertreter des portugiesischen Volkes. Er ist ein Vertreter der Bourgeoisie, des Imperialismus!

Nur einer hat das Recht, im Namen des portugiesischen Volkes zu sprechen. Das seid ihr, die portugiesischen Revolutionäre, das ist die PC(r)!

Genossen, nicht nur in Portugal, auch in der Bundesrepublik muß sich die Arbeiterklasse gegen einen Großangriff auf ihre Löhne, ihre Arbeitsplätze, ihre Freiheit wehren. Das deutsche Monopolkapital bereitet Schritt für Schritt die Errichtung eines neuen 1933, einer neuen faschistischen Diktatur, vor. Es wächst die Gefahr, daß Deutschland zum Schlachtfeld in einem neuen, dritten Weltkrieg zwischen den beiden Supermächten wird. Die entscheidende Kraft im Kampf gegen Faschismus und Krieg ist die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Unsere Partei kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Einheit der Gewerkschaften. Denn obwohl es in der Bundesrepublik die sogenannte Einheitsgewerkschaft, den Deutschen Gewerkschaftsbund mit 8 Millionen Mitgliedern gibt, gibt es trotzdem heute diese Einheit nicht. Denn solange die Gewerkschaftsbewegung unter dem beherrschenden Einfluß der Reformisten steht, kann von Einheit der Gewerkschaften, von Einheit der Arbeiterklasse keine Rede sein. Einheit der Arbeiterklasse gibt es nur auf der Grundlage ihrer objektiven Interessen: des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Kapitalisten — für den Sozialismus!

Genossen, bis es so weit ist, bis die Arbeiter eines sozialistischen Deutschlands den Arbeitern eines sozialistischen Portugals die Hand reichen können, ist mit Sicherheit noch ein schwieriger Weg zu überwinden. Aber wir Marxisten-Leninisten, wir Kommunisten wissen: Die Imperialisten können zwar einzelne Schlachten des großen, weltweiten Krieges zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse gewinnen. Aber den Krieg selbst werden sie verlieren. Denn das Rad der Geschichte läßt sich nicht aufhalten!

Genossen, das sogenannte Verteidigungsministerium der Bundesregierung gibt jedes Jahr eine Bericht heraus. Darin wird über die Situation der Bundeswehr und der NATO Bilanz gezogen. 1980 hieß es in diesem Bericht: „Portugal ist immer noch ein Unsicherheitsfaktor an der Südflanke der NATO.“ Ich denke, diese Kritik der westdeutschen Imperialisten und der NATO-Führung an Portugal sollte Euch, Genossen, sollte die portugiesische Arbeiterklasse und das portugiesische Volk freuen. Denn was heißt es, wenn die Imperialisten Portugal als „Unsicherheitsfaktor“ bezeichnen? Das heißt, daß ihnen der 25. April immer noch in den Knochen steckt! Das heißt, daß sie eine neue revolutionäre Erhebung der Massen in Portugal fürchten!

Und sie fürchten sich zu Recht! Denn es wird einen neuen April in Portugal geben. Und auf diesen April wird dann kein bürgerlicher November mehr folgen, sondern ein proletarischer, roter Oktober!

Es lebe die PC(r)!

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Bericht über die Entwicklung der politischen Lage in Portugal

Die heutige Krise Portugals erfordert radikale Lösungen

Der Bericht des Genossen F. Carvalho auf der 3. Nationalen Konferenz der PC(r) „Die gegenwärtige Lage, die Taktik und die Aufgaben der Partei“ umfaßt drei Teile: Über die internationale Lage, über die nationale Lage und über die Taktik und die Aufgaben der Partei. In dieser und der nächsten Nummer des „Roten Morgens“ werden wir daraus entscheidende Aussagen wiedergeben, um unseren Lesern die Situation in Portugal verständlich zu machen. Dabei behandeln wir zunächst jenen Teil des Abschnitts über die nationale Lage, der sich mit den grundlegenden Merkmalen der Entwicklung in Portugal auseinandersetzt und die Grundzüge der Taktik der Partei darstellt.

In der Charakterisierung der heutigen politischen Lage in Portugal geht die portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) davon aus, daß die gegenwärtige Krise keine nur oberflächliche, vorübergehende

Zum einen sind es die Grundstrukturen des portugiesischen Kapitalismus, die angeschlagen sind. Der Verlust der afrikanischen Kolonien, auf deren wirtschaftlicher Ausbeutung einer der Grundpfeiler des

geplanten Beitritts Portugals zur Europäischen Gemeinschaft.

Vor allem aber beherrschen die großkapitalistischen Gruppen des nationalen und internationalen Großkapitals die wirt-

wertung des Escudo, sowie das gesenkte Lebensniveau der Werktätigen aufgrund der Politik vorhergehender Regierungen, das waren die Faktoren gewesen, die Sa Carneiro einen relativ großen Spielraum gegeben hatten. Die Regierung Balsemao macht zwar ebenfalls Anstrengungen, ihre soziale Basis zu festigen, hat aber dazu weniger Möglichkeiten.

Als deutlichstes Kennzeichen dieser schwachen Situation Portugals im internationalen Maßstab wird in dem Bericht betont, daß sich innerhalb eines Jahres die Auslandsverschuldung um sage und schreibe 1,3 Milliarden Dollar auf insgesamt 5,3 Milliarden erhöht hat — im Jahr zuvor hatte die Neuverschuldung lediglich 34 Millionen Dollar betragen.

Aber die portugiesische Krise ist nicht nur eine wirtschaftliche sondern auch eine politische Krise. Dies zeigt sich, so wird in dem Bericht bekräftigt, an den Auseinandersetzungen zwischen den Kräften der AD und jenen des Staatspräsidenten Eanes, der von der Sozialistischen Partei und auch von der revisionistischen KP Portugals unterstützt wird. Dabei wird betont, daß Eanes keineswegs nur die Rolle einer Reserve für den Fall des Auseinanderbrechens oder des Versagens der AD-Regierung darstellt, sondern daß er die Interessen jener Teile des Großkapitals vertritt, der sich gegen die Lösungen der AD wendet.

Dies betrifft sowohl den Bereich der Wirtschaftspolitik, wo es um unterschiedliche Lösungen für die Krise im Sinne des Großkapitals geht, als auch um die Außenpolitik. In diesem Bereich unterstützt die AD-Regierung die kriegstreiberische Politik der USA, die offen auf Konfrontation angelegte Reagan-Politik, während Eanes und die hinter ihm stehenden Parteien und Kräfte für eine Außenpolitik im Stile Frankreichs plädieren, für den sogenannten „Dialog“ mit dem Sozialimperialismus.

Auch innerhalb der AD selbst, so hebt der Genosse in seinem Bericht hervor, gibt es Differenzen und Streitigkeiten. Wenn diese auch taktischer Art sind, so widerspiegeln sie doch den Interessenkampf des Kapitals hinter den Kulissen, wo es für einige Teile ums bloße Überleben im Rahmen des begonnenen Prozesses der Neustrukturierung geht, für andere dagegen um die Erringung größerer Vorteile und Machtpositionen. Hier gibt es Gegner des Beitritts zur EG, Anhänger eines Beitritts „um jeden Preis“ und Anhänger eines Beitritts „zu realistischen Bedingungen“.

Auch in bezug auf die vom Großkapital geplante Änderung der Verfassung gibt es solche Differenzen. Die Verfassung ist für die Pläne der Reaktion in Portugal auf verschiedene Weise ein großes Hindernis.

Denn sie schreibt die Rechte aus der Nationalisierung der Betriebe und der Agrarreform ebenso fest wie demokratische Rechte des Volkes und trifft die grundlegende Aussage, Portugal sei ein Land auf dem Wege zum Sozialismus.

Während die AD-Regierung und mit ihr die gesamte Reaktion zum offenen Angriff auf

Fortsetzung auf Seite 11



Die öffentliche Abschlußveranstaltung der 3. Nationalen Konferenz der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) aus Portugal

de, sozusagen normale Erscheinung ist. Die besondere Tiefe und Dauer dieser krisenhaften Entwicklung in Portugal hat Ursachen in der jüngsten Geschichte des Landes.

Genosse Frederico Carvalho nannte in seinem Bericht vor allem zwei Gründe, die dieser Krise eine besondere Schärfe verleihen.

Kapitalismus in Portugal beruht, zwingt zu grundlegenden Veränderungen der gesamten Wirtschaftsstruktur. Dabei steht dieser Veränderungsprozeß unter starkem internationalen Druck, sowohl durch die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise als auch durch den Druck der großen europäischen Monopole im Zuge des

schaftlichen Strukturen des Landes bei weitem noch nicht wieder vollständig. Ihren Plänen und Absichten stehen die Errungenschaften der portugiesischen Werktätigen aus der Aprilrevolution 1974 entgegen.

Damals war die Mehrzahl der großen Industriebetriebe sowie der Banken und Versicherungen verstaatlicht worden und hatten dabei noch große betriebliche Rechte für die Belegschaft im Rahmen von Betriebsverfassungen ausgearbeitet werden müssen. Von besonderer Wichtigkeit war damals die Bewegung zur Landnahme, die Agrarreform, gewesen, die in der Bildung zahlreicher landwirtschaftlicher Kooperativen mündete, wobei dies fast 1,2 Millionen Hektar Land umfaßte, ungefähr ein Drittel des bebauten Landes. Zahlreiche Großgrundbesitzer wurden enteignet. Seitdem haben die verschiedenen reaktionären Regierungen, auch die der Sozialistischen Partei von Mario Soares, in ihrem Angriff auf die Kooperativen mehr als die Hälfte dieses Landes reprivatisiert. Aber immer noch umfassen die Kooperativen eine halbe Million Hektar. Das Bestehen dieser Errungenschaften ist also ein großes Hindernis für die Pläne des Großkapitals.

Dabei, so wird in dem Bericht betont, hat sich jener Spielraum verkleinert, den Sa Carneiro mit seiner Parteienkoalition AD (Demokratische Allianz, ein Zusammenschluß verschiedener politischer Parteien von der äußersten Rechten bis zur rechtssozialistischen PSD) im letzten Jahr noch zu seiner erfolgreichen Wahlkampagne ausnutzen konnte. Ein gutes Jahr in der landwirtschaftlichen Produktion, ein Sinken der Importpreise und die Ab-

3. Nationale Konferenz der PC(r)

Auf Einladung des Zentralkomitees der PC(r), der marxistisch-leninistischen Partei Portugals, nahm eine Delegation unserer Partei an den Arbeiten der 3. Nationalen Konferenz der PC(r) und an einer Veranstaltung zum Abschluß der Konferenz teil. Anwesend war außerdem eine Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung des Genossen Agim Popa, eine Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, unter Leitung des Genossen Raoul Marco und eine Delegation der Organisation der Kommunisten Angolas.

An der 3. Nationalen Konferenz nahmen Mitglieder des ZK der PC(r) und Vertreter ihrer regionalen Leitungen teil, darunter auch Genossen aus Madeira und von den Azoren. Das Zentralkomitee der PC(r) hatte die Konferenz einberufen, um über die Einschätzung der Parteiarbeit in der letzten Zeit zu diskutieren sowie über die politische Lage in Portugal und über die richtige Politik und Taktik der Partei. Auf den Bericht des Genossen José Alves zur Arbeit der Partei und den Bericht des Genossen Frederico Carvalho zur politischen Lage und zu den Aufgaben der Partei folgte jeweils eine sehr gründliche und sehr offene Diskussion der Delegierten. Anschließend stimmten die Delegierten mehrheitlich den vom ZK vorgeschlagenen Resolutionen zu.

Da wir meinen, daß es auch für die Leser des „Roten Morgens“ interessant und wichtig ist, mehr über die politische Situation in Portugal, über den Kampf der Arbeiterklasse dort und die Politik der PC(r) zu erfahren, geben wir im folgenden (und im nächsten „Roten Morgen“) Teile aus dem Bericht des Genossen Frederico Carvalho wieder.

Fortsetzung von Seite 10

die Verfassung bläst und diese auch praktisch schon ständig mißachtet, betreiben die Eanes-Leute und mit ihnen auch die revisionistische Partei ein demagogisches Spiel mit den Plänen zur Erweiterung demokratischer Rechte durch eine Änderung der Verfassung. Das Ziel beider politischer Strömungen aber ist es, die Verfassung so zu

che Breite des Widerstandskampfes der Arbeiter und der Werktätigen, die im ganzen Land kämpfen. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, daß sich allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1981 über eine Million Arbeiter an Streiks in rund 200 Betrieben und Branchen beteiligten.

Dies muß, so wird in dem Bericht gesagt, unabhängig von der bestehenden Schwäche die-

beitet hat, anwendet, wenn sie Leitlinien im alltäglichen Kampf in der alltäglichen Arbeit der Kommunisten bleibt. Die Analyse der allgemeinen Grundzüge der Lage in Portugal bekräftigt die Notwendigkeit dieser revolutionären Taktik, die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen um die Parole eines Auswegs aus der Krise im Sinne des Volkes zu sammeln.



Der Tisch des Präsidiums bei der Abschlußveranstaltung mit den Genossen Agim Popa (mit geballter Faust), José Alves (in der Mitte) Raul Marco (zweiter von rechts) und der Genossin Karin Wagner, die die KPD vertrat.

ändern, daß eine Umverteilung der politischen Macht zugunsten des Großkapitals stattfindet.

So schlußfolgert die Partei in ihrer allgemeinen Lageeinschätzung, daß es sich bestätigt, was bereits auf der zweiten Nationalen Konferenz gesagt worden war: daß es diese Widersprüche zwischen Eanes und der AD tatsächlich gibt, daß es sich dabei nicht um bloße Zwistigkeiten handelt, sondern um unterschiedliche politische und ideologische Konzepte zur Lösung der Probleme, die durch die gegenwärtige Krise geschaffen werden, um unterschiedliche bürgerliche Ziele, die sich in unterschiedlichen wirtschaftlichen Absichten, im Kampf um die Macht innerhalb des Staatsapparates, in der Tendenz zur Umgruppierung der Parteien, in Streitigkeiten innerhalb des Militärwesens und auch in einer moralischen und kulturellen Krise ausdrücken.

Ein weiteres Merkmal der allgemeinen politischen Lage in Portugal ist, so wird in dem Bericht unterstrichen, die nach wie vor bestehende außerordentli-

ser Bewegung, was ihren politischen Reifegrad betrifft, als eine Tatsache gewertet werden, die heute ein grundlegendes Merkmal der allgemeinen Lage im Lande darstellt.

So ist es also richtig, wird von der 3. Nationalen Konferenz der PC(r) geschlußfolgert, wenn die Partei unterstreicht, daß jene Einschätzung, wie sie bereits der zweite und der dritte Parteitag getroffen haben, sich bestätigt. Diese Einschätzung besagt, daß sich das Land in einer Situation fortwährender Instabilität, einer tiefen Krise befindet, in der die Kräfteverhältnisse fließend sind und wo die Möglichkeit plötzlicher Veränderungen der Situation gegeben ist.

Nur wenn man diese komplizierte allgemeine Lage versteht, so wird von der Partei betont, wird man auch in der Lage sein, die Vielfalt der politischen Aufgaben, die vor der PC(r) stehen, zu begreifen.

Nur dann wird man in der Lage sein, die benötigten revolutionären Aktionen zu organisieren, wenn man die allgemeine Taktik, die die Partei ausgear-

Deshalb muß die Partei diese revolutionäre Perspektive bekräftigen, weil alles andere zu einem Abgleiten in den kleinbürgerlichen Reformismus führen würde, einer politischen Strömung, die heute in Portugal wirkt, die getragen wird von all jenen, die „von der Revolution enttäuscht“ sind, eine Strömung gegen die auch die Partei der Kommunisten nicht immun ist.

Die Konsequenz dieser Strömung aber ist das Eintauschen des revolutionären Kampfes gegen sogenannte „Vorteile des Augenblicks“. Furcht vor dem militanten Kampf, der politischen Opportunismus, sind eben reformistische Rezepte für die Lösung der portugiesischen Krise.

Deshalb, so wird zum Abschluß dieses Abschnitts des Berichts an die Nationale Konferenz hervorgehoben, ist es gegenwärtig eine der grundlegenden ideologischen Aufgaben der PC(r), die revolutionäre Taktik der Partei zu verteidigen und anzuwenden, sowohl innerhalb der Arbeiterbewegung als auch innerhalb der Reihen der Partei selbst.

Massaker gegen Streikende in Marokko

RABAT/CASABLANCA. — Für Samstag den 20. Juni hatte in ganz Marokko die Gewerkschaft CDT (Demokratische Arbeitsförderung), die der (sozialdemokratischen) Sozialistischen Union der Volkskräfte nahesteht, zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen, um gegen die Teuerung der Grundnahrungsmittel zu protestieren. Der Streikaufruf wurde vor allem im Transportwesen, bei der Post und im Handel nahezu einmütig befolgt.

Dieser größten Streikbewegung seit den revolutionären Erhebungen von 1953 trat die Regierung des Königs Hassan mit wilder Brutalität entgegen. Unter der Parole „Wer während des Sahara-Kriegs streikt, ist ein ausländischer Agent“ marschierten Polizei, Justiz, Gendarmerie und Militär auf und eröffneten das Feuer auf die Streikenden in Casablanca, dem wirtschaftlichen Zentrum des Landes. Infolgedessen kam es vor allem in den Arbeitervierteln Derb-Ghalef und Bouknazl zu heftigen Gefechten, in deren Verlauf mehr als zwanzig Streikende erschossen wurden und weit über hundert verletzt.

Bereits am Tag vor dem Streik waren in ganz Marokko mehr als 60 leitende Funktionäre der CDT verhaftet worden und über 100 Häuser durchsucht worden. Ebenso wurde die Redaktion der Parteizeitung der Sozialistischen Union (USFP) durchsucht, die Zeitung verboten und der Chefredakteur verhaftet.

Zentrum der Polizeiaktio-

nen waren die Hochburgen der marokkanischen Gewerkschaftsbewegung: neben Casablanca selbst und der Hauptstadt Rabat vor allem die Städte Kenitra, Fez und Essaghena.

Am Tage nach diesem Blutbad verminderte die Regierung jeden Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung, indem sie betonte, es habe eigentlich gar keinen Streik gegeben, sondern lediglich vom Ausland angestiftete Marodeure hätten Unruhen inszeniert, die von den Sicherheitskräften niedergeschlagen worden seien. Diese Angaben wurden aber von allen ausländischen Journalisten und vom Gewerkschaftsverband selbst widerlegt.

Dabei ist der Hintergrund dieser Streikbewegung, auch ihres großen Ausmaßes, offensichtlich, liegt auf der Hand. Die immer weitere Verstrickung Marokkos in den Krieg um die kolonialen Besitzungen in der Westsahara, die aufwendigen amerikanischen Aufrüstungsprogramme für „den guten Freund Amerikas, König Has-

san II“ (Jimmy Carter), haben dazu geführt, daß der nahende Staatsbankrott auf Kosten der Preiserhöhungen für die Werktätigen abgewendet werden soll, was deren Leben immer unerträglicher macht. Hassan, der sein Land dem französischen und amerikanischen Imperialismus ausgeliefert hat, zögert nicht, im Blut der marokkanischen Werktätigen zu waten, wenn es um die Interessen des Imperialismus und der kleinen einheimischen kapitalistischen Klasse geht.

Aber die große Beteiligung an diesem Streik, auch in jenen Bereichen, in denen seit 1958 Streikverbot erlassen ist, wie bei der Post, zeigt, daß die Werktätigen Marokkos diesen Kurs Hassans, der sich immer spürbarer auf ihr Alltagsleben auswirkt, nicht mehr widerstandslos hinnehmen. Ausländische Zeitungen berichteten, daß sich die Streikenden in Casablanca unter solchen Rufen zurückgezogen wie „Heute war der Tag des Bruchs“ oder „Wir kommen wieder“.

Nach den Parlamentswahlen

Regierungsbeteiligung der revisionistischen Partei in Frankreich

Minister der PS sind bewährte kapitalistische Politiker

PARIS. — Nur drei Tage nach der Wahl zum französischen Parlament, die der Sozialistischen Partei die absolute Mehrheit brachte, berief Präsident Mitterand die neue Regierung. Von den 34 Ministern stellt die revisionistische KP Frankreichs vier. Diese erste Regierungsbeteiligung einer revisionistischen Partei in einem großen westeuropäischen Land rief allerorts heftige Reaktionen hervor.

Dabei beeilten sich alle, sowohl Mitterand als auch KPF-Chef Marchais, zu versichern, daß dies überhaupt kein Risiko für die NATO-Mitgliedschaft Frankreichs bedeutete.

Und in der Tat: Die französische revisionistische Partei hat schon seit langem die Militärpolitik des französischen Imperialismus voll unterstützt. Sowohl, was die NATO-Mitgliedschaft betrifft, als auch und vor allem, was die eigene französische Atomstreitmacht, die „Force de Frappe“, anbelangt. So mußte die Partei lediglich noch weitere Zugeständnisse in bezug auf die Kritik an der Sowjetunion machen, um regierungsfähig zu sein. Dies tat sie denn auch in der Erklärung zur Regierungsbildung, wo sie den zuvor unterstützten sozialimperialistischen Überfall auf Afghanistan plötzlich kritisierte und auch gegen die Bedrohung Polens Stellung bezog. Darüber hinaus verwirklichte Mitterand seinen Plan, der revisionistischen Partei keine strategisch wichtigen Ministerposten zu überlassen.

Auch in allen anderen Programmaussagen der neuen Regierung hat sich die revisionistische Partei der Politik der Sozialistischen Partei unterworfen, sowohl was die seitherigen Unterschiede im Verstaatlichungsplan betrifft (wo die KPF laut Wahlprogramm wesentlich weiter gehen wollte) als auch was das Tempo bestimmter Reformen betrifft.

Der erdrückende Wahlsieg der Sozialistischen Partei hat natürlich die revisionistische KP Frankreichs in Zugzwang gebracht, da die PS auf die KPF nicht angewiesen war und ist, sondern auch alleine eine große absolute Mehrheit besitzt.

Andererseits war auch Mitterand in diesem Moment dazu gezwungen, die KPF in die Regierung aufzunehmen, da dies einerseits sowohl den Wahlabkommen für den zweiten Wahlgang entsprach und andererseits auch dem Verlangen der Arbeiterschaft, die mit ihren Stimmen diese Regierung gewählt hatte.

Dies entsprach ja auch dem Vorgehen Mitterands in der Zeit zwischen seiner Wahl zum Staatspräsidenten und den von ihm einberufenen Neuwahlen zum Parlament. In diesem Zeitraum hatte die provisorisch ernannte Regierung alles getan, um zu demonstrieren, daß das versprochene Reformprogramm verwirklicht werden würde. So wurden die Mindestlöhne angehoben, wofür es im letzten Jahr eine größere Streikbewegung gegeben hatte, und auch andere soziale Leistungen verbessert.

Die Befürchtungen, die international angemeldet werden, gelten denn auch vor allem insofern der revisionistischen Partei, den KPF-Ministern, als diese sich mit Sicherheit als treue Erfüller der Wahlversprechen profilieren wollen, während man von den wichtigsten Ministern der Sozialistischen Partei, die allesamt Personen sind, die dem europäischen Großkapital seit langem bekannt sind, in den Kreisen der Monopole genau weiß, was man von ihnen zu hal-

ten hat. So eine Rolle aber werden die KPF-Regierungsmglieder spielen müssen, um nicht vollends in den Sog der Konzentration der Arbeiterstimmen auf die Sozialistische Partei zu geraten. Nur eine weitere Stärkung der KPF innerhalb der Regierung, so ist schon jetzt die zukünftige Propagandalinie der revisionistischen Partei zu erkennen, werde eine Erfüllung des Reformprogramms bringen. Und die jetzt neugebildete Regierung umfaßt ja denn auch von der Seite der Sozialistischen Partei eine Reihe von seit langem bekannten Namen, die die Gewähr dafür bieten, daß sich keine grundlegenden Änderungen der französischen Politik vollziehen werden. Ein run-

stark ausgebaut. Diese Verbindungen werden sowohl über einzelne führende Mitglieder der PS organisiert, wie etwa Gaston Deferre, den früheren Bürgermeister von Marseille und jetzigen Innenminister, der in die Großbourgeoisie hineingeheiratet hat und sich in seiner Hafenstadt als Wahrer von Ruhe und Ordnung profilierte. Aber auch die sogenannten Clubs spielen dabei eine große Rolle, so der „Club für Projekte“, der zu gesellschaftspolitischen Fragen im Sinne der Sozialistischen Partei Stellung nimmt und dem 120 Mitglieder angehören, die ausschließlich aus Familien der „hohen Gesellschaft“ stammen. Ebenso der Club „Jean Moulin“, der Wegbereiter der Umstellung der französischen Afrika-Politik auf die Methoden des Neokolonialismus war und dem eine Reihe prominenter Persönlichkeiten der reichen französischen Familien angehören.



Streikende französische Arbeiter: sie warten auf die Erfüllung der Wahlversprechungen durch die neue Regierungskoalition

des Dutzend der Minister der Sozialistischen Partei kommt direkt aus den bekannten Kadern der französischen Imperialismus, aus der Ecole Nationale d'Administration (ENA) oder der Ecole Polytechnique. Sieben der Minister waren leitende Funktionäre großer privater oder staatlicher Monopole, sei es beim Credit Lyonnais oder bei Gaz de France usw.

Die Verbindungen der Sozialistischen Partei zum französischen Finanzkapital sind dabei natürlich zunächst einmal geringer als es etwa diejenigen der Gaullisten oder Giscard waren, die ja selbst dem Großkapital angehörten. Aber es gibt solche Verbindungen seit langer Zeit und sie wurden in letzter Zeit

Mehrere der Minister sind Mitglieder des sogenannten „Bildbergclubs“, jenes Diskussionsforums bedeutender Persönlichkeiten des westlichen Imperialismus, das unter Regie der USA steht, und auch der Rockefeller'schen „Trilateralen“, dem Zusammenschluß der allerwichtigsten Repräsentanten der bürgerlichen Macht aus USA, Westeuropa und Japan.

So ist es klar, daß dieses Kabinett die westeuropäischen und US-Monopolherren nicht beunruhigen kann — daß aber die Beteiligung der revisionistischen Minister für sie ein Unsicherheitsfaktor ist, der natürlich vor allem die aggressivsten imperialistischen Kreise, wie sie in der amerikanischen Regierung repräsentiert sind, stört.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





„Hallo, Genossen, laßt uns endlich mal aufeinander zugehen“

Das Ansehen der Abgeordneten

Die vor allem unter der Jugend grassierende Staatsverdrossenheit zu beklagen, das gehört heute schon zum Standard-Repertoire unserer Politiker. Und daß es auch um das Ansehen der diversen Parlamente nicht zum besten bestellt ist, weiß man nicht erst seit dem Tag, wo der Bundestagspräsident Stücklen in Kiel statt mit Beifallstürmen mit Farbeiern bedacht wurde.

Weitblickende Politiker machen sich da natürlich ihre Gedanken. So etwa der Bundestagsabgeordnete Günther Müller (CSU), der jüngst forderte, „daß der oberste Repräsentant des Volkes, der Abgeordnete wieder das Ansehen in diesem Land genießen muß, das ihm zusteht.“ Und weil Müller nicht nur ein Mann starker Worte, sondern auch ein Mann der praktischen Tat ist, verband er denn auch seine Forderung mit einem verblüffend einfachen Lösungsvorschlag: Dem angekratzten Ansehen soll mit einer kräftigen Diätenerhöhung für die Abgeordneten des Bundestages aufgeholfen werden.

Hast du was, dann bist du was. Nach diesem Motto gedenkt Müller die Popularität der Bonner „Volksvertreter“ zu steigern. Wobei man wirklich nicht sagen kann, daß es wenig wäre, was sie jetzt schon haben. Immerhin kassiert jeder Bundestagsabgeordnete eine Grunddiät von 7 500 Mark plus Aufwandspauschale von 4 500 Mark pro Monat. Dazu kommen dann noch verschiedene Privilegien wie Freifahrtscheine 1. Klasse, ganz zu schweigen von nebenberuflichen Einnahmen. Aber das ist für Herrn Müller zu wenig. Dabei geht es ihm natürlich nicht um den schönen Mammon, um seine ganz privaten Finanzen, sondern nur um das Ansehen der Abgeordneten des Bundestages.

Aber es hätte seines Vorschlags gar nicht bedurft. Die Sache ist längst ins Rollen gekommen. In der vergangenen Woche führte Stücklen Gespräche mit den Fraktionen. Tagesordnung: Diätenerhöhung. Die Fraktionsbosse jedoch geben sich in dieser Frage wesentlich zugeknöpfter als der Abgeord-

nete Müller. Über Einzelheiten wird nicht gesprochen. Und Herbert Wehner verfügte kategorisch, daß die Mitglieder seiner Fraktion überhaupt nicht mehr über das Thema Diätenerhöhung reden sollen. Offenbar sind diese Herren ganz und gar nicht der Meinung des Abgeordneten Müller, daß ausgerechnet eine weitere Aufstockung der Diäten das Ansehen der Parlamentarier im gemeinen Volk erhöhen könnte.

Schließlich hat es in den letzten Monaten genug böses Blut gegeben, als sich die Abgeordneten einiger Länderparlamente in überaus großzügiger Weise ihre Bezüge um bis zu 15 Prozent erhöhten. (Der RM berichtete darüber.) Erst in der vergangenen Woche haben die Abgeordneten in Hessen zugeschlagen. Sie verabschiedeten eine Gesetzesänderung mit dem folgenden Text: „Im Paragraph 5 wird die Zahl 4 900 durch 5 350 ersetzt.“ Gemeint war mit diesem unverfänglich klingenden Satz die Anhebung der Grunddiäten auf 5 350 Mark.

Kriegsgegner fristlos gekündigt

HAMBURG. — Am 29. Mai fand auf dem Gelände der Hamburger Werft Blohm + Voß der öffentliche Stapellauf für die Bundeswehr gebauten Fregatte „Köln“ statt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten wurde auch dieser Stapellauf zum Anlaß für ein militaristisches Spektakel genommen.

Es gab aber auch Protest. Ein Handzettel tauchte auf, der den Text trug: „Soll B + V Profit mit Fregatten raffen? Wir wollen lieber in Frieden schaffen!“ Der Hamburger Rüstungskonzern reagierte prompt. Dem Jugendvertreter Andreas Hameister wurde fristlos gekündigt, weil er angeblich die Handzettel in Umlauf gebracht hatte.

Die Geschäftsleitung begründete diese Kündigung unter anderem so: „Diese Handzettel, ein Aufruf gegen den Bau von Fregatten, stellen eine unzumutbare Herausforderung an unseren Auftraggeber dar. Außerdem geht die Aktion weit über das Maß der persönlichen Meinungsfreiheit hinaus. Weiterhin kann die Verteilung dieser Handzettel, gerade jetzt, zu einer Zeit der angespannten politischen Lage im Bereich der Finanzierung militärischer Objekte und der dadurch auftretenden verschiedenen Ansichten und Meinungen unserer Mitarbeiter eine Unruhe auf dem Werftgelände herbeiführen.“

Das ist allerdings deutlich. Und aus dieser Begründung

wird auch ersichtlich, warum die Bosse gerade Andreas Hameister auf die Straße geworfen haben. Er ist nämlich Mitglied im betrieblichen Arbeitskreis „Alternative Fertigung“, in dem Gewerkschafter darüber diskutieren, wie statt der Kriegsproduktion eine zivile Fertigung auf der Werft durchgesetzt werden kann. Und natürlich muß nach der Logik der Bosse die gesamte Tätigkeit dieses Arbeitskreises eine „unzumutbare Herausforderung an unsere Auftraggeber“ sein.

Während des letzten Bundestagswahlkampfes hat es in

westdeutschen Betrieben eine Entlassungswelle gegen Kollegen gegeben, die sich öffentlich zu ihrer Gegnerschaft zu Strauß bekannten. Jetzt haben die B + V-Bosse den Anfang damit gemacht, alle Betriebe, die für die Rüstung arbeiten, von Kriegsgegnern zu säubern. Wie ernst es ihnen damit ist, hat sich jüngst gezeigt. Als der Betriebsrat die fristlose Kündigung ablehnte, machten die Bosse deutlich, daß sie den Rauschmiß vor dem Arbeitsgericht durchboxen wollen.

Auch hier gilt es, den Anfängen zu wehren. Andreas Hameister darf nicht entlassen werden!



Werbung von Blohm + Voß

Antifaschistische Aktion abgelehnt

Kein Interesse am Schicksal der Juden

LÜBECK. — Die Stadtverwaltung in Lübeck lehnt es ab, der von den Nazis aus der Hansestadt deportierten und ermordeten Juden im Rahmen einer öffentlichen Aktion zu gedenken. Einen entsprechenden Vorschlag hatte der Lehrer Peter Guttkuhn, der Landesvorsitzende der deutsch-israelischen Gesellschaft, gemacht.

Er regte eine Aktion unter dem Motto „Eine Stadt erinnert sich“ an. Dabei sollten aus den Archiven der Stadt die Namen der aus Lübeck deportierten Juden zusammengestellt und veröffentlicht werden, um auf die Verbrechen der Faschisten hinzuweisen und der Opfer zu gedenken. Außerdem sollte zu überlebenden Juden Kontakt hergestellt werden, um sie in die Hansestadt einzuladen.

Bürgermeister Robert Knüppel bemühte sich persönlich, um die Vorschläge des Lehrers zurückzuweisen. Und was er in einem Brief an Guttkuhn darlegte, ist ein Skandal ersten Ranges. Er erklärte darin, „daß sich die Stadt aus finanzpolitischen, arbeitstechnischen und personellen Gründen nicht in der Lage sieht, für einen an sich kleinen Personenkreis und für einen relativ kleinen, wenn auch schicksalsschweren Zeitraum ein spezielles Archiv einzurichten.“

Für den Herrn Bürgermeister sind also die Juden, deren vollständige Vernichtung die Faschisten betrieben haben, nur ein „an sich kleiner Personen-

kreis“, eine Randgruppe, deren Schicksal heute genauso unwichtig ist wie jener „relativ kurze Zeitraum“, in dem der Nazi-Terror in Deutschland wütete. Zynischer geht's wirklich kaum noch. Daß der Bürgermeister verhindern will, daß sich „eine Stadt erinnert“, muß nicht nur auf eine allgemeine Feindseligkeit gegenüber antifaschistischen Aktionen zurückzuführen sein. Es kann durchaus ganz handfeste Gründe haben.

Die Namen der Mitglieder der früheren jüdischen Gemeinde sind ja im Archiv der Stadt enthalten. Und von daher würde es natürlich auch nicht große „finanzpolitische“ oder „arbeitstechnische“ Mühen kosten, diese Namen zusammenzufassen. Das würde sicher auch in privater Initiative gemacht werden können. Aber gerade hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn das Stadtarchiv hat eine Sperrfrist von 50 Jahren. Das bedeutet, Unterlagen, die nicht mindestens 50 Jahre alt sind, dürfen nur mit einer Sondergenehmigung eingesehen werden.

Und wenn Bürgermeister Knüppel sich jetzt weigert, die Namen der deportierten Juden und die dazugehörigen Fakten aus dem Stadtarchiv herauszunehmen und öffentlich zu machen, so kann dahinter durchaus die Angst stehen, daß damit auch unliebsame Tatsachen über die Vergangenheit mancher „ehrenwerter“ Lübecker Bürger ans Tageslicht kommen könnten.

Bauern demonstrieren gegen Atomfabrik



DIEMELSTADT. — Noch am gleichen Tag, an dem bekannt gegeben wurde, daß das „Eichholz“ bei Diemelstadt zum Standort einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage vorgesehen ist, erlebte die nordhessische Gemeinde eine machtvoll spontane Demonstration, an der sich über 3 000 Menschen beteiligten.

Die Mehrzahl von ihnen, etwa 2 000, waren Bauern aus den umliegenden nordhessischen Dörfern und aus der Warburger Börde. Sie waren mit über 500 Treckern zum Kundgebungsort gekommen. Der unübersehbare Zug der Schlepper gab der Demonstration ein besonders eindrucksvolles Gepräge. Auf Transparenten und während der Kundgebung wurde immer wieder an die Kämpfe von Gorleben erinnert. „Wenn wir alle zusammenhalten“, rief ein Bauer unter großem Beifall, „werden wir wie in Gorleben die WAA verhindern.“

Scharf angegriffen wurde nicht nur die hessische Landesregierung, die grüne Licht für den Bau der WAA gegeben hat, sondern auch der Bauernver-

band, der sich gegen die Demonstration gestellt hatte. Der Körbecker Bauer Josef Jakobi forderte auf der Kundgebung: „Der Bauernverband soll gefälligst unsere Interessen vertreten und nicht die der Industrie.“ Jakobi sagte auch, daß Regierungschef Börner wissen müsse, „daß er gegen unseren Willen hier keine WAA bauen kann.“

Die demonstrierenden Bauern verabschiedeten die folgende Resolution an die Landesregierung und den Landtag: „Wir, die hier am Eichholz in Wethen versammelten Bauern des nordhessischen und westfälischen Raumes, bekunden hiermit eindeutig, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für atomare Betriebsstoffe Widerstand leisten werden. Wir werden nicht zulassen, daß die von unseren Vorfahren über Generationen geschaffene und erhaltene Kulturlandschaft leichtfertig durch eine technisch unausgereifte Anlage zerstört wird. Nehmen Sie unsere Entschlossenheit ernst, denn unseren Beruf können wir auf verseuchtem Boden nicht mehr ausüben.“



Samstag, 4. Juli
22.30 Uhr ZDF
Einspruch zur Sache. Amerikanischer Dokumentarfilm über den berühmten US-Senator McCarthy, der in der Nachkriegszeit die Verfolgung der demokratischen Bewegung in den USA organisierte und unzählige fortschrittliche Menschen hinter Gitter brachte.

Samstag, 4. Juli
22.30 Uhr HR III
Eine Christin, eine Kommunistin. In der Sendung „Zeitgeschichte im Fernsehen“ berichten zwei Frauen über ihre Erfahrungen in den Jahren der faschistischen Diktatur.

Montag, 5. Juli
20.15 Uhr ZDF
Aus der Franzosenzeit. Fernsehfilm von Dagmar Dammek nach dem gleichnamigen Roman des mecklenburgischen Schriftstellers Fritz Reuter über die Zeit der Besatzung durch die Truppen Napoleons.

Montag, 6. Juli
16.15 Uhr ARD
Elbfischer. Film über einen — so der Untertitel — „aussterbenden Beruf“. Die Elbfischer, die in den letzten Monaten immer wieder mit spektakulären Aktionen wie Blockaden der Fahrrinnen auf der Elbe aufsehen erregt haben, kämpfen für eine Sanierung der vergifteten Elbe und damit eben auch gegen das endgültige Aussterben ihres Berufs.

Dienstag, 7. Juli
23.00 Uhr ARD
Tilman Riemenschneider. Aus Anlaß seines 450. Todesjahres wird dieser Film über den großen Holzschnitzer und Bildhauer aus Würzburg gezeigt, der wegen seiner aktiven Teilnahme an den Bauernkriegen von der feudalen Reaktion eingekerkert und gefoltert wurde.

Dienstag, 7. Juli
20.15 Uhr WDR-NDR-HR III
Therese Giehse. Film von Monika Sperr und Ferdi Roth über die 1975 gestorbene Schauspielerin, die vor allem als hervorragende Brecht-Interpretin bekannt geworden ist.

Donnerstag, 9. Juli
22.05 Uhr ZDF
Es ist kalt in Brandenburg. Fernsehspiel über den jungen Schweizer Maurice Bavaud, der ein Attentat auf Hitler plante und von den Faschisten ermordet wurde.

Freitag, 10. Juli
20.15 Uhr ARD
Rose Bernd. Film von Wolfgang Staudte nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Gerhart Hauptmann.

Das große Verwirrspiel

Ohne Zahl sind die Theorien, Parteiprogramme, wissenschaftlichen Untersuchungen und sonstigen Materialien, die heute veröffentlicht werden, um angeblich dazu beizutragen, die schwere Lage der Völker der ehemaligen Kolonialländer zu verbessern.

So vielfältig dies auch sein mag, einige wenige Kernthesen kennzeichnen ihren Inhalt. Das sind all jene Theorien, die diese Länder global, insgesamt betrachten, ohne irgendwelche oder größere Klassenunterschiede zu berücksichtigen. Demnach ist die heutige Lage dieser Länder Ergebnis längst vergangener Ereignisse in der Geschichte, die sich die ganze Nation, ohne Unterschied, zu überwinden bemüht.

Das ist der Kern der Theorien von der „Blockfreiheit“, der „Südlichen Armut“ und der „Drei Welten“. Diese Art von Theorien entstand eben zu jener Zeit, da das alte Kolonialsystem innerhalb weniger Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zerschmettert wurde.

Die praktischen Auswirkungen sind einfach nachzuzeichnen: die Vertreter und Begründer solcher Thesen unterstützten damit den Mörder Mobutu und den Menschenfresser Bokassa, den Faschisten Suharto, die brasilianischen Generale und den Schah von Persien und...

Internationale Hilfsaktion für die Reichen

Entsprechend dieser klassenneutralen Theorien ist die sogenannte Entwicklungshilfe zu einem zentralen Mittel geworden, mit dem scheinbar zur industriellen und sozialen Entwicklung der früheren Kolonien beigetragen werden soll. Diese Entwicklungshilfe umfaßt heute alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Kapitaltransfer zur Errichtung von Betrieben und der nötigen Infrastruktur, kulturelle und erzieherische Ausbildung, landwirtschaftliche Technik, Ausbildung von Fachleuten für Wissenschaft, Technik, Verwaltung und Wirtschaft usw. Organisiert wird sie von den imperialistischen Staaten, der dortigen Staatsbürokratie selbst, halbstaatlichen Einrichtungen, den Monopolen und von ihren Stiftungen, von Parteien und Gewerkschaften und von Kirchen und Geheimdiensten. Organisiert wird sie auch von den internationalen Einrichtungen der Imperialisten, der Weltbank und ihren zahlreichen Unterorganisationen, von den Wirtschaftsböcken, von der UNO usw.

Aus den zahllosen Tatsachen und Erfahrungen mit dieser Entwicklungshilfe wird deutlich, daß es sich dabei entweder um verkappte Formen des Eindringens und der Einflußnahme des Finanzkapitals in diese Länder handelt oder aber um internationale Hilfsaktionen der Weltaktion für die herrschenden Klassen der früheren Kolonien — in der Regel um beides gleichzeitig.

So zielt eine dieser Hilfsarten darauf ab, in diesen Ländern eine gekaufte, korrupte und verräterische Schicht von Gewerkschaftsfunktionären zu schaffen, die den Kampf der Werktätigen bremsen soll.

In der größten schwarzafrikanischen Gewerkschaft, dem

Gegenwärtige Fragen der nationaldemokratischen Revolution (III)

Reformistische Theorien im Dienste des Imperialismus

Nachdem in bisherigen Artikeln der Stand und die Bedingungen des antiimperialistischen Kampfes in verschiedenen Ländern untersucht worden war und die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Parteien aufgezeigt wurde, wenden wir uns nun — bevor wir die Rolle der Bauern betrachten — den wichtigsten

nigerianischen NLC, sind zwei Drittel aller Vorstandsmitglieder von Schulungsleitern aus den USA für ihre Aufgaben vorbereitet worden. Unter diesen Schulungsleitern waren, wie die bürgerliche Zeitschrift „Africa“ aufdeckte, die Hälfte Mitglieder der gelben Gewerkschaft AFL-CIO, die andere Hälfte — Agenten des Geheimdienstes CIA.

Als im Jahre 1977 die Plantagenarbeiter von Santo Domingo einen großen landesweiten Streik organisierten, fehlte plötzlich die Streikkasse ihrer Gewerkschaft. Die dortige revolutionäre Gewerkschaftspresse enthüllte, daß es der Vorsitzende der Gewerkschaft gewesen, der mit der Kasse nach den USA floh — wo er vom CIA mit neuen Papieren versorgt wurde.

Die Liste gerade solcher Beispiele ließe sich aus den letzten Jahren beliebig verlängern. So werden in den Schulen, Parteihäusern und Stiftungen sowie den Gewerkschaftsakademien der „Sozialistischen Internationale“ jährlich mehr als 3000 Funktionäre zur Bildung neuer sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften ausgebildet. Sie haben die Aufgabe, in ihren Ländern unter dem Deckmantel der genannten Entwicklungstheorien die Ideologie der Sozialpartnerschaft mit der Oligarchie und dem internationalen Kapital zu verbreiten.

Waren es früher die großen traditionellen Akademien der imperialistischen Kolonialverwaltung, die Militärschulen der Imperialisten, die den einheimischen Nachwuchs für die Ausbeuter heranziehen sollten, und wurde eine ganze Generation afrikanischer Staatschefs in Sandhurst, West Point oder Saint Cyr ausgebildet, so haben dies heute eben die privaten und parteipolitischen Organisationen und Einrichtungen übernommen. So läßt beispielsweise der selbsternannte „Antiimperialist“ Eyadema, Staatschef von Togo, einen großen Teil seiner Beamten von der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung ausbilden. Den größten Umfang dieser Aktivitäten aber bestreiten die amerikanischen Gewerkschaften und die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung, die auf der ganzen Welt aktiv sind.

Immer deutlicher ist es in den letzten Jahre auch geworden, daß die angeblich neutrale internationale Finanzhilfe in Wirklichkeit zu einem immer wichtigeren Instrument des Weltimperialismus geworden ist. In der Weltbank verfügen die zehn größten westlichen imperialistischen Länder über 65 Prozent des Kapitals und der Stimmen, die anderen über 120 Mitgliedsstaaten teilen sich den Rest. Auch in den verschiedenen kontinentalen Entwicklungsbanken haben die Imperialisten den entscheidenden Einfluß. In der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank haben die USA 50 Prozent der Stimmen, in der Asiatischen Entwicklungsbank die USA 30, Japan 20 Prozent der Stimmen — an beiden Banken sind auch die EG-Staaten maßgeblich be-

teiligt. Die Afrikanische Entwicklungsbank wird von Frankreich, Großbritannien und den USA alleine kontrolliert.

Diese Banken geben nicht nur Kredite mit scharfen Auflagen ganz im Stil des Internationalen Währungsfonds (dessen Erpressungen gegenüber Portugal und der Türkei in Europa bekannt sein dürften), sondern sie beherrschen, organisieren und kontrollieren auch die zahlreichen regionalen Wirtschafts-, Zoll- und Finanzgemeinschaften dieser Erdteile.

In der Realität waren diese Kredite und Wirtschaftsverflechtungen vor allem eine Waffe gegen sozialreformerische Politiker, gegen sogenannte „Radikale“ unter den ehemaligen Kolonialländern.



Militärische Ausbildung zum Befreiungskampf in El Salvador: Mittelamerika ist heute einer der Brennpunkte des antiimperialistischen Kampfes, wobei Nicaragua, El Salvador und Guatemala im Zentrum der Entwicklung stehen.

Dies ist neben den bereits früher genannten Fällen Tansanias, Birmas und Jamaikas noch in zahlreichen anderen Ländern der Fall.

So ist von verschiedenen Vertretern der klassenneutralen Entwicklungstheorien großes Aufheben beispielsweise um die Ölvorkommen in Ecuador gemacht worden, die dort seit 1970 ausgebeutet werden.

Dagegen enthüllte „En marcha“, das Zentralorgan der KP/ML Ecuadors, daß die Auslandschulden Ecuadors in den Jahren 1970 bis 1977 von rund 280 Millionen Dollar auf rund 1 Milliarde Dollar gestiegen sind. Die kommunistische Partei Ecuadors wies dabei nach, daß es die werktätigen Massen sind, die über die Steuererhöhungen und Inflation die Zeche bezahlen müssen. Ihnen haben die Ölfunde keinen einzigen Vorteil gebracht, sondern nur der reaktionären Oligarchie, die einen Teil der Ölabgaben einstreicht.

Zaubermittel Kartell?

Die sogenannten Rohstoff-erzeugerkartelle, die im wesentlichen in den 70er Jahren entstanden, oder begannen eine Rolle zu spielen, waren und sind

sten ideologischen und politischen Konzepten zu, mit denen die Werktätigen dieser Länder am erfolgreichen Kampf gehindert werden sollen. Dabei werden zunächst jene Theorien behandelt, die im Dienste des westlichen Imperialismus stehen.

ein weiterer zentraler Propagandapunkt der reformistischen Theorien. Vor allem die chinesischen Maoisten machten sich zum Fürsprecher einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“, die durch solche Kartelle erreicht werden sollte. Dabei sind sie sich mit der Sozialistischen Internationale einig: wie im letzten Jahr Willy Brandts Bericht der „Nord-Süd-Kommission“, so empfahl der chinesische Außenminister Huang Hua bereits 1972 vor der UNO den Herrschenden der Entwicklungsländer diese neue Ordnung zusammen mit den Staaten Westeuropas auszuarbeiten.

Dabei diente in neuerer Zeit natürlich vor allem die OPEC als Beispiel. Tatsache aber ist: vom Beispiel der OPEC einmal

ren, und im wesentlichen auf ein oder zwei Produkte ihrer Landwirtschaft oder ihres Bergbaus angewiesen waren, die nicht dieselbe Wichtigkeit wie das Erdöl hatten.

Und schließlich zeigte es sich an der Reaktion auf minimale Zugeständnisse, daß die Bourgeoisie solcher Länder diese Maßnahmen nicht zum Zweck der Stärkung der nationalen Unabhängigkeit traf, sondern lediglich zur größeren eigenen Beteiligung am Gewinn.

Die kommunistische Partei Kolumbiens/ML hat in ihrem Zentralorgan „Revolucion“ die Thesen der revisionistischen Partei in Kolumbien widerlegt, solche Maßnahmen seien ein Beweis dafür, daß selbst Teile der Oligarchie in Wirklichkeit

abgesehen, gibt es keine einzige Maßnahme in diesem Bereich, die erfolgreich gewesen wäre, die die Macht der größten Monopole wenigstens etwas beschnitten hätte. Durch den faschistischen Putsch in Chile und den Ausverkauf Sambias wurde das geplante Kupferkartell zunichte gemacht. Die US-Monopolisten von United Brands zerstörten das im letzten Jahr geplante Bananenkartell Mittelamerikas durch Produktionsdrosselung auf ihren mittelamerikanischen Plantagen, die „Compagnie Française d'Afrique Centrale“ sprengte das geplante Kakaokartell im letzten Jahr durch Boykott.

Die entscheidende Schwäche dieser Versuche, für die betreffenden nationalen Wirtschaften und ihre wichtigsten Erzeugnisse eine gewisse Selbständigkeit zu erlangen, war es, daß sie die Erzeugung bzw. Förderung im Lande selbst den Imperialisten nicht aus der Hand nahmen, sondern sich nur auf die Verteilung, auf den Verkauf beschränkten, so daß es den Monopolen leichtfiel, diese Maßnahmen zu unterlaufen und den Widerstand zu überwinden.

Weiter war es so, daß diese Länder aufgrund ihrer bestehenden Verflechtung in die imperialistische Weltwirtschaft in einer schwachen Situation wa-

für den antiimperialistischen Kampf zu gewinnen seien. Das praktische Vorgehen und die zahllosen gemachten Erfahrungen, so betonten die kolumbianischen Kommunisten, zeige immer wieder, daß die Oligarchie eine einheitliche, reaktionäre Klassenkoalition darstelle, die dem Imperialismus mit Haut und Haaren verbunden, an ihn gekettet ist.

Im Unterschied zu den genannten und zahlreichen anderen Versuchen der Kartellbildung hat die OPEC auch im eigentlichen Produktionsbereich Maßnahmen ergriffen, die der Verfügungsgewalt der Ölmonopole entgegenwirkten. Woher dieser Unterschied?

Um dies klären zu können, muß man sich die Zusammensetzung und die Entwicklung des OPEC-Kartells genau betrachten.

Die Falken

Ganz im Ton militärischer Berichterstattung gibt es nach Ansicht der westlichen Presse in der OPEC von jeher, und stets verstärkt, zwei Lager: die Falken, die eine harte Linie verfolgen, und die nachgiebigeren Tauben. Allen gemeinsam war bei Grün-

dung des Kartells der Wunsch, die in den sechziger Jahren ständig weiter gefallenen Abgaben der Ölmultis an die Förderländer wieder zu erhöhen.

Zu den „Falken“ gerechnet werden: Libyen, Algerien und seit neuestem der Iran, früher der Irak, und — mit Abstrichen — Nigeria und Mexiko. Saudi-Arabien, Kuwait und Venezuela sind die sogenannten „Bremsen“.

Diese Unterscheidung hat ihren Grund ganz ohne Zweifel in den unterschiedlichen sozialen Verhältnissen dieser Länder. Während die feudalen Herrscher der Golfstaaten und die Oligarchen Lateinamerikas in der Regel an der Verbesserung der eigenen Einkommen interessiert waren und bestenfalls äußerst beschränkte Pläne zur gesellschaftlichen Veränderung ihrer Länder hatten, gab es in Mexiko und Nigeria relativ entwickelte einheimische kapitalistische Klassen, die ihre Wirtschaftsmacht erhöhen wollten. Tatsache aber ist, daß sie alle, in unterschiedlichem Ausmaß, Sonderabkommen und Geheimverträge mit Imperialisten trafen, die die Wirkung der getroffenen Maßnahmen wieder beschränkten. Es waren die nationalrevolutionären Regimes, die sowohl die weitestgehenden Maßnahmen trafen, als auch den härtesten Preiskurs verfolgten, als auch die weitreichendsten internen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen trafen.

Durch die Revolution hat heute der Iran die Fronten in der OPEC gewechselt, während im Irak offensichtlich Ansätze bestehen, diesen Wechsel in Gegenrichtung zu vollziehen, und die Golfstaaten sich wieder wesentlich enger an den USA-Imperialismus annähern.

Es ist also insgesamt offensichtlich, daß die erfolgreichere Kartellpolitik der OPEC auf das engste verbunden ist mit dem Sieg Algeriens im nationalen Befreiungskampf, mit dem Sturz des Emporkömmlings Pahlavi im Iran und dem Sturz der Senussi-Dynastie in Libyen. So wird auch gerade dieses Beispiel der reformistischen Theoretiker in Wirklichkeit zu einem Argument gegen sie und für einen revolutionären nationalen Befreiungskampf.

Aber die Tätigkeit der Vertreter des Reformismus, der neuen und der alten Agenten des Imperialismus ist breit und umfangreich und zeitigt nach wie vor Wirkung.

Die Maoisten haben dabei ohne Zweifel an Boden verloren. Sie sollten ja, mit dem Ansehen Chinas spekulierend, gerade jene linken Kräfte in den nationalen Befreiungsbewegungen, die Einwände gegen den sowjetischen Sozialimperialismus vom revolutionären Standpunkt aus erhoben, fesseln. Das gelang ihnen in Indonesien, wo die Partei den bürgerlichen Kräften um Sukarno die Führung im Befreiungskampf überließ und so ins faschistische Massaker geriet: keineswegs nur die Schuld Liu Schao-Tschis, wie nachher oft behauptet. Es waren die Maoisten selbst, die die internationalen Verbindungen der KP Chinas organisierten.

Stark erweitert hat ihre Tätigkeit die Sozialistische Internationale, angeführt von der SPD, seit diese zu ihrem Parteitag 1975 Vertreter zahlreicher ehemaliger Kolonien einlud — heute versucht man bei der Sozialistischen Internationale vor allem den Einfluß auf Mittelamerika auszubauen, das gegenwärtig einen der Brennpunkte des weltweiten antiimperialistischen Kampfes darstellt.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 27 3 Temmuz 1981

Yıl: 15

1 DM

Yürüyüşçülere karşı CS gazı kullanılmak isteniyor

Polisin iç savaş usulü silahlanmasına
karşı mücadele edelim!

Federal Almanya'da ekonomik krizin giderek derinleşmesi ve bunun bir sonucu olarak da kitle mücadelelerin yükselmesi, egemen sınıfları ve onların sözcüleri olan politikacıları korkutmaktadır. Bundan ötürü burjuva devletin şiddet kurumlarından biri olan polis örgütü, yeni silahlarla iç savaş usulleriyle donatılmaktadır. Bu silahlardan biri de, son günlerde üzerinde çok tartışılan ve kitle eylemlerinin polis tarafından bastırılmasında en etkin silahlardan biri olan CS kötürüm gazıdır.

Kısaca CS olarak tanınan kötürüm gazı, kitle eylemlerinin engellenmesinde ateşli silahlardan sonra en etkili silah durumundadır. Yürüyüşlerde ve diğer eylemlerde kitle üzerine sıkılması ön görülen CS gazı, insanları sersemletmekte, hareketsiz duruma getirmekte ve hatta bayıltabilmektedir. Son aylarda kitle gösterilerine azgınca saldıran ve savcılarının da yardımıyla kitle tutuklamalarına giden polis, bu silahı kullanmakla, pek fazla çaba harcamadan yürüyüşçüleri toplu halde tutuklayabilecektir. Bu durumdan bayağı hoşnutsuz duyan gerici burjuva politikacıları ve polis başkanları, bu silaha olan isteklerini şöyle açıklamaktadırlar: Gerçi, onlar, (CS gazından etkilenenler) her şeyin bilincinde, nefes alabilmekte ve her şeyi

hissedebilmektedirler, ama artık hareket edememektedirler ve bu bizim için oldukça önemlidir.

Kitle eylemlerinin bastırılmasında ve toplu tutuklamalarda polis için ideal bir silah olan CS kötürüm gazı, bugün Batı Almanya'nın şehirlerinde ve Batı Berlin'de prova edilmektedir. Batı Berlin'de hükümete gelmesiyle, ev işgalcilerine karşı iç savaş şeklinde bir terör estiren CDU Hükümeti için, bu silah aranıp, bulunmayan bir şeydir.

Bir çok bilim adamı, özellikle de Batı Berlin'deki bilim adamları CS gazının deri hastalıklarına, geçici körlüğe, gözün görme derecesinin düşürülmesine ve hatta ölüme yol açabileceğini söylemektedirler. İnsanı

sersemletiren ve hareketsiz hale getiren bir gazın, insan sağlığına zarar vermeyeceği düşünülemez. Ama, egemen sınıflar için insan sağlığı ve bu gibi konular önemli değildir. Onlar için önemli olan kârlarıdır ve iktidarlarının devam etmesidir. Bundan ötürü onlar, halkın gelişen mücadelesini polisi ve diğer devlet güçlerini son derece modern silahlarla donatarak, engellemek istemektedirler. Polisin iç savaş usulü silahlanması, burjuva devlet mekanizmasının faşistleştirilmesi yönünde çabaların artırıldığını da göstermektedir. Polisin silahlanmasını ve iç savaş manevralarına hayır!

Bütün anti-faşistleri ve demokratları polisin CS gazı ile silahlanmasına karşı mücadeleye çağırıyoruz!

İki anti-faşist daha idam edildi

52 DİSK yöneticisi için idam cezası isteniyor

ANKARA. — İki anti-faşist daha emekçi halkın azınlı düşmanları tarafından idam edildi. Kadir Tandoğan ve Ahmet Saner'in geçen hafta faşist cunta tarafından idam edilmesinden sonra, şimdi de askeri faşist mahkemeler Abdullah Baştürk ve 51 DİSK yöneticisini idamla yargılamaktadırlar. Bugüne kadar "terörizme karşı mücadele" maskesi altında devrimci örgütlere ve sendikalara saldıran cunta, DİSK yöneticilerini idamla yargılamakla, asıl hedefinin işçi sınıfının mücadelesini bastırmak olduğunu açıkça göstermiştir.



İdam edilen iki anti-faşist: Kadir ve Ahmet

Ama askeri faşist mahkemeler peş peşe idam cezaları vermekte ve kesinleşen cezalar faşist generallerin onayından geçtikten sonra yerine getirilmektedirler. Bugüne kadar altı devrimci ve anti-faşist, faşist cuntanın idam sehpalarında katledildiler. Ve cunta katliamlarına devam etmektedir...

Emperyalizme ve egemen sınıflara uşaklığın en iyi örneğini veren faşist generaller, devrimcileri idam ederek, sendikacıları idamla yargılayarak, işçi sınıfının zulme, baskıya ve sömürüye karşı mücadelesini bastırmak istemekte ve emekçi halka göz dağı vermek istemektedirler. Ama, tarihin hiç bir döneminde faşist diktatörlükler terör, katliam ve işkencelerle emekçi halkın mücadelesini sürekli olarak susturamamışlar ve bugün de susturamayacaklar.

Fabrikalarda insanlar silah zoruyla çalıştırılırken, emekçiler evlerinde yavan ekmeğe dahi bulamazken, sömürü ve baskı alabildiğine artarken, faşist generaller mezar suskunluğu yaratamazlar. Bu asla mümkün değildir.

**Faşizme ölüm, idamlara son!
Kahrolsun askeri faşist cunta!**



Silahlanma politikasına karşı SPD Gençlik Kolları "Falken", Nordrhein-Westfalen Eyaleti SPD Eyalet Kongresi yapıldığı sırada eyleme gitti. Sosyal yardımların yerine, silahlanma giderlerinde kemerlerin sıkılmasını talep eden (resimdeki yazı) "Falken", ayrıca ABD atom füzesinin Batı Almanya'ya yerleştirilmesini de protesto etti.

1981 işyeri işçi temsilciliği seçimleri üzerine KPD Merkez Komitesi'nin değerlendirmesi:

Seçimler muhalefet güçlerin başarısıyla sonuçlandı

DGB sendika ağalarının açıklamalarına göre, bu yılki işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde muhalefet güçleri yenilgiye uğramış ve bundan üç yıl önceki seçimlere karşı genel olarak zayıflamışlardır. Sendika ağalarının tükürdüğünü yalayan DKP revizyonistleri de aynı açıklamayı yapmakta ve DGB içindeki muhalefet güçlere, özellikle Devrimci Sendika Muhalefeti'ne (RGO) saldırmaktadırlar. Gerek DGB yönetimi, gerekse de onun kuyruğuna takılan DKP, hayatın her alanında olduğu gibi, bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde de işçi sınıfının çıkarlarına ters; patronların yararına bir politika izlediler.

1981 işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde muhalefet güçleri yenilgiye uğradığı veya zayıfladığı kesinlikle sözkonusu değildir. Somut durumu incelediğimizde, iddia edilenlerin tam tersini görürüz. Gerçi Partimizden yoldaşlar ve RGO üyesi arkadaşlar pek az sayıda fabrikada ve işletmede işçi temsilciliği seçimlerine katılabildiler, ama 1978 yılındaki seçimlerle karşılaştığımızda daha fazla yoldaşın ve RGO üyesi arkadaşın, işçi temsilcisi olarak seçildiğini ve daha fazla işletmede seçimlere katıldığını görürüz.

Sendika ağaları doğrudan yalan söylemektedirler. Elbette onların bu açıklamaları bir yalanın sonucu da değildir. Onlar bilinçli ve belirli bir hedefe yönelik olarak böyle bir propaganda yapmaktadırlar. DGB sendikaları içindeki devrimci, demokrat muhalif güçlenmeden endişeye kapılan sendika ağaları, yalan ve sahtekarlıklarla, çeşitli sinsî oyunlarla bu güçleri yıpratmak ve işçileri yanıltmak istemektedirler. Bugün bir çok işyerinde, işçi temsilciliği seçimlerinde sendika

ağalarına muhalefet ettiklerinden dolayı demokrat, devrimci arkadaşlar toplu olarak sendikadan atılmak istenmektedirler. Sendikadan toplu atma işlemlerinin sürdüğü bir kaç işletme şöyle: Farbwerke Hoechst ve Kalle firmalarında 47 sendikacı; Bayer Levekusen'de 10 sendikacı; HDW/Hamburg'da 42 sendikacı; Triumph/Adler'de 14 sendikacı vs. Bu örneklerde belirttiğimiz sendikacıların çoğunluğu işyeri sendika temsilciliğinde yer almaktadırlar. Toplu sendikadan atma işlemlerinin sürdüğü bir çok fabrikada, sendika ağaları, kendilerine muhalefet eden işyeri sendika temsilciliği yönetimlerini yıkmayı doğrudan hedeflemektedirler.

Muhalefet listeleri, bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde bir çok büyük işletmede, sendika yönetimleri tarafından desteklenen ve patronlarla işbirliği içinde işçilere ve memurlara ihanet eden gerici işçi temsilciliği başkanlarını ve onların oluşturdukları klikleri yıkmayı başarabildiler. Örneğin Bremen'deki Vulkan-Werf'te "Echolot" grubu; Hamburg'daki HDW'de

"Aktive Metaller" listesi; Batı Berlin'deki Siemens Bosch'ta RGO listesi ve Witten'deki Siemens firmasında RGO tarafından yönlendirilen "Belegschaftsliste", gerici klikleri yıkan listelerden sadece bir kaçıdır.

Bundan üç yıl önceki işçi temsilciliği seçimlerinde pek fazla oy alamayan RGO listeleri ve diğer muhalefet listeleri, bu seçimlerde oy sayılarını yükselttiler. Bunun yanı sıra kişilik seçimlerinde ortak listelerde adaylığını koyan ve bir kısmı mücadele programları yaparak bir blok önerisi oluşturan muhalefetten arkadaşları ve onların sağladığı başarıyı gözardı edemeyiz.

Bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde kişilik seçimleri (bütün adayların ortak bir listede yer alması) yönünde işçiler arasında büyük bir istek vardı. İşçilerin bu istemi haklı bir istemdi. Ve muhalefet güçleri değil, aksine sendika yönetimleri tarafından desteklenen ve korunan ve çeşitli oyunlarla yumuşak koltuklarını sağlama

(Devamı sayfa 2'de)



RGO tarafından yönlendirilen "Belegschaftsliste" Witten'deki Siemens firmasında yüzde 50'nin üzerinde oy almıştı. Resimde seçilen işçi temsilcileri bir arada.

(Birinci sayfanın devamı)

almak isteyen gerici işçi temsilciliği kliklerini hedef alıyordu.

Kısaca şöyle denilebilir: Kapitalizmin derinleşen krizinin işletmelerdeki etkisi; rasyonalizasyon terörüne ve işyerlerinin tahrip edilmesi, muhalefet potansiyelinin gelişmesi ve DGB yöneticilerinin sosyal ortaklık çizgisine dayanan işçi temsilciliklerinin olduğu işletmelerde işçilerin işçi temsilciliği politikasında değişiklik istemelerine yol açtı ve bu istem gidecek yaygınlaşmaktadır.

İşçi temsilciliği seçimlerinde alınan sonuçlar

İşçi temsilciliği seçimlerinde aldığımız sonuçları, genelinde bir başarı olarak değerlendirebiliriz. Partili yoldaşlar ve RGO üyesi arkadaşlar, 120-130 işletmede (bu sayı henüz kesin değil) işçi temsilciliği seçimlerinde adaylığını koydular. Sevindirici bir durum, bu işletmelerin 40'ında 1000'den fazla işçinin çalışmasıdır. Bu işletmelerden beşinin her birinde 1000'den fazla işçi çalışmaktadır. 14 işletmenin her birinde 5000'den fazla işçi çalışmaktadır. 14 işletmenin her birinde 5000'den fazla; altısında 2000 ile 5000 arasında; 14 işletmede ise 1000 ile 2000 arasında emekçi çalışmaktadır. Binden az emekçinin çalıştığı işletmeler ise şöyle: 39 işletmede 200'den az, 15 işletmede 200 ile 500 arasında ve yaklaşık 20 işletmede 200 ile 1000 arasında işçi ve memur çalışmaktadır.

Bu işçi temsilciliği seçimlerine yaklaşık 300 üyemiz katıldı. Bu adaylar içinde partili veya RGO üyesi olmayan, ama bizimle beraber ya bir muhalefet listesinde veya kişilik seçimlerinin yapıldığı işletmelerde blok önerisinde yer alan adaylar da vardır. Bu 300 adaydan 190'ı seçildi. Seçilen 190 işçi temsilcisinden 90'ı binden fazla işçi çalıştıran işletmelerde işçi temsilcisi olarak seçildiler. 1978 yılında binden fazla işçi çalıştıran işletmelerde toplam 56 işçi temsilcisi seçilmişti. Binden az işçi çalıştıran işletmelerde de 90 işçi temsilcisi seçildi. Bu rakam 1978'de seçimlerde 85 idi. Partili yoldaşlar ve RGO üyesi arkadaşlar, 19 işletmede işçi temsilciliği başkanlığına ve dokuz işletmede başkan yardımcılığına adaylığını göstermektedirler.

Belirttiğimiz bu istatistik rakamlar, henüz küçük bir parti olduğumuzu ve RGO'nun henüz inşaa durumunda olduğunu açıkça göstermektedirler. Ama, bu işçi temsilciliği seçimlerinde büyük işletmelerde aldığımız başarılı sonuçlar, doğru bir çizgide olduğumuzu ve faaliyet gösterdiğimiz işletmelerde etki alanımızı genişlettiğimizi göstermektedirler. Tabii ki, burada en açık olarak görünen, sınıf mücadelecilerle kendi listeleriyle seçimlere katıldıkları işletmelerdeki etki alanlarıdır. RGO, bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde çoğu işletmelerde diğer muhalefet güçleriyle çıkarıldığı listelerin sayısı RGO listelerinden fazladır. Diğer güçlerle aramızdaki farklılıklara karşın, ilerici muhalefet güçlerin birleşmesi olumlu bir şeydir ve biz bu durumu selamlıyoruz.

En başarılı olduğumuz işletmeler

Bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde en başarılı sonuçları Dortmund'daki Hoesch-Union'da, Witten'deki Siemens'de ve Batı

1981 işyeri işçi temsilciliği seçimleri üzerine KPD Merkez Komitesi'nin değerlendirmesi:

Seçimler muhalefet güçlerinin başarısıyla sonuçlandı

Berlin'deki Siemens-Bosch Hausgerätenwerk'te aldık. Tabii ki, bu saydığımız işletmeler partinin ve RGO'nun uzun zamanından beri çalışma yaptığı yerlerdir.

Hoesch-Union demir-çelik fabrikasında işçilerin yüzde 32'si RGO listesini seçtiler. Bu listede yer alan adaylarımızın sayısı 78 seçimlerinden fazla olmamakla beraber, bütün işçilerin üçte birinin RGO'yu seçmesi, RGO'nun politik etkisinin sağlamlaştığını göstermektedir. Bundan üç yıl önceki seçimlerde RGO listesi oyların yüzde 34'nü almıştı. Ama, bu oyların büyük bir bölümü protesto oyları idi; yani IGM'i protesto eden işçiler, RGO'nun amaçlarını kavramadan RGO listesini seçmişlerdi. O zaman IGM şube yönetiminin provokasyonu sonucu yeni seçilen işçi temsilciliği istifa etmiş ve seçimlere yeniden gidilmek zorunda kalmıştı. İkinci seçimde IGM şube yönetiminin ve işçi temsilciliğindeki sendika ağalarının RGO listesine karşı anti-komünist ve saldırgan bir propaganda sürdürmeleri sonucu, oy oranımız yüzde 17'ye indi. Ama, bu seçimlerde Hoesch-Union'da çalışan işçilerin sol kanadı bilinçli olarak RGO'yu seçti. RGO işçi temsilcileri ve RGO işyeri grubu, Union'da toplu işten atmalara ve işyerindeki baskılara karşı, işçilerin çıkarları doğrultusunda kararlı bir mücadele verdiler. İşçiler, RGO'yu mücadele içinde tanıdılar ve ona güven duydular. İşçiler, bilinçli olarak RGO'yu seçtiler. Bu gerçeği,

düşüncesindeyiz. Ama, geniş kapsamlı bir araştırma yapmadığımızdan bu, sadece bir tahmin olarak kalmaktadır.

RGO, iki işletmede yüzde 50'nin üzerinde oy aldı.

RGO, Batı Berlin'deki Siemens-Bosch işletmesinde ve Witten'deki Siemens işletmesinde işçi oylarının yarısından fazlasını aldı. Bundan üç yıl önceki seçimlerde yüzde 29 oylan RGO listesi, bu işçi temsilciliği seçimlerinde yaklaşık yüzde 52 oy aldı. Witten'deki Siemens'de ise yüzde 50'den biraz fazla oy aldı. RGO, burada üç yıl önce yüzde 33 oy almıştı.

Yukarıda belirttiğimiz iki işletmede, kararlı bir çalışma ve seçimlerde doğru bir taktik uygulamamız sonucu, solcu olmayan personel kesimleri arasında dahi etkili olabildik ve bu kesimlerin desteğini de kazanabildik. RGO, bu işletmelerde işçiler arasında oldukça teşhir olmuş sendika ağası işçi temsilcilerini geniş ölçüde tecrit etmeyi başarmıştı. Sadece burada değil, diğer bir kaç işletmede de bu başarılabildi.

Sendika ağalarıyla cepheleşme

1978 yılındaki işçi temsilciliği seçimlerinde işletmelerde

likten yanaysak; sosyal ortaklığın temsilcilerini işletmelerde tecrit etmekten yanaysak, sınıf mücadelecilerle güçlerin birliğini ve tabanın sendika ağalarına karşı örgütlenmesini savunuyorsak; sendika ağalarıyla aramıza kalın bir çizgi çekmek zorundayız, onlarla açık bir cepheleşmeye gitmeliyiz. İşçi temsilciliği seçimlerinde aldığımız sonuçlar da, bu görüşümüzü doğrulamaktadır. RGO'nun çizgisini



Hoesch-Union'da yeniden seçilen RGO işçi temsilcileri.

eleştirenlerin iddia ettiğinin aksine, bu politika RGO'yu işçilerden tecrit etmemekte, onu güçlendirmekte ve geliştirmektedir.

Kişilik seçimleri üzerine

Yukarıda da belirttiğimiz gibi, bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde işçiler arasında kişilik seçimleri yönünde büyük bir istem vardı. Ve sendika ağalarının oyunlarına karşı bu istem haklı bir istemdi. Partimiz ve RGO, işçilerin bu talebini sonuna kadar savundu. Ama, kayıtsız şartsız değil: Sendika ağaları tarafından oluşturulan

lerinde yeterli oy alabilmeleri oldukça güç bir şeydir.

Saydığımız bütün bu olumsuz yönlerine karşın kişilik seçimleri için mücadele ettik ve pek çok işletmede bunun için imza kampanyası açtık ve personelin yüzde 20 veya 30'u bunu destekledi. Buna rağmen sendika ağaları çoğu işletmelerde kişilik seçimlerini engellediler. Ama bu gibi işletmelerde diğer işçi arkadaşlarla ve muhalefet

güçlerle ortak listelerin oluşturulması bayağı kolaylaştı.

Kişilik seçimlerinde aldığımız sonuçları genelinde olumlu olarak değerlendirebiliriz. Hiç şüphesiz, pek çok işletmede kişilik seçimleri yerine liste seçimleri yapılmış olsaydı, daha fazla işçi temsilcisi kazanırdık. Ama, sorun kişilik seçimleri mi, yoksa liste seçimleri mi sorunu değil; sorun, işçi temsilciliği seçimlerine hangi politik hedeflerle yaklaştığımızdır. Bundan ötürü izlediğimiz taktik, gerçekten doğru bir taktik idi. Burada, bazı işletmelerde sendikaların resmi listelerinin büyük ölçüde RGO'nun veya diğer muhalefet güçlerin etkisi altında olduğunu belirtmekte yarar vardır.

Seçimlerdeki başarısızlıklarımız

İşçi temsilciliği seçimlerindeki başarısızlıklarımızı görmememiz veya bunları belirtmemiz, bize hiç bir fayda getirmeyecektir, aksine zarar getirecektir. Her başarısızlığın mutlaka bir olumlu yanı vardır: Eğer başarı sağlayamadığımız işletmelerde başarısızlığın nedenlerini araştırıyor ve tespit ettiğimiz hatalardan dersler çıkarabiliyorsak, bunun gelecekteki çalışmalarımıza büyük katkısı olacaktır. Bu seçimlerdeki başarısızlıklarımızı üç noktada toparlayabiliriz:

Birincisi; burada sözkonusu olan iki büyük işletmede. Bu iki işletmenin ikisinde de birer RGO işçi temsilcisi diğer üç arkadaşla beraber listeler oluşturuldu. Ama, iki liste de işçi temsilcisi kazanabilmek için yeterli oy alamadı. Bu yenilginin nedenlerini doğru ve eksiksiz olarak araştırmak zorundayız. Şu bir gerçek: İki işçi temsilcisi arkadaş da çalıştıkları işletme bölümlerinde epeyce oy aldılar. Bu durum, o arkadaşların kendi bölümlerinde işçiler üzerinde kişisel etkinliğe sahip olduğunu göstermektedir. Ama, bir yoldaşın veya bir arkadaşın büyük bir işletmede işçi temsilcisi olarak seçilebilmesi için kişisel etkinliğe sahip olması yeterli değildir. Burada şu soruyu sormak gerekir: İşçiler arasında politik bir etkinliğe sahip miyiz, RGO işletmede politik bir faktör haline gelebilmiş mi? Yoksa sözkonusu değil mi?

İkincisi; yine iki işletmedeki

başarısızlığımız. Bu iki işletmede de uzun zamandan beri çalışma yaptığımız halde, işçi temsilciliği seçimlerinde başarı elde edememenin kesin nedenleri olmalı. Belirtmek istediğimiz iki işletmede de işçi temsilciliğinin çoğunluğunu işçilerin taleplerini genelinde savunan ve kendilerine solcu diyen işçi temsilcileri oluşturmaktadır. Bu gibi işletmelerde RGO'nun kendi bakış açısını işçilere kavratması oldukça zorlaşmaktadır. Bu gibi işletmelerdeki asıl görevimiz, genel taleplerin yanı sıra, bu taleplerin hangi mücadele yönüyle gerçekleştirileceğini, kimin işçilerin taleplerini gerçekten savunduğunu, kimin sözde savunduğunu açıkça ortaya koymak ve bunu işçilere kavratmak zorundayız. Örneğin, bu iki işyerinde de işyerleri aralıksız tahrip edilmekle beraber, buna karşı pratikte kararlı bir mücadele görülmemektedir.

Üçüncüsü, bundan üç yıl önceki işçi temsilciliği seçimlerinde RGO'nun veya RGO tarafından yönlendirilen listelerin başarı sağladığı ve bu seçimlerde aday göstermediğimiz veya aday gösterdiğimiz halde başarı sağlayamadığımız işletmelerdir. Bu işletmelerdeki hatalarımız taktik hatalardan değil. Buradaki çalışmalarımızın zayıflamasından veya özel nedenlerden dolayı bütünüyle durmasından kaynaklanmaktadır. Biz bu hatalarımızdan öğrendik ve çalışmalarımızın sağlam temellere dayanmadığı işletmelerde işçi temsilciliği seçimlerinden aday gösterilmesini zorunlu görmedik.

Buna karşın Devrimci Sendika Muhalefeti, 1978'deki seçimlerde, bugünkünden daha fazla işletmede işçi temsilciliği seçimlerine katıldı. Ve yeni taktikler kullanarak, daha olumlu sonuçlar aldı. Örneğin Farberwerke Hoechst ve Bayer Leverkusen fabrikalarında RGO üyeleri, diğer işçi arkadaşlarla beraber muhalefet grupları oluşturuldu. Ve bu grupların seçimlerde çıkardığı listeler, oldukça olumlu sonuçlar elde ettiler.

Seçimlerden sonraki görevlerimiz

İşçi temsilciliği seçimlerinin sona ermesinden sonraki en önemli görevlerimizden biri, yeni seçilmiş işçi temsilcisi arkadaşları RGO çizgisinde eğitmek için çaba göstermek olmalı. İşçi temsilcisi arkadaşların önerilerine koydukları görevleri çözebilmek için, kendilerini savunabilmeleri, işletmelerde işçilere yardımcı olabilmeleri ve onların taleplerini yerine getirebilmeleri için, gerek duydukları konularda eğitimlerini kazanmazlar.

İkincisi; işçi temsilciliği seçimlerinde edindiğimiz yeni olanakları, RGO'nun inşasını ilerletmek ve RGO'yu üye sayısı bakımından güçlendirmek için en iyi ve kararlı bir biçimde güçlendirmesidir. Çünkü RGO'nun güçlenmesi ve gelişmesi demek; işyerlerinin tahrip edilmesine ve gerçek ücretlerimizin düşürülmesine karşı, sermayenin saldırılarına ve sendika ağalarının sapırmalarına, sabotajlarına ve bölücülüğe karşı işçi sınıfının mücadele cephesinin güçlenmesi ve gelişmesi demektir.

Ve bu işçi temsilciliği seçimlerinde sendika ağalarına ve patronlara karşı diğer muhalefet güçleriyle gerçekleştirdiğimiz birlikleri ve ortak çalışmalarını daha da sağlamlaştırmalı ve genişletmeliyiz. Bu gibi ortak çalışmalar, gelecekte toplu sözleşme mücadelelerinde, toplu işten atılmaları karşı mücadelelerde ve diğer eylemlerde güçlendirilerek sürdürülmek zorundadır.



Batı Berlin'deki AEG'de "İşçi Birliği" listesinden seçilen işçi temsilcileri.

Hoesch-Westfalenhütte'de IGM listesine alternatif olarak çıkarılan ve CDU tarafından yönlendirilen gerici listenin sadece yüzde 8 oy alması kanıtlanmaktadır.

Hoesch-Union'da RGO'nun politik etkisini sağlamlaştırdığını söyleyebiliriz. Ama, sadece Hoesch-Union'da değil, bir dizi diğer işletmede de aynı durum sözkonusudur. Örneğin HDW/Kiel. Burada bundan üç yıl önce ki işçi temsilciliği seçimlerinde RGO listesi oyların yüzde 17,5'ini almıştı. Bu seçimlerde ise yüzde 20,5'ini aldı.

Bir çok işletmede RGO'nun politik etkisinin sağlamlaştığını söylüyoruz. Ama bunu anlatmamızın asıl stratejik hedefi anlayışında, yani proletarya diktatörlüğü anlayışında politik bir etkinin sağlamlaştığı değildir. Burada belirtmek istediğimiz, işçi arkadaşların sendikal sorunlara ilişkin konularda RGO'nun tavrını ve bakış açısını doğru olarak kavramalarıdır.

Bu konuya ilişkin olarak ayrıca şu noktaya değinebiliriz: Muhalefet güçlerin bu seçimlerde aldıkları sonuçlar, sanayi proletaryasının üçte birinin kısmen de olsa (en azından sendikal sorunların dar çerçevesine ilişkin) radikalleştığını ifade ettiği

diğer ilerici muhalefet güçlerle sağlam bir dayanışmaya gide-medik. Kimi yerlerde pozitif güçlerle, örneğin işyeri sendika temsilcileriyle istenmeyen cepheleşmeye gidildi. Ama, üç yıllık süre içinde sendikalardeki ve işletmelerdeki çalışmalarımız vasıtasıyla bu gibi istenmeyen cepheleşmeyi şu veya bu oranda yıkabildik. Bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde RGO üyesi olmayan pek çok işyeri sendika temsilcisinin bizimle beraber hareket etmesi, bizi desteklemesi bunun açık bir ifadesidir. Ayrıca işletmelerden gelen haberlerde RGO işçi temsilcilerinin, işçi temsilciliğindeki sendika ağalarına karşı diğer işçi temsilcileriyle işbirliği yaptıkları belirtilmektedir. Witten'deki Siemens işletmesinde RGO işçi temsilcilerinin işçi temsilciliğinde çoğunluğu sağlamamalarına karşın, Annette yoldaşın başa alınması, yani işletmede profesyonel olarak çalışan işçi temsilcisi olarak çoğunluk tarafından seçilmesi bunun açık bir örneğidir.

Devrimci Sendika Muhalefeti, DGB sendika yönetimleri tarafından korunan ve desteklenen ve patronlarla işbirliği yapan sendika ağalarıyla cepheleşmeye gitmektedir ve bunu savunmaktadır. Eğer işçi temsilciliklerinde gerçekten değişik-

ve devrimci, demokrat adayların içinde bulunmadığı listelerle gerçek anlamda kişilik seçimleri gerçekleştirilmezdi ve biz bu tip kişilik seçimlerine karşı çıktık. Bir yandan kişilik seçimlerinin propagandasını yaparken, diğer taraftan da tek tek işletmelerde kişilik seçimleri için oluşturulan listelerde yer alan adayların demokratik olarak tespit edilmesini, sendika ağalarına karşı mücadele ettiklerinden sendikadan atılan arkadaşlarında bu listelerde aday olarak yer almasını vs. talep ettik. Ve ayrıca şunu belirttik: Kişilik seçimlerinde bizim için önemli olan, ilerici güçlerin sendika ağalarına karşı birleşmeleridir ve onları yenilgiye uğratmalarıdır. RGO, bir çok işletmedeki kişilik seçimlerinde "Blok Önerisi" şeklinde diğer muhalefet güçlerle birleşerek, bunu gerçekleştirdi veya gerçekleştirmek için çaba gösterdi.

Aşlında, liste seçimleri başanlı ve iyi bir işçi temsilciliği çalışması için kişilik seçimlerinden daha olumlu koşullar yaratmaktadır. Ve işletmelerde RGO gruplarının oluşturulması için liste seçimleri bizim için çok iyi araçlardır. Ayrıca büyük işletmelerde personel tarafından az tanınan sınıf mücadeleciler arkadaşların işçi temsilcisi olarak seçilebilmeleri için kişilik seçim-

Polonya da işçi hareketi ve kapitalizm

4. BÖLÜM

Yazı dizimizin önceki bölümünde Polonya'da yeni sendikaların kuruluşuna, bu sendikaların kuruluşunda KOR'un (Toplumsal Kendikendini Koruma Komitesi) oynadığı role, Polonya aydınlarının tavrına değinmiş ve "Reagan'dan hoşlanıyorum, evet Reagan'dan hem de çok hoşlanıyorum" şeklinde konuşan ve batılı emperyalistleri kastederek "çok arkadaşımız var, bunların içinde hem de çok zengin olanları var, bu arkadaşlar, bize nasıl yardımcı olacaklarını kendileri bil-melidirler" diyen ve aynı zamanda kendisini sürüye öncülük eden bir "öküz" olarak nitelendiren Lech Walesa'nın, Polonya'yı batılı emperyalistlerin güdümü altına sokma çabalarını anlatmıştık. Yazımızın bu bölümü yer darlığı yüzünden pek uzun olmayacak. Ama geri kalan kısmını iki bölüm halinde yaklaşık birer sayfa olarak yayınlıyacağız. Bundan sonra da, "Federal Almanya Cumhuriyeti'nde barış hareketinin önemi" adlı yazı dizimizi yayınlamaya devam edeceğiz.

"Huzur ve düzen"

Welasa ve arkadaşları da bunun daha iyi olacağını anlamışlar ki, açıkça olayları daha fazla geliştirmek yerine "huzur ve düzen"i sağlamaya çalışıyorlar. Bu politika, hem yönetimdeki klingen, hem batılı emperyalist güçlerin, özellikle Almanya ve Fransa'nın ve hem de Sovyetler Birliği'nin işine gelmektedir. Ancak ABD emperyalistlerinin işine gelmiyor.

Bu politikanın neden, Polonya'daki klingen işine geldiği açık. Bu kişiler, yeni burjuvazinin, Polonya proletaryası tarafından tehdit edildiğini görüyorlar. Sorun 21 maddelik programda olduğu gibi, ekonomik boyutları aşmadığı sürece, kabul etmek kolay oluyordu. O zamanlar, oyalama taktiği ile, taleplerin sert yanlarının budanabileceğine, Dayanışma Sendikası içindeki çelişkilerin, örgütü dağılmaya götüreceğine inanılıyor ve umud ediliyordu.

Örneğin Polonya başbakan yardımcısı Rakowski bile, Dayanışma Sendikası'na "taktiri şayan" milyonlarca gençten başka yüzbinlerce parti üyesinin de üye olduklarından övgüyle söz ediyordu. Başbakan Jaruzelski bile parlamento önünde,

Dayanışma Sendikası içerisinde bulunan ve huzur ve düzeni sağlamaya çalışan güçleri taktir ettiğini söylüyordu. Bu arada ölmüş olan Polonya kardinali Wiçenski'de aynı borozandan ötürerek, "kendini de sorumlu tutmadan her şeyi ulusun, devletin ve sosyal ve ekonomik sistemin üzerine yıkmak olamaz" diyordu.

Yöneticilerin istedikleri de zaten, ülkede huzurun egemen olması, işçi sınıfının rahat durmasıdır. Bu nedenle Jaruzelski, iki ay süren tartışmalardan sonra öne sürdüğü grevlerin durdurulması ve ücretlerin dondurulması taleplerinin kabul edilmemesi halinde istifa etmekle tehdit etmektedir. Polonya'da huzur ve düzenin sağlanması, egemen güçlerin, sorunların üstesinden tek başlarına gelmesi, Sovyetler Birliği'nin de işine gelmektedir. Silahlı bir işgalden, Olssowski, Grabski ya da diğer kardeşlerin yardımı çağırılmasından korkmaktadır. Çünkü böyle bir adımın ne mal olacağını bilmektedirler. Böylesi bir durumda "yumuşama" diye yutturmaya çalıştıkları, politikalarının, batıyla ve özellikle de Almanya ve Fransa ile girişmiş bulunduğu ticaret ilişkilerinin böylece sona ereceğini iyice biliyorlar. Ne de olsa, batıdan kredi alma konusunda 14 milyar dolarla Polonya'nın ardından

ikinci sırayı işgal etmektedirler. Batılı firmaların Sovyetler Birliği'nde inşa ettikleri fabrikaların sayısı oldukça kabariktir. Üstelik girişilecek silahlı bir işgalin getirecekleri yalnızca ekonomik ilişkilerin dondurulması olmayacak, aynı zamanda batılı emperyalistlerin yeniden ABD'ye daha fazla yaklaşmalarını ve Reagan'ın önderliğini ve dediklerini kayıtsız şartsız yeniden kabul etmelerini getirecektir. Böylece de bu ülkelerdeki ve özellikle de BRD'deki savaş kışkırtıcıları, dengeyi lehlerine çevirmiş olacaklardır. Ayrıca da, Afganistan işgalinden sonra Afrika, Asya ve Latin Amerikalı ülkelerin gözünden düşmüş olan Sovyetler Birliği'nin prestiji daha da düşmüş olacak, sıfıra inecektir.

Polonya işçi sınıfı zorlu bir yolda

Bütün bunlar Kremlin'deki baylar tarafından bilinmektedir. Ama onlar, kendilerini zorunlu bir durum içinde bulmaktadırlar. Ne yapmaları gerekir? Polonya devletin revizyonist hakimiyet yapısının parçalanmasını, Polonya'nın batıya yönelmesini ve Varşova Paktı'ndan kopmasını kabul etmek



Polonya'nın başkenti Varşova'da "Dayanışma" sendikasının düzenlediği bir yürüyüş.

istememezler, kabul edemezler. Polonya'da böyle bir durum gerçekleşecek olursa, Sovyetler Birliği'nin DDR ile olan bağlantı yolları kesilir ve kendilerine bağımlı olan diğer Doğu Avrupa ülkelerinde Polonya örneği bir tehlike baş gösterebilir. Bundan ötürü onların politikası bir yandan taviz, diğer yandan kırbaçtır.

Bir taraftan Sovyetler'in Polonya'ya verdiği yeni milyarlık krediler aralıksız devam eden gıda maddeleri ve sanayi üretimi için hammadde ihracı; Doğu Almanya gibi, kendilerine bağımlı diğer ülkeler üzerine baskı uygulayarak, onları tüketim maddelerinin bir bölümünü Polonya'ya göndermeye ayırmaya zorlamaları. Diğer taraftan manevra yoluyla dolaylı tehditler, Polonya topraklarına yeni birliklerin yerleştirilmesi, "Dayanışma" sendikası karşı ses tonu giderek keskinleşen Sovyet Basını'nın yorumları.

Sovyet haber ajansı Tas, "Dayanışma" sendikasını suçlayarak; onun anti-sosyalist talepleri gerçekleştirmek isteyen "sosyalizme düşman politik bir partiye" dönüşmek istediğini söylemektedir. KOR (Toplumsal Kendikendini Savunma Komitesi) iktidarı ele geçirmekle suçlanmaktadır. Polonya'da örgütlenmiş olan karşı devrimcilerin "Dayanışma" sendikasını kontrolleri altına aldığı söylenmektedir. Gerçi bu kısmen doğrudur, ama sadece kısmen tabii. Aslında bu gibi suçlamalar, bir anti-sosyalist kendisine ters düşen bir diğer anti-sosyalist, bir revizyonistin kendisine ters düşen bir diğer revizyonisti suçlamasından başka bir şey değildir.

Politik sözlük

Federal Cumhuriyet'te seçim biçimi

Federal Almanya Cumhuriyeti'nde uygulanan seçim biçimi, bu devletin mali sermayenin bir aracı olduğu gerçeğini açıkça göstermektedir. Seçim hukuku, yapılaş biçimi ve seçimlerin yapıldığı koşullar öyle ayarlanmış ki, bunlar Federal Parlamento'da işçi sınıfının sesinin duyulmasını engellemektedirler.

Batı Almanya Federal Parlamentosu 496 milletvekilinden oluşmaktadır. Ayrıca Batı Berlin Senatosu tarafından parlamentoya gönderilen 22 milletvekili var ki, bunlar parlamentoda oy hakkına sahip değildir. Federal Parlamento'da Batı Berlin milletvekillerinin oluşu, ikinci dünya savaşından sonra imzalanan ve Batı Berlin'in Federal Cumhuriyet'in bir parçası olmadığını açıklayan Potsdam Anlaşması ile çelişmektedir.

Federal Cumhuriyet 248 seçim bölgesine ayrılmıştır. Ve her seçim bölgesinde en fazla oy alan aday, milletvekili olarak seçilmektedir. Geriye kalan 248 milletvekili ise her partinin aldığı oy oranına uygun olarak partiler arasında dağılmaktadır. İlk 248 milletvekili parlamentoya doğrudan seçilmektedir. Liste seçimleri, bir partinin alabileceği milletvekili sayısını belirlemektedir. Seçimlerin bu şekilde örgütlenmesi, sadece bütün seçim bölgelerinde ve eyaletlerde aday gösterebilen ve aynı zamanda parlamentoya milletvekili gönderebilecek durumda olan partilere hizmet etmektedir.

Seçimlerde her seçmenin iki oy hakkı vardır. Bu oylardan birisi seçim bölgesindeki adaya verilmekte ve diğeri parti listesine verilmektedir. Ama, kimi seçmenlerin oyları boşa gitmektedir: Çünkü, yüzde beşin altında oy alan, yani yüzde-5 sınırını geçmeyen partiler milletvekili çıkarmamakta ve bu durumda bu partilere oy veren

seçmenlerin oyları dikkate alınmamaktadır. Bir partinin parlamento'da temsil edilebilmesi için en azından yüzde beş oy alması gerekir. Yüzde beş demek, Federal Almanya çapında 1,8 milyon oy almak demektir ki, bu durumda bir devrimci grubun bu kadar oy alması olanaksızdır. Bununla amaçlanan asıl hedef devrimci partilerin parlamentoya girmelerinin engellenmesidir.

Seçimlerde tekeli burjuvazinin partileri oldukça büyük bir destek görmektedirler: Onlar, radyo ve televizyonda hemen hemen her gün seçim propagandalarını yapma olanaklarını bulmakta ve burjuva basını vasıtasıyla bunu daha da yaygınlaştırmaktadırlar.

Burjuva partileri, seçim propagandalarında yaptığı harcamaları — ki bu harcamalar yüz milyonları tutmaktadır — bizim ödediğimiz vergilerden geri almaktadırlar. Daha doğrusu bu partilerin seçim masrafları devlet tarafından ödenmektedir. Büyük partiler aynı zamanda bankalardan 200 milyon DM'a yakın kredi almaktadırlar.

Ayrıca sermaye, tek tek milletvekillerini parti değiştirmek veya bunun benzeri işler için satın alma olanağına sahiptir. Yasaya göre, bir milletvekili partisinden veya seçmenlerinden sorumlu değil, sadece kendi "vicdanından" sorumludur.

Tek tek eyaletlerdeki eyalet parlamento seçimleri, bazı küçük farklılıkların dışında genelinde Federal Parlamento seçimleri ile aynı şekilde yapılmaktadırlar. Buna karşın şehir meclisleri, ilçe idareleri ve diğer alt kademelerdeki temsilcilik seçimleri oldukça farklı yapılmaktadırlar. Ama, bu kurumların elindeki yetkiler son yıllarda giderek kısıtlanmaktadır. Bu bölgelerin bir çoğunda anti-demokratik yüzde beş sınırı uygulanmaktadır.

Majdanek dâvası karar aşamasında

250 000 insanın katledildiği yer: Majdanek

Milyonlarca insan Hitler faşizmi döneminde Toplama Kampları'nda (KZ) en vahşi yöntemlerle, tüyler ürpertici canavarlıklarla katledilmişti. Bugün Polonya sınırları içinde kalan MAJDANEK kasabasındaki toplama kampında da en azından 250 000 insan toplu halde katledilmişti. Milyonlarca insanın katledilmesinde yer alan Nazi-canavarları, çoğu kez tutuklanmadan yargılanmakta ve mahkemeler tarafından "delil eksikliği" yüzünden çoğu zaman serbest bırakılmakta veya ceza almamaktadırlar.

Mahkemelerin bu tavrı, Toplama Kampları'nda katledilmiş binlerce insanın alaya alınmasından başka bir şey değildir. Katliamların üzerinden yaklaşık 40 yıl geçtiği halde, faşist canilerin çoğunun dışında serbest dolaşması, tutuklanmaması ve cezalandırılmaması utanç vericidir.

Çeyrek milyon insan katledilmişti Polonya'nın Majdanek kasabasındaki Toplama Kampı'nda; gazlı fırınlarda yakılarak, kurşunlanarak, asılarak, kırbaçlanarak, boğularak, aç bırakılarak ve ağır işlerde çalıştırılarak, Ve bu Toplama Kampı'ndaki toplu katliamlar İkinci

Dünya Savaşı bitinceye kadar devam etmişti.

1959 yılına kadar Majdanek kitle katliamının sorumluları hakkında en ufak bir şey yapılmadı. Onbinlerce insanın ölümüne neden olan, insanlık tarihinde en vahşi katliamlardan birini gerçekleştiren faşist canavarları elini kolunu sallayarak, ortalıkta dolaşıyorlardı. 1959 yılında, yani savaşın bitiminden 16 yıl sonra bu katliamın sorumluları hakkında dâva açılması için bilgi toplanmaya başlandı. Olayın sorumluları bilindiği gibi yeterince deliller de mevcuttu, ama bu dâva ancak 1975 yılının Aralık ayında açılabilirdi.

Ama, dâva sadece 15 sanık hakkında açılmıştı. Bunlardan biri henüz ilk duruşmasından önce ölmüştü. Diğerleri ise tutuklanmadan yargılanıyorlardı. Düsseldorf Eyalet Mahkemesi Nisan 1979'da 14 Nazi katilinden dördü hakkında delil eksikliği yüzünden cezalandırılmayacaklarına dair karar almış ve bu karar demokrat kamuoyunda ve anti-faşistler arasında tepkiyle karşılanmış ve büyük protestolara yol açmıştı.

Bugün dâvanın başlamasından beş yıl sonra bu Nazi katillerinden sadece dokuzu yargılanmaktadır. Ve bunlardan sadece beşi tutuklu bulunmaktadırlar ki, bunlar kısa bir süre önce tutuklanmışlardı. Olayın üzerinden 40 yıl geçtiği halde, katillerin cezalandırılması, dâvanın sürümecede bırakılması ve "delil eksikliğinden" bahsedilmesi, Majdanek katliamının üzerine perde çekilmesinden başka bir şey değildir. Majdanek katliamında öldürülenlerin yakınları ve diğer tanıklar, verdiği ifadelerinde sorumluları

belirtmekle ve katliamı anlatmakla beraber, şimdiye kadar dâva sürümecede bırakıldı.

Geçen hafta Düsseldorf Eyalet Mahkemesi'ndeki duruşmada Majdanek katliamını yaşamış ve Hitler faşizmine karşı direnmiş Polonyalı iki tanık dinlendi. Bu tanıklar da ifadelerinde olayın sorumlularından bazılarını tanımladılar. Ama, buna rağmen hakimler "delil eksikliği" ileri sürmekte ve faşist canileri cezasız bırakmak istemektedirler. 30 Haziran Salı günü duruşma sona erecek ve mahkeme karar verecektir. Fakat bir kaç faşist katilin dışında diğerlerinin cezasız kalacağı veya hafif cezalara çarptırılacağı tahmin edilmektedir.

Geçen hafta Düsseldorf'ta olduğu gibi, anti-faşistler Nazi katillerin ömür boyu cezalandırılması için büyük bir çaba göstermekte ve gösteriler düzenleyerek, mahkemenin tavrını protesto etmekte ve mahkemenin tavrı hakkında kamuoyunu aydınlatmaya çalışmaktadırlar.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.